

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis p. Nummerando:
Wortzahl 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
oder deren Raum 40 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 1. Oktober 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Wer trägt den Zoll?

Es wird uns geschrieben:
Einfuhrzölle stellen eine Abgabe an die Staatskasse dar,
mit deren Entrichtung sich der ausländische Importeur das
Recht der Wareneinfuhr erkaufen muß.

Die Frage, die unser Thema in ein kurzes Schlagwort
zusammenfaßt — sie ist eine der am leidenschaftlichsten
umstrittenen, weil folgenschwersten der Zolltheorie — läßt sich in
folgende Doppelfrage zerlegen: Ist der ausländische Importeur,
der die Zollbeträge an der Grenze unmittelbar in die Staats-
kasse einzahlt, im Grunde, sich dieselben beim Verkauf
der Ware durch Preiserhöhung vom deutschen Konsumenten
wieder herauszahlen zu lassen, so daß dann die Zölle vom
deutschen Volke bezahlt würden und die Bedeutung einer
verschleierte Steuer beizubehalten, oder muß der Importeur bezw.
der ausländische Produzent den Zollbetrag unter Verminderung
seines Reingewinns endgültig aus der eignen Tasche
bezahlen, so daß dann die Zölle wirklich einen Tribut
des Auslandes darstellen? Diese Frage ist von
entscheidender Bedeutung für die Beurteilung des Zoll-
problems. Stellen die Zölle eine Belastung der deutschen
Volkswirtschaft dar, so werden bedeutende andre Gründe
nötig sein, ehe Zollmaßnahmen in größerem Umfange
beschlossen werden dürfen, im andern Falle wird es ein rein
politisches Machtproblem sein, ob es gelingt, einem andern
Staate einen derartigen Tribut aufzuerlegen.

Die statistischen Erhebungen des Deutschen Reiches haben
zur unumstößlichen Gewissheit gemacht, daß für Getreide zwischen
Weltmarktpreis und deutschem Inlandpreis eine Differenz besteht,
die dem von Deutschland erhobenen Einfuhrzoll ungefähr gleich ist,
und zwar ist der Weltmarktpreis um diesen Betrag niedriger.
Dieselbe Erkenntnis gewinnen wir durch Betrachtung der
Getreidepreise in andern Ländern. Das heißt also: eine
Getreidemenge, die auf dem Weltmarkt 100 M. kostet und bei
deren Einfuhr Deutschland einen Zoll von 50 M. erhebt,
kostet in Deutschland 150 M. Als diese statistische Tatsache
bekannt wurde, glaubten die Freunde des Freihandels und
der Handelsverträge, es sei damit ihre stets gehegte Ansicht
bewiesen, daß der Zoll den Inlandpreis in vollem Umfange
verteuere. Ihr instinktiv sicheres Verständnis der Markt-
vorgänge ließ sie die logische Mangelhaftigkeit des Schlusses
übersehen, daß die Preisbewegung des Inlandmarktes jene
Differenz hervorgerufen haben müsse. Die Verteidiger der
Zölle hatten leichtes Spiel, zu zeigen, daß eine Preis-
differenz zwischen zwei Orten nicht nur dadurch
entstehen könne, daß der Preis an dem einen Orte in
die Höhe gehe, sondern ebenso gut auch dadurch, daß er am
andern sinke, endlich durch irgend eine Kombination
der beiden entgegengesetzten Bewegungen. Wände
Zollfreundekehrten nun den Spiegel um und behaupteten, daß
das Ausland für gewöhnlich den Zoll selbst bezahlen müsse,
d. h. daß der Weltmarktpreis sinke und dadurch die Preis-
differenz entstehe. Vorsichtiger vertrauen den Standpunkt,
daß die Preisdifferenz auf diesem Wege wenigstens ebenso
gut erklärt werden könne, und da aus den Zahlen der Statistik
nur die bloße Tatsache der Preisdifferenz, nichts aber über
ihre Ursachen zu entnehmen sei, stehe man eben vor einem
unaufgeklärten Problem, das weder für, noch wider die
Zölle beweiskräftig sei. Auf diesem Standpunkt stand offen-
bar auch die deutsche Reichsregierung in ihrer Begründung des
Zolltarif-Gesetzes, wenn sie sich auf die Feststellung der Tat-
sache beschränkt, daß die Inlandpreise annähernd um den
Betrag des Eingangszolls höher sind als die Weltmarktpreise.
Selbst der Bund der Landwirte hat zu unserem Problem diese
Stellung des non liquet (es ist nicht erwiszen) eingenommen,
die ja den Schein unparteiischer Objektivität für sich hat.
Dieser Standpunkt der Zollfreunde wurde in der Literatur
durch den Ober-Regierungsrat Evert begründet, der diese
Streitfragen noch in jüngster Zeit mehrfach in populärer
Form behandelt hat. Seine Beweisführung verläuft etwa
folgendermaßen:

groß ist, daß A nach wie vor nur 150 zu bewilligen braucht,
B aber trotzdem an A verkaufen muß. Dann kann der
importierende Kaufmann, da er selbst in A nur 150 erhält, dem
Produzenten in B nach Abzug des Zolles nur noch höchstens
150 — 50 = 100 zahlen, und der Marktpreis in B wird
demnach auf 100 sinken müssen. Eine dritte Möglichkeit: das Kauf-
bedürfnis in A und das Verkaufsbedürfnis in B halten einander
etwa die Wage. A ist geneigt, 25 mehr als bisher zu bewilligen,
und B läßt sich 25 von dem bisherigen Preise abziehen. Dann
tragen beide Teile den Zoll bis zur Hälfte, der Preis wird sich
in A auf 150 + 25 = 175, in B auf 150 — 25 = 125 stellen.
Natürlich sind auch noch zahlreiche Uebergänge möglich. Halten
wir uns aber an diese drei Fälle allein, so ist der Preis

Table with 3 columns: Situation, Inland, Foreign.
im Falle 1 bei reiner Inlands-
belastung: Inland 150+50=200, Foreign 150
im Falle 2 bei reiner Auslands-
belastung: Inland 150, Foreign 150-50=100
im Falle 3 bei Verteilung des
Zolls auf beide Teile: Inland 150+25=175, Foreign 150-25=125

Aber in allen drei Fällen kommt der Zoll „voll zum Aus-
druck“, ist der Inlandpreis um den Zollbetrag teurer als der
Auslandspreis. Besteht aber die Preisdifferenz um den Zoll-
betrag in allen drei Fällen, so ist es offenbar ein schwerer logischer
Fehler, aus ihrem Vorhandensein ohne weiteres zu schließen, es
liege Fall 1 vor. Das gerade soll erst bewiesen werden. . . .
Indessen die obigen Fälle sind nur Möglichkeiten. Die Frage
bleibt: wen belastet denn nun in Wirklichkeit der Zoll, wenn
seine Wirkung sich nicht einfach aus dem Verhältnis der
Inlandpreise zu den Auslandspreisen ablesen läßt? Diese
Frage ist sehr schwer zu beantworten. Die Feststellung der Zoll-
wirkungen auf dem üblichen Wege ist unmöglich, und die induktive,
statistische Methode versagt ebenfalls. Wir fürchten deshalb, daß
man sich in der Hauptsache immer mit den allgemeinen Gesichts-
punkten begnügen müssen, wonach die Verteilung der Zoll-
last wesentlich von der Dringlichkeit des Angebots und der Nach-
frage abhängen und jene daher bald überwiegend das Ausland,
bald das Inland treffen wird, ohne daß eine zahlenmäßige Be-
rechnung der beiderseitigen Anteile möglich wäre.

Obwohl die Zollliteratur bis zur Unübersichtlichkeit an-
geschwollen ist, ist dieser Versuch des Herrn Evert bisher nicht
widerlegt, ja von freihändlerischer Seite wohl kaum berührt
worden. Gleichwohl ist es nicht schwer, eine Widerlegung
ihrer theoretischen Grundlage zu geben.

Wir gehen auf Herrn Everts Normalschema zurück, das
die drei möglichen Hauptfälle der Preisgestaltung infolge Ein-
führung eines Zolles umfaßt.

Wenn sich nach Lage der Sache mit unbedingter Gewis-
heit annehmen läßt, daß der inländische Konsument auch nach
Einführung des Eingangszolls die Importwaren nicht ent-
behren kann, dann tritt der Evertsche Fall 1 ein, wonach der
Weltmarktpreis überhaupt keine Veränderung erfährt, und
jene Preisdifferenz allein durch die Preiserhöhung auf dem
Markt des zollerhebenden Inlandes entsteht. Die Betrachtung
des Falles 2: „reine Auslandsbelastung“ begann folgender-
maßen: „Ebenso sagt man, das Ausland B trägt den Zoll“, wenn . . .
A nach wie vor nur 150 zu bewilligen braucht, B aber trotz-
dem an A verkaufen muß. Dann kann der importierende
Kaufmann, da er selbst in A nur 150 erhält, dem Pro-
duzenten in B nach Abzug des Zolles nur noch höchstens
150 — 50 = 100 zahlen. . . . Bis hierhin sind die Be-
trachtungen korrekt, soweit es ein Schema nur sein kann. Die
Schlußkette geht aber weiter — und hierauf stellt sich erst das
erwünschte Ergebnis ein: „und der Marktpreis in B wird demnach
auf 100 sinken müssen“! Diese Verkuppelung der beiden letzten
Gedanken ist ein grober Irrtum: „der nach A importierende
Händler kann dem Produzenten in B nur noch 100 zahlen“
und „der Marktpreis in B muß auf 100 sinken“ sind keine
Identität; die Existenz des einen schließt nicht die des andern
in sich, sondern die Vorgänge sind vollkommen unabhängig
von einander, können sogar im entgegengesetzten Sinn
verlaufen. Die Voraussetzung bei untrer Betrachtung
ist einzig, daß der Importeur bei dem Verkauf
nur noch 150 erhält und daher beim Einkauf nur 100 giebt,
d. h. also, daß sein persönlicher Einkaufspreis auf 100 sinkt.
Der Weltmarktpreis aber ist der Durchschnitt der Preise bei
allen Verkäufen, die überhaupt auf dem Weltmarkt stattfinden,
und von diesen umfassen die Verkäufe zum Zweck des
Exports nach dem einen Zoll erhebenden Lande nur einen
Bruchteil. Herr Evert übersieht, daß nach untrer
Voraussetzung nur dieser Bruchteil aller Verkäufe zu
niedrigerem Preise als vor Erhebung des Zolls stattfindet,
während die übrigen Verkäufe zum alten Preise erfolgen. Der
Durchschnitt aller Preise, der Weltmarktpreis, wird also, wenn
der ganze Zoll vom Importeur bezahlt wird, freilich sinken,
aber niemals um den vollen Zollbetrag, sondern nur um
einen Bruchteil desselben, dessen Größe davon abhängt, der
wievielte Teil aller Verkäufe Waren betrifft, die nach dem
zollerhebenden Ausland gehen sollen.
(Schluß folgt.)

zu und beschlossen im übrigen gemäß dem Antrag der Anklage-
behörde.

Der Staatsanwalt beantragt daraufhin gegen Gohnh
sechs Jahre Zuchthaus, gegen Grajczarek, Wrozel, Wureczl, Kott,
Karnuch die höchstzulässige Strafe von fünf Jahren Gefängnis,
gegen Weiß 3 Jahre, Fabian, da geständig, 4 Jahre Gefängnis;
außerdem für alle Angeklagten, außer Weiß, die gleiche Anzahl Jahre
Ehrverlust und bei Gohnh Zulässigkeit der Polizei-Aufsicht. — Rechts-
anwalt Dr. Sejda erklärt, ich stehe nicht an, zu erklären, daß mich
der Antrag des Staatsanwalts empört hat. Nachdem die Ge-
schwornen den Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt haben,
habe ich den Eindruck, daß durch die Anträge des Staatsanwalts
eine Korrektur des Spruchs der Geschwornen vorgenommen
werden soll. Ich habe zu dem Gerichtshofe das festeste
Vertrauen, daß er sich zu der Korrektur des Spruchs der Geschwornen
nicht hergeben wird. Das kurz darauf verlesene Urteil lautet: Gohnh
6 Jahre Zuchthaus, Grajczarek 5 Jahre Gefängnis, Wrozel 3 1/2 Jahre
Gefängnis, Weiß 2 Jahre 3 Monate Gefängnis, Wureczl 3 1/2 Jahre
Gefängnis, Kott, Karnuch je 4 Jahre Gefängnis, Fabian 3 Jahre
Gefängnis. Außerdem bei Gohnh Zulässigkeit der Polizeiaufsicht,
bei sämtlichen Angeklagten, außer Weiß, Aberkennung der Ehrenrechte
auf entsprechende Zeit.

Das Urteil ist, wie im ersten Prozeß, furchtbar schwer aus-
gefallen. Leute von geringem Bildungsgrad, die zum Teil zufällig
in eine aufgeregte Menge hineingerieten und sich dort zu allerhand
thörichten Exzessen fortreiben ließen, für die das ungeschickte
Vorgehen der behördlichen Organe ein vollgerichtetes Maß der Schuld
trägt, werden wegen Landfriedensbruchs zu langjährigen Zuchthaus-
und Gefängnisstrafen verurteilt!

Wie anders wurden demgegenüber ganz ähnliche Exzesse ultra-
montaner Exzedenzen kürzlich in Friedberg in Hessen behandelt.
Eine Schar fanatischer Bauern hatte dort alle möglichen wilden
Wahlaufläufe begangen, Fenster zertrümmert, Steine ins
Wirtszimmer geschleudert, Wehrlose, darunter Frauen, verprügelt,
kurz kummernmäßig gehandelt. Die blutdürstig geschlagene Opfer
dieses organisierten Exzesses gehörten der Socialdemokratie
an. Der öffentliche Ankläger beantragte Freiheitsstrafen
gegen die Rädelsführer. Das Schöffengericht dagegen verurteilte
die Exzedenzen nur zu Geldstrafen in Höhe von 30—230 M.!

Ein anderer Fall. Im vorigen Jahre verübten Bourgeois-
söhnchen, Studierende in Marburg, wilde Massenaufläufe gegen
die Polizei. Sie brangen in das im Vorderzuge des
Kathauses belegene Polizei-Wachlokal ein, beschimpften die Beamten,
verwülfeten und besudelten das Wachlokal, kurzum, benahmen sich
schlimmer als die Exzedenzen in Laurahütte. Auch diese hoffnungs-
vollen Staatsstüchen kamen mit lächerlichen Geldstrafen davon.

Die Proletarier in Laurahütte fühlen die ganze Wucht der
Strafgesetz-Paragrafen.

Der „Friedensgar“ in Wien.

Bar Nicolai ist heute morgen in Wien eingetroffen. Der
österreichische Kaiser empfing ihn am Bahnhof. „Weide Monarchen“,
berichtet das Wolffsche Bureau, „schüttelten einander die Hände und
küßten sich zweimal“. Des weiteren berichtet das Depeschenbureau
über stürmische Ovationen der zahlreichen Menge. Daß die
österreichische offiziöse Presse in überschwinglicher Tone den „hohen
Gast“ als getreuen Verbündeten und aufrichtigen Friedensfreund
feiert, versteht sich von selbst. Namentlich das Zusammengehen Rus-
lands mit Oesterreich in den Balkanwirren wird enthusiastisch betont.
So schreibt das „Fremdenblatt“:

Die Freundschaft zwischen beiden Reichen ermöglicht ein
kräftiges Einwirken zu Gunsten der Erhaltung des Friedens zwischen
den Balkanstaaten, die sonst auf ihre Rivalität rechneten, und ein
kräftiges Einwirken auf die Türkei. Wenn auch die macedonischen
Komitees ihre Tätigkeit mit gesteigertem Terrorismus fortsetzen,
so ist durch das energische Auftreten der beiden Kaiserreiche er-
reicht worden, daß Bulgarien den Frieden bewahrt. Die An-
wesenheit Kaiser Nikolas' und des Ministers des Aeußern Grafen
Lamsdorff wird Gelegenheit bieten, die Situation im Orient
neuerdings gründlich zu erörtern.

Weshalb Rußland und Oesterreich sich nicht in die Balkan-
händel einmischen, sondern die Rolle selbstloser Friedensengel zu
spielen suchen, wird natürlich nicht dargelegt. Die nichts weniger
als ethischen Motive für die ungewohnte Rolle des „ehelichen Wälfers“
liegen freilich zu klar zu Tage, als daß sie nicht auch ein Blinden mit
dem Krüdenstock fühlen sollte. Oesterreich ist zu sehr vom Nationalitäten-
hader innerlich zerrissen und politisch gelähmt, als daß es sich den
gefährlichen Luxus irgend welcher Aktionspolitik nach außen
gestatten könnte. Froch, wenn es nur selbst in Ruhe ge-
lassen wird, begnügt es sich mit der Politik harmloser
diplomatischer Deklarationen. Nicht viel anders steht es mit
Rußland. Seine aggressive, mit dem Feuer spielende Dip-
lo-ma-tik gestattet ihm nicht, augenblicklich bei osteuropäischen
Kriegswirren im Trüben zu fischen. Hinzu kommt noch die Gärung
im Innern, die eine brutale Kruten- und Lockspiegelwirtschaft zur
Siedehitze gesteigert hat. Den beiden „befreundeten“ Staaten fällt
es unter solchen Umständen nicht schwer, sich mit der Friedensstoga
zu drapieren, die namentlich den Jaren, den Verfasser des Friedens-
manifests, den Schärer des französischen Militarismus und den
vertragsbrüchigen Eroberer in Ostasien so wunderbar liebt!

Was die „stürmischen Ovationen“ anlangt, so beschränken sie sich
selbstverständlich auf die bourgeoisen Pfaffenlungerer. Das
arbeitende Volk Wiens hatte dem Friedensgaren einen andern
Empfang zugebracht, bei dem es freilich nicht mit dem österreichischen
Polizeiregiment gerechnet hatte. Ein Wiener Telegramm meldet
nämlich:

Eine von der Parteileitung der österreichischen Social-
demokraten abends abgehaltene Protestversammlung der

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. September.

Im Laurahütter Prozeß
beantragte der Staatsanwalt die Verjahung der Schuldfrage
auf schweren Landfriedensbruch bei sieben Angeklagten, auf einfachen
Landfriedensbruch bei Weiß; Verneinung der mildernden Umstände
bei allen Angeklagten. Die Geschwornen billigten dagegen
sämtlichen Angeklagten außer Gohnh und Weiß mildernde Umstände

Wiener Arbeiterschaft gegen den Zarenbesuch konnte die von Dr. Ellenbogen eingebrachte Resolution nicht annehmen, da die Versammlung durch den anwesenden Regierungsvorsteher aufgehoben wurde.

Nun, unser Wiener Bruderorgan hatte vorsichtshalber als Ausdruck der Empfindungen der Wiener Arbeiterschaft dem Zaren schon folgenden Willkommensgruß geschickt:

Der bleiche Mann aber, den sie als Friedenszaren grüßen, die Böller der Welt kennen ihn als den Würger Zaren, den blutigen Henker der Nationen, den Repräsentanten aller wahnwichtigen Despotie, aller grausamen, völkerverderbenden List und Brutalität. Das Volk, das verdammte ist, sein Joch zu tragen, windet sich in Qualen, um es zu erleichtern. Alles was denkt, was gut, tapfer und gesund ist im russischen Volk, haßt das Joch als den Mörder seines Lebens. Von Tolstoj, dem großen, guten Greise, bis herab zur armen Arbeiterin, die in ihrer Fabrik eingepfercht ist, alle kennen nur ein Ideal, ein Schicksal, dem ihr Leben gehört: Empörung gegen diesen Zaren!

Der Zar kommt nach Wien. Das arbeitende Wien begrüßt ihn mit dem Rufe: Es lebe das revolutionäre Rußland!

Graf Khuen's Rücktritt.

Graf Khuen hat in der heutigen Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses seinen Rücktritt erklärt. Er führte aus, daß er infolge der gestrigen Abstimmung sein Entlassungsgesuch eingereicht und den Kaiser gebeten habe, dieses anzunehmen. Er bitte das Haus, bis zur Erneuerung der Regierung die Sitzungen zu vertagen. Bei diesen Worten erhebt sich der Ministerpräsident und verläßt mit sämtlichen Ministern den Sitzungssaal. Präsident Graf Apponyi erklärt, daß der Rücktritt des Ministeriums kein Grund sei, die Sitzung aufzuheben; die Beratung sollte fortgesetzt werden. Franz Kossuth drückt sein Bedauern darüber aus, daß das Ministerium „steht“, er dankt der Majorität für ihre gestrige Haltung und drückt den Wunsch aus, daß ein Ministerpräsident ernannt werde, der die Uebergriffe des österreichischen Ministerpräsidenten von Koerber entschieden zurückweise. Es wäre, fährt Kossuth fort, wünschenswert gewesen, daß die Stellungnahme gegen die Einmischung Koerbers in ungarische Angelegenheiten einhellig gewesen wäre. Abg. Kalovszky erklärt, die Regierung habe kein Recht, sich von der Beratung fern zu halten, da die Demission des Ministerpräsidenten noch nicht angenommen sei. Er erklärt namens der Volkspartei, daß er die Neuerungen des österreichischen Ministerpräsidenten v. Koerber entschieden zurückweise und sie als eine Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte Ungarns bezeichnen müsse. Redner kritisiert des Weiteren die Ausführungen Koerbers, daß er seinen gesetzlichen Einfluß auf alle die Armeen betreffenden Angelegenheiten ausüben entschlossen sei, und bezeichnet dieselben als einen Verstoß gegen das ungarische Gesetz, da betreffs gewisser Angelegenheiten des Heeres das Verfügungsrecht des ungarischen Reichstags uneingeschränkt bestehe.

Nachdem sämtliche Parteiführer ihre Stellungnahme gegen die Neuerungen Koerbers über die Armeefrage dargelegt haben, führt Geza Stabiny (Regierungspartei) aus, daß er, ohne einen Auftrag seitens der liberalen Partei erhalten zu haben, erklären müsse, daß die liberale Partei kein Kabinett unterstützen werde, das nicht ermächtigt sein werde, die die Rechte Ungarns verletzenden Neuerungen v. Koerbers auf das entsprechende Maß zu reduzieren. Die Kossuth-Partei beglückwünscht den Redner zu seinen Ausführungen. Nach längerer Debatte vertagte sich das Haus bis zur Neubildung des Kabinetts.

Deutsches Reich.

Schmählichen Trevel an Gesundheit und Leben der Arbeiterinnen betreibt das Ausbentertum des Centralverbandes deutscher Industrieller. Der Centralverband deutscher Industrieller hatte zum Donnerstag fast alle größeren Interessenten-Vereinigungen der Baumwoll-Industrie zu einer Sitzung eingeladen. Nach Erledigung anderer wirtschaftlicher Fragen schloß diese Sitzung, wie die „W. P.“ mitteilen, „mit einer Aussprache über die gesetzliche Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit der Arbeiterinnen in den Fabriken, wobei allgemein die Auffassung vertreten wurde, den weiteren Versuch auf Verfürgung der Arbeitszeit energisch entgegenzutreten.“

Ueber die Einberufung des Reichstages und seine erste Thätigkeit berichtet eine parlamentarische Korrespondenz folgendes: Die Einberufung des Reichstages dürfte, wie man uns an maßgebender Stelle mitteilt, diesmal höchstwahrscheinlich erst am Dienstag, den 1. Dezember, erfolgen. Ein bestimmter Entschluß steht freilich noch nicht fest, doch erscheint die Einberufung zum 24. November als nicht wahrscheinlich, da die Abgeordnetenwahlen zum preussischen Landtage erst am 20. November d. J. stattfinden. Außerdem spricht noch als zweiter Grund die Thatsache mit, daß man gewillt ist, den Reichstag vor Weihnachten nicht viel mehr als die erste Etatslesung absolvieren zu lassen, nur einige kleinere Sachen wenig bedeutender Natur sollen außerdem noch vor Weihnachten erledigt werden. Später als am 1. Dezember will man den Reichstag nicht einberufen, da man den alten Brauch, Zusammentritt an einem Dienstag, beibehalten will und der nächstfolgende Dienstag (8. Dezember) katholischer Feiertag ist. Man ist der Meinung, daß die Zeit vom 1. bis 18. Dezember mit 15 Sitzungstagen, wovon zwei für die beiden ersten geschäftlichen Sitzungen (Konstituierung, Präsidentenwahl) abgehen, für die geplanten Arbeiten vor Weihnachten genügen wird. Nach Neujahr harren der Arbeiter auch nicht allzuviel: Die Hauptfrage bleibt die Erledigung des Etats und der nach Neujahr einzubringenden Militärvorlage bis Ende März. An kleineren Vorlagen dürften erscheinen eine Novelle zur Seemanns-Ordnung (Krankensversicherung der Seeleute), eine Novelle zur Gewerbe-Ordnung betreffend Änderungen im Gastwirtsgerichte und die Vorlage der kaufmännischen Schiedsgerichte. Schließlich kommen noch Oftern noch die Handelsverträge, falls die Vertragsverhandlungen bis Oftern beendet sind.

Theodor Mommsen, der greise Historiker, bricht in einem Artikel der „The Independent Review“ für eine anglo-deutsche Ausöhnung und Waffengemeinschaft eine gut gemeinte Lanze. Er verurteilt die Englandhege unserer Alldeutschen, verweist auf die Sprach- und Waffengemeinschaft der Engländer und Deutschen, beschwört Shakespears als geistigen Vermittler, und meint schließlich, der englische Imperialismus brauche ebenso wenig ein Hindernis in der nationalen Verbindung zu sein, wie Deutschlands geeinter Kaiserthron.

Mommsens Artikel ist zweifellos gut gemeint, aber, wie frühere aktuelle politische Exkursionen des verdienten Historikers, sehr naiv. Die Alldeutschen wären schließlich die letzten, die aus der Sympathie Englands herabsehen könnten. Aber die Beschäftigung Shakespears, der übrigens in Deutschland tiefer gewürdigt sein soll, als jenseits des Kanals, nützt so lange nichts, als Deutschlands durch große Programmenreden angelegentlich Weltpolitik ihre Spitze offensichtlich gegen England richtet, als Deutschlands Jollpolitik Englands Export-Banden schlägt. England wird sich schwerlich überzeugen lassen, daß es in Deutschland seinen besten Freund zu sehen hat, so lange es seine vitalsten Interessen durch den Blutverwandten bedroht fühlt. Und dieser Hader wird am letzten Ende nicht eher geschlichtet sein, bis der Socialismus auch den nationalen Kampf ums Dasein aufgehoben hat.

Zu der Kaiserin-Anglegenheit ist ein neuer Termin zur Hauptverhandlung gegen unsere Medaillens Genossen Leid und Kalakli auf den 16. Oktober anberaumt worden.

Eine Kinderei als Kapitalverbrechen behandelt.

Zu der unter obenstehendem Titel in dem Hauptblatt der Sonntagsummer veröffentlichten Notiz schreibt man uns aus akademischen Kreisen:

Auf den deutschen Universitäten ist seit Alters her die lachende Verpötlung zwar nicht des Abendmahls, aber einer anderen heiligen Ceremonie, der christlichen Taufe, gang und gäbe und wird von Corps, Burschenschaften, farbentragenden und vielfach auch nicht-farbentragenden Verbindungen und Vereinen gleichermaßen, wenn auch nicht immer in derselben Form, Semester für Semester ausgeübt. Es ist das die sogenannte „Nachttaufe“ oder „Vierteltaufe“, bei der die neuen Mitglieder, die „Nächte“, von dem „Nachtmajor“ mit einem kühnen Namen, dem sogenannten „Namen“, gekauft werden. Schreiber dieser Zeilen erinnert sich noch sehr genau der Procedur, wie sie zu seiner Zeit in einem großen Berliner studentischen Verein üblich war. Der Nachtmajor, ein Tuch umgehängt, das den Talar nachstellen sollte, hielt mit salbungsvollen Worten und lachend-pastoralem Tone eine „Taufrede“, nachdem zur Einleitung ein fromm-frivoles Lied von der Veranmlung gesungen worden, aus welchem dem Schreiber noch die Strophen in der Erinnerung geblieben: „Wir wollen ein Stückerlein bauen, ora pro nobis.“ In die Taufrede ging so weit, daß die „Vierteltaufe“ zwar nicht mit Wasser, aber mit Bier begossen wurden (man vergleiche übrigens auch die Schiffs„taufen“ mit Champagner).

Selbstverständlich hat wohl kaum je einer der Mitwirkenden die ganz klare Absicht gehabt, eine lachierende Verpötlung der christlichen Taufe vorzunehmen. Es war eben ein von Alters her gewohnter und ohne viel Nachdenken von studentischer Generation zu Generation übernommener studentischer Akt, in der üblichen studentischen Weise vollzogen, bei der unter Mitwirkung des Alkohol wenig Witz und ein gewisses Quantum Verhätlichkeit sich zu einem nicht gerade sehr erfreulichen, aber immerhin harmlosen Gemisch vereinigen. Nicht viel anders ist es aber auch sicher bei jenen 13 Doctordisputanten gewesen — von denen noch dazu zum mindesten zwei unterhalb des Alters von Studenten waren —, die der dramatischen Strenge des Gesezes verfallen sind, weil sie in Alkohol-Laune die Abendmahlszeremonie lachend verpötelten, während um die studentische Karikatur der Taufe sich selbstverständlich weder Polizei noch Gerichte kümmern.

Es kann wohl kaum einem Zweifel unterliegen, daß die Mitglieder der Halberstädter Straffammer, also Juristen und frühere Studenten, jene studentische Ceremonie kannten; es ist selbst nicht unwahrscheinlich, daß sie oder wenigstens der eine oder andere von ihnen als Studenten in aller Harnlosigkeit daran teil genommen. Daß sie trotz der vorliegenden Analogie — von der man glauben könnte, daß sie sich ihnen sofort aufdrängen mußte, die ihnen thatsächlich, aber wahrscheinlich überhaupt nicht eingefallen ist — so dramatisch verurteilen konnten, ist ein neuer Beweis dafür, einerseits wie sehr sich die Rechtsprechung von dem allgemeinen Empfinden des Volkes entfernt hat, andererseits wie sehr; der Grundtag: „Duo si faciunt idem, non est idem“ (Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe) sich unter der fortschreitenden Klassenscheidung, den Richtern selbst unbewußt, immer mehr Geltung verschafft hat.

Kriegervereinshelden. Vor der Straffammer in Sondershausen wurde ein Ueberfall durch patriotische Kriegervereiner verhandelt. Der Landwirt Brade, der Arbeiter Göhring, der Diensthelfer Hirschfeld und der Arbeiter Koch, sämtlich in Trebra, hatten sich wegen gefährlicher Körperverletzung bezw. wegen öffentlicher Verleumdung zu verantworten. Am Sonntag, den 14. Juni d. J., ging der Landwirt Karl Zettendorf mit der ledigen Anna Reinhardt aus Trebra abends gegen 11 Uhr vom Bezirks-Kriegerverein in Hagedelbich weg nach Trebra zu. Auf dem Wege holte sie der Trebraner Kriegerverein ein, die Angeklagten stellten sich um die beiden herum und stießen Zettendorf an. Als dieser sich das verbat, stieß der Angeklagte Koch beledigende Ausfertigungen gegen ihn aus. In diesem Augenblick trat Brade hinzu, zog, ohne ein Wort zu sagen, seinen Säbel, den er als Kriegervereiner-Vorstand umgelegt hatte, und schlug den Zettendorf auf die rechte Gesichtseite, so daß eine 12 Centimeter lange blutende Wunde entstand. Nummehr nahm Göhring das Gewehr, das er bei sich hatte, und stieß damit den Zettendorf gegen die Brust. Darauf gingen alle bis auf Hirschfeld fort. Hirschfeld ging auf Zettendorf mit erhobenen Fäusten zu, Zettendorf setzte sich zur Wehr und beide fielen schließlich in den Chaußeegraben. Hirschfeld zog nun sein Messer und brachte dem Zettendorf vier ziemlich tiefe Stiche in Schulter, Kopf und beide Hände bei. Auf das Hilfeschrei der Reinhardt kamen vier andre Burschen herbei, worauf Hirschfeld weg lief. Zettendorf ist ärztlich behandelt worden und acht Tage lang arbeitsunfähig gewesen. Hirschfeld ist wegen Körperverletzung bereits zweimal vorbestraft. Das Urteil lautete wegen vorräthlicher Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges auf 6 Monate Gefängnis für Brade, auf 1 Jahr Gefängnis für Hirschfeld und auf 2 Wochen Gefängnis für Göhring, sowie wegen öffentlicher Verleumdung auf 10 M. für Koch. Das Gericht verurteilte ferner die Angeklagten Brade und Hirschfeld zur Zahlung einer Geldbuße von 150 M. an den Nebenkläger Zettendorf.

München, 20. September. (Fig. Ver.) In Ergänzung der telegraphischen Mitteilungen über die Budgetrede des Finanzministers v. Nibel ist noch einiges mitzuteilen. Eine schwere Enttäuschung bringt das Budget für die Staatsbeamten und Bediensteten, die immer noch im Stillen gehofft hatten, daß ihnen doch endlich die seit Jahren in Aussicht gestellten Gehaltsaufbesserungen zu teil werden würden. Das Budget enthält aber auch diesmal wieder keine Forderung für diesen Zweck, weil man eine Erhöhung der direkten Steuern vermeiden will, gegen die sich das Centrum in der letzten Session ausgesprochen hat. Gleichwohl sprach der Minister die Hoffnung aus, für die Aufbesserung in dieser Session doch noch etwas thun zu können, wenn die im Anzuge befindliche Besserung der Eisenbahn-Erträge und der Verkehrsverhältnisse überhaupt anhalte.

Ein neuer, von der Regierung vorgelegter bemerkenswerter Gesetzesentwurf betrifft die Einführung der Grundwert-Abgabe, die unabhängig und neben der Grundsteuer erhoben werden soll. Durch diese Steuer sollen unbebaute Speculations-Grundstücke, aber auch sonstige Grundflächen mit außergewöhnlichem Wertzuwachs getroffen werden. Die Grundwert-Abgabe beträgt 1 M. vom Tausend des im Wege der Schätzung ermittelten Verkehrswertes. Die Hälfte des Reinertrages der Steuer fällt den Gemeinden zu.

Ferner ist mitzuteilen, daß die Regierung den Entwurf eines neuen Landtags-Wahlgesetzes bei der Kammer in Vorlage gebracht hat.

Wenn man Abgeordneter werden will. Der bamernbündlerische „Pfälzische Kurier“ erzählt dieser Tage ein nettes politisches Händchen von einem vielgenannten national-liberalen Abgeordneten aus der Pfalz, dem Professor Hammer Schmidt. Dieser Herr, dessen langjähriges Streben nach einem Mandat zum bayerischen Landtag im Jahre 1890 gestillt wurde, mußte sich im Jahre 1901 infolge seiner Beförderung zum Gymnasiallehrer zum Professor einer Realschule unterziehen. Seine Wiederwahl stand sehr in Frage und in seiner Herzensangst um seinen Rehnmarkstheil schrieb der brave Professor an seine Geger Briefe des Inhaltes, sie möchten doch nicht wider seine Kandidatur unternehmen. Der „Pfälzische Kurier“ hat sich erboten, Herrn Hammer Schmidt das Original eines solchen Briefes vorzulegen, falls sein Verorgan, die „Speierer Zeitung“, die Existenz der Briefe ableugnen würde. Bisher ist das aber nicht geschehen.

Professor Hammer Schmidt — den seine Verehrer auch die Beise des Landtags nennen — machte übrigens schon bei seiner ersten Wahl dadurch von sich reden, daß man ihn seinen Wählern als ganz be-

sonders zum Abgeordneten geeignet empfahl, weil er — eine Frau aus Ebenloben hat. Ebenloben ist neben Deidesheim der Sitz der einflußreichsten „liberalen“ Familien, die über die Mandate verfügen ganz nach eigenem Gutdünken. Und deshalb ist es für einen Kandidaten eine ganz besondere Empfehlung, eine Frau aus Ebenloben zu haben.

Sein verdientes Schicksal ereilte einen Kolonialpasha in Deutsch-Ostafrika. Wir lesen darüber in der „Deutsch-Ostafrika“ Jg. 5. September: „Ein schreckliches Unglück (!) hat sich in der vorigen Woche auf der Kolossalantarge der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft Noa (nördlich Tanga) zugetragen. Herr Meyer, der nur noch in Besitze eines Armes war, fuhr leidenschaftlich gern Rad und zwar wegen des fehlenden Armes Tandem (Zweifitz), auf dem sein Boy, ein sonst zuverlässiger und tüchtiger Manjema, den bordenen Platz einnahm und stets das Gefährt zu lenken hatte. Bei einem Ausflug in voriger Woche nun fuhr das Tandem infolge der Ungeschicklichkeit oder Unachtsamkeit (!) des Pashas gegen einen Baum an, Herr und Pasha stürzten herunter und das vordere Rad wurde bei der Gelegenheit ganz krumm gebogen, so daß an ein Weiterfahren nicht zu denken war. In erklärlichem (!) Aerger darüber, zumal man sich ziemlich weit vom Hause ab befand und nun den ganzen laugen Weg zu Fuß zurückzulegen gezwungen war, strafte Herr Meyer seinen Boy wegen dessen Unachtsamkeit mit Schlägen und soll auch nicht abgelaufen haben, während des Rückweges denselben zu schlagen. Außerdem drohte er dem Boy, ihn zu Hause verhaften und an die Kette bringen zu lassen. Ob sich nun der Boy seinem Herrn gegenüber noch auf dem Rückwege gar inhaltlich widersetzt hat, ist nicht bekannt geworden, aber wahrscheinlich (!) Jedenfalls schickte Herr Meyer, als er zu Hause angekommen war, sofort zu den nahen Grenzaskaris und ließ die Ausgänge der Plantage von diesen sperren. Der Boy hatte sich unterdessen mit dem ihm gut bekannten Schrotgewehr, welches ihm häufig zum Vogelschießen überlassen worden war, versehen und wollte sich damit auf und davon machen, fand aber die Ausgänge der Plantage bereits von Askaris gesperrt und eilte deshalb wieder ins Herrenhaus zurück, wo er sich mit dem Schrotgewehr betraffend unter der Treppe aufstellte. Herr Meyer ging nun mit einigen Askaris selbst in das Haus und hatte denselben gerade zugerufen „kamata“ (ergreife ihn), als ein Schuß fiel, der Herrn Meyer sofort zu Boden streckte. Im Sterben rief er nochmals den Askaris zu „kamata, er hat mich erschossen“. Als die Askaris dann gegen den Mörder eindringen, fiel der zweite Schuß, den der Boy, das Gewehr mit der Mündung unter sein Kinn haltend, auf sich selbst abfeuerte. Auch hier that das Schrot seine Wirkung, mit halb abgerissemem Kopfe stürzte auch der Boy zu Boden und war sofort tot.“

Daß dem jähzornigen Herrn Meyer nur sein verdientes Schicksal geworden, braucht nicht weiter bewiesen zu werden. Die Brutalität des Erschossenen werfen jedoch ein charakteristisches Licht auf unsere koloniale Pashawirtschaft.

Ausland.

England und die Balkanwirren.

London, 20. September. (Fig. Ver.) Mit Ausnahme Frankreichs offenbar kein Land so viel Sympathie mit den unterdrückten Balkanländern wie England. Wir sehen hier allem Anschein nach am Vorabend einer umfassenden Agitation zu Gunsten der autonomen Macedoniens. Die herabreichenden Nachrichten aus den aufständischen Wilajets werden in England viel gelesen und besprochen. Eine britische Regierung, die den Mut hätte, die Flotte nach den Dardanellen zu schicken, um die macedonischen Christen zu befreien, wäre ungemein populär. Jemand welche politische Hintergedanken sind in dieser Agitation nicht vorhanden. Es ist vielmehr das Gefühl der Verantwortlichkeit für die überaus traurigen Zustände, die zum größten Teile der verbrecherischen Nachlässigkeit der europäischen Diplomatie geschuldet sind. Das britische Kabinett wird von der Nation förmlich gedrängt, aus seiner Passivität hervorzutreten und Maßregeln gegen die Türkei zu ergreifen. Leider wird aus dieser ganzen Agitation nichts Eripriehliches herauskommen. Die britische Regierung wird nur in Uebereinstimmung mit Oestreich und Rußland handeln. Um die öffentliche Meinung Englands zu beruhigen, schrieb der Premierminister Mr. A. J. Balfour einen Brief an den Erzbischof von Canterbury. Der Brief wurde vorgelesen veröffentlicht. Seine Bedeutung liegt nur in der Person des Schreibern, denn Neues enthält der Brief nicht. Balfour sagt: „Weder Rußland, noch Oestreich oder die Türkei kann einer Neugliederung der Balkanländer gleichgültig zusehen. Ebenso sind Griechenland, Serbien und Rumänien tief an dem Schicksal Macedoniens interessiert, dessen christliche Bevölkerung sich aus Bruchstücken jener vier Länder zusammensetzt. Ich sehe keinen andern Ausweg, als es Oestreich und Rußland zu überlassen, in Macedonien Ordnung zu schaffen. Das Eingreifen einer dritten Macht würde die Lage nicht verbessern.“

Inzwischen hat sich am 20. September eine große Versammlung in St. James Hall mit der macedonischen Frage beschäftigt und folgende Resolution angenommen:

1. Die Regierung in Macedonien und das Nihilisten aller Versuche zur Einführung von Reformen unter türkischer Kontrolle mache es notwendig, daß die direkte Herrschaft des Sultans in den macedonischen Provinzen aufhöre; 2. die von England in dem Berliner Vertrag übernommenen Verpflichtungen erfordern es, daß England Schritte thue, um der Rückentwicklung von Nichtkämpfenden und der gegenwärtig verübten Milderung Einhalt zu gebieten und auf die andern Vertragsmächte zu Gunsten der obenbezeichneten Politik einwirke. Ferner wurde Hilfeleistung zur Abwendung von Hungernöten für dringend notwendig erklärt und die Einsetzung eines Balkankomitees verlangt, um Nothständen vorzubeugen. Unter den Rednern und den Teilnehmern an der Versammlung waren alle politischen Parteien und alle religiösen Bekenntnisse vertreten. — In der Versammlung in St. James Hall gelangte ein Brief des Erzbischofs von Canterbury zur Verlesung, in welchem dieser erklärte, die Versammlung habe den Willen des gesamten Volkes hinter sich, das entschlossen sei, den ganzen mächtigen Einfluß Englands auszuüben zu dem Ziele der Unterdrückung der Tyrannen, der Raubgier und Miswirtschaft. Ferner waren Briefe von Bischofen und von 39 Parlamentsmitgliedern eingelaufen, darunter solche von Campbell-Bannerman und Sir Edward Grey.

Marokko und die europäische Lage.

London, 28. September. (Fig. Ver.) Es ist wohl kein Zweifel mehr, daß Frankreich die Zustimmung Englands, Spaniens und Italiens erhalten hat, das Protektorat über Marokko zu erklären. Die Nachrichten über dieses Ereignis gestalten einen Einblick in die diplomatische Lage Europas. Wir sehen England wieder an der Seite Frankreichs, was schon seit 1882 nicht passierte. Die zwanzigjährige Entfremdung zwischen den beiden weiteuropäischen Mächten war der deutschen Diplomatie günstig und wurde auch von ihr gefördert, wenn auch nicht geschaffen. Frankreich konnte nicht alle Kräfte auf seine östliche Grenze konzentrieren, sondern mußte auch gegen den Westen rücken. Ebenso wurde England gezwungen, sich an den Dreibund zu lehnen, der zum Teil gegen Frankreich gerichtet war. Jetzt hat sich die Lage beträchtlich geändert. Frankreich wird von der westlichen Gefahr befreit. Dann lohnt es sich mit Italien aus, dem es zu Tripolis verhilft. Der Dreibund wird demnach soweit er gegen Frankreich gerichtet war, ganz wertlos. Bleibt nur Spanien, wohin Prinz Heinrich vor einigen Monaten eilte, um

die deutsche Politik zu fördern und die Kreise der französischen Mittelmeerpolitik zu lösen. Aber auch dies mißlang. Spanien ist mit der französischen Mittelmeerpolitik einverstanden. Allerdings hat Mr. Delcassé, der französische Minister des Aeußeren, die spanische Einwilligung zum Teil durch einen Verrat an den republikanischen Grundgesetzen erkaufte. Man dürfte sich noch erinnern, daß die französische Regierung die spanischen Republikaner in Paris verfolgen ließ. Dies war eine Abzugszahlung an die spanische Monarchie für ihre Zustimmung zur französischen Mittelmeer-Politik. Jedoch kann dies nicht der einzige Preis sein, den Frankreich an Spanien zahlte. Denn wenn überhaupt europäische Mächte irgend welche Rechte auf asiatische oder afrikanische Länder haben, so hatte Spanien ein Recht auf Marokko. Spanien hat dort schon längst Fuß gefaßt. Es besißt Ceuta und einige andre Gebiete, die ihm das Vortrecht auf das mauritanische Reich geben. In der spanischen Diplomatie herrsche seit langem die Formel, daß Spanien am Atlas endige. Wenn Spanien dennoch zu Gunsten Frankreichs auf Marokko verzichtete, so darf man annehmen, daß in den letzten Monaten eine spanisch-französische Allianz abgeschlossen wurde. Uebrigens liegen über diesen Punkt noch anderweitige Beweise vor.

Man sieht, wie weitläufig und umfassend die äußere Politik ist, die eine bürgerliche Republik führen kann. Sie hat in den letzten zwanzig Jahren ein enormes Kolonialreich gegründet. Sie hat den lateinischen Bund zur Thronbesteigung gemacht und die Vorherrschaft im westlichen Teile des Mittelmeeres erlangt. Sie hat England und Italien vom Dreieck losgelöst. Sie hat der deutschen Diplomatie Schach gegeben. Vor zwanzig Jahren war die deutsche Diplomatie damit beschäftigt, Frankreich zu isolieren. Jetzt ist die deutsche Diplomatie isoliert und muß die nordafrikanischen Vorgänge stillschweigend acceptieren. —

England.

Rückgang des Municipal-socialismus. London, 27. September. (Eig. Ber.) Nach dem Siege der bürgerlichen Mehrheit in West Ham wurde der Achtstundentag abgeschafft und die Arbeitszeit auf zehn Stunden festgesetzt. Dies bedeutet die Entlassung einer Anzahl von Arbeitern, die die jetzt ohnehin starke Reserve-Armee von Arbeitslosen noch verstärken werden. Denn wie wir neulich nach der amtlichen „Labour Gazette“ vom 15. September mitteilen, zeigt der englische Arbeitsmarkt einen Geschäftsniedergang. —

Türkei.

Türkische Küstungen. 300 000 Mann türkischer Truppen, so telegraphiert der „Daily Mail“-Sondercorrespondent in Konstantinopel, werden allmählich mit einer bewundernswert unauffälligen Strategie gegen Bulgarien vorgeschoben, längs dessen Grenze sie bald eine lindenlose eiserne Mauer bilden werden. Diese riesigen Truppenmassen, die sicher nicht allein zur Belämpfung der Aufständischen aufgebracht wurden, verteilen sich folgendermaßen: Im Vilajet Kossowo 10 000 Mann, Adrianopel 70 000 Mann mit 300 Geschützen, Konstantinopel 50 000 Mann, Saloniki 170 000 Mann. Die Armee von Kossowo, die allerdings nicht sehr stark ist, steht nur vier Stunden von der serbischen Grenze, und ist immerhin stark genug, um jeden ersten Angriff zurückweisen zu können, bis Verstärkungen eintreffen. Von Kossowo aus würden die türkischen Truppen in einem zweiseitigen Marsch über das Gebirge ein Terrain erreichen, von wo sie gleichzeitig gegen Bulgarien und Serbien vorgehen können. Der linke Flügel der türkischen Macht ist weiter durch albanische Regimenter verstärkt worden, die von Adrianopel wegen dort verübter Ausschreitungen abberufen wurden. Den rechten Flügel, offenbar die Angriffsarmee, bilden die in Adrianopel zusammengekommenen Armeekorps mit ihrer riesigen Artillerie, während die 170 000 Mann in Saloniki in Reserve stehen und überall hin vorgeschoben werden können. Dieser ganze strategische Plan ist sicher von einem europäischen Militär entworfen worden. Die Türkei hat jetzt alle verfügbaren Leute unter der Fahne, selbst die dritte Klasse. Mit jedem Zug treffen neue Verstärkungen ein, die unmöglich zur Verwendung gegen die Aufständischen bestimmt sein können. —

Landtagswahl.

Im Kreisinn des dritten Berliner Landtags-Wahlkreises herrscht Zwist über die Kandidatenfrage. Der Bezirksverein der Rosenthaler Vorstadt hatte beschlossen, dem Wahlkomitee die Herren Rosenow und Jwiz in Vorschlag zu bringen. Der Vorstand des Vereins aber erklärte den Beschluß für ungültig, weil er „durch bestellte Arbeit künstlich herbeigeführt worden sei“. Wehnliche Reibungen bestehen im Bezirksverein Vintaplay. Ein Teil der Freisinnigen will statt der Kandidatur Jwiz eine Kandidatur Schöler.

Gegen Dr. Barth's Stellungnahme im Landtagswahlkampf wendet sich die „Weser-Zeitung“, die der Partei Dr. Barth's angehört. Sie will nichts von gemeinsamer Aktion mit der Socialdemokratie wissen:

„In der weit kleineren freisinnigen Vereinigung ist zwar hier und da Beifall für die Bundesgenossenschaft mit den Socialdemokraten laut geworden, daneben aber auch kräftiger Widerstand. Wir erfahren aus verschiedenen Wahlkreisen, daß die dortigen Parteifreunde eine ebenso unbeugsame Abneigung gegen den Gedanken haben wie die Bremerischen, welche letztere zwar an der preussischen Landtagswahl unbeteiligt sind und die daherhalb gebotene Zurückhaltung beachten, sich jedoch nicht nehmen lassen, die Schritte der mit ihnen in Reichstags-Angelegenheiten eng verbundenen Partei zu beurteilen. Wir haben Grund, die Weigerung einer Anzahl von Parteigenossen für unabänderlich zu halten. Auf wie viele Wahlkreise dies zutrifft, wissen wir nicht und weiß niemand; ebenso ist es unbekannt, wie viele entgegengesetzter Ansicht sind. Gewiß ist aber eins: Durchführbar ist der Gedanke des Wahlbündnisses mit der Socialdemokratie nur unter Spaltung der kleinen Partei der Freisinnigen Vereinigung. Das sollten selbst diejenigen bedenken, die ihn für richtig halten. Sie wollen das liberale Bürgerthum einigen und beginnen damit, indem sie eine neue Spaltung hervorufen. Das Gros des liberalen Bürgerthums sammelt sich jedoch zu einem gemeinsamen Wahlkampf der Nationalliberalen mit der freisinnigen Volkspartei und einem Teile der Freisinnigen Vereinigung; wer sich als Sonderhändler abseits hält und mit den Socialdemokraten geht, verursacht eine neue Spaltung. Das muß wir wiederholen es, selbst derjenige anerkennen, der den Gedanken für richtig hält.“

Die Auslassung der „Weser-Zeitung“ bestätigt, daß die Freisinnigen aller Farbe lieber nach rechts, nach der Seite der Reaktion, Anschluß suchen und lieber diese Reaktion fördern, als in nur loser Verbindung mit der Socialdemokratie für die liberalen Ideen in Preußen zu kämpfen. Wir haben gegen diese selbstmörderische Spaltung des Liberalismus nichts einzuwenden.

Partei-Nachrichten.

Der Vorstand der socialdemokratischen Partei in Nordbavern erstattet den Bericht über die Reichstagswahlen. Der Gauverband erstreckt sich über 20 Wahlkreise in den Regierungsbezirken Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken und Unterfranken. Die Wählerlisten für diese 20 Wahlkreise belaufen sich auf insgesamt 33 118,87 Wähler. Davon stammten bei der Parteivorwahl 13 000 Wähler, die Gattische 1965,55 Wähler, an freiwilligen Beiträgen gingen aus dem Gau ein 141,40 Wähler, 15 293,40 Wähler von den Vereinen in 16 Wahlkreisen aufgebracht, zu denen bleibt noch ein Defizit von 2718,52 Wähler. Die Kosten für die einzelnen Kreise stellen sich wie folgt: Oberpfalz (15 Wahlkreise) 1906,13 Wähler, Oberfranken (5 Wahlkreise) 12 453,36 Wähler, Mittelfranken (6 Kreise) 12 557,84 Wähler, Unterfranken (4 Kreise) 5782,55 Wähler. Der Rest entfällt auf allgemeine Ausgaben. Im Wahlkreise Nürnberg folgte die Wahl 3483,11 Wähler.

Der Stimmenzuwachs der socialdemokratischen Partei betrug in den 20 Wahlkreisen zusammen 28 302. Davon kommen auf die Oberpfalz 2177, auf Oberfranken 11 733, auf Mittelfranken 11 567, auf Unterfranken 2825 Stimmen.

Wenn auch in Bezug auf Eringung von Mandaten kein günstiges Resultat zu verzeichnen ist, so können wir doch mit den erzielten Erfolgen zufrieden sein, da die Organisation wesentlich gestärkt und das Netz von Vertrauenspersonen bedeutend erweitert wurde. Gest ist es auch mit der Ausbreitung der Organisation nur schrittweise vorwärts, ist auch erst seit dem vergangenen Jahre ein rascherer Aufschwung zu verzeichnen, und sind da und dort noch Mängel vorhanden, so berechtigt doch das allmähliche Anwachsen zu den schönsten Hoffnungen, sodas auch das nördliche Bayern in absehbarer Zeit dazu kommt, die zum Kampfe nötigen Geldmittel selbst aufzubringen und die Parteifläche reichlicher als es bisher möglich war, zu unterziehen.

Zur Zeit zählen zum Gauverband 90 socialdemokratische Vereine, die teilweise während der Wahlzeit einen ansehnlichen Zuwachs zu verzeichnen hatten. In Nürnberg ist die Zahl der Mitglieder von rund 5000 auf 6534 gestiegen. Auch die Presse hat erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Die „Fränkische Volkszeitung“ hat eine Auflage von über 3500 Exemplaren erreicht und wirkt schon jetzt einen kleinen Ueberschuß ab. Ihr Verbreitungsgebiet erstreckt sich auf 4 oberfränkische und 3 unterfränkische Kreise. Die „Fürther Bürgerzeitung“ hat ihren Abonnentenstand um 2000 erhöht.

Im Agitationsbezirk östliches Westfalen und lippische Fürstentümer betragen, wie aus dem Bericht des Agitationskomitees an den Bezirks-Parteitag hervorgeht, die Wählerlisten 17 659 Wähler, wofür 12 Wahlkreise in Betracht kommen. Es wurden insgesamt 452 000 Flugblätter verteilt. Die Zahl der socialdemokratischen Stimmen stieg in diesen Kreisen von 18 948 im Jahre 1898 auf 32 496 im Jahre 1903; sie betragen von der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 10,2 Proz. im Jahre 1898 und 14,2 Proz. im Jahre 1903. Das Agitationskomitee hatte 7795 M. Einnahme, worunter 5500 M. vom Parteivorstande.

Aus den Beschlüssen des Parteitag's ist nur zu erwähnen die Aufforderung an die Arbeiterorganisationen des Bezirks, die „Neue Zeit“ zu abonnieren.

Organisatorisches. Die Kreis-Konferenz für den Wahlkreis V o d u m beschloß, in Zukunft die Delegation zur Kreis-Konferenz nach dem Verhältnis der zahlenden Parteimitglieder zu regeln. Für Einführung der M a b s t i m m u n g in Partei-Angelegenheiten tritt ein Mitarbeiter der „Leipziger Volkszeitung“ in einem längeren Artikel ein.

Der am 1. Januar 1903 mit 100 Mitgliedern gegründete Kreisverein für den Wahlkreis Merseburg zählte nach dem jetzt veröffentlichten Bericht am 30. Juni d. J. 627 Mitglieder.

Ein Partei-Schiedsgericht soll auch in Sachen Heinrich Braun entscheiden. Er hat, wie die „Märkische Volksstimme“ berichtet, die Organisation des Wahlkreises Frankfurt-Rebus er sucht, die Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts herbeizuführen.

Socialdemokratie.

Aus Anlaß der Vorfälle mit dem Prinzen Arenberg im Gefängnis zu Hannover, die einen Aufseher jezt 30 M. Geldstrafe und einen Verweis eintrugen, erinnert unser Magdeburger Parteiblatt an die furchtbaren Mißhandlungen, denen im vorigen Untersuchungsgefängnis in den neunziger Jahren ein Socialdemokrat wegen einiger kleiner Durchstechereien ausgesetzt war. Die Erinnerung ist sehr zeitgemäß. Solche Vorkommnisse dürfen nicht aus dem Gedächtnis verschwinden. Das Blatt schreibt:

Es war zur Zeit, als der Staatsanwalt Maizier in Magdeburg sein unheimliches Regiment ausübte. Unser Genosse Königstedt, damals Expedient der „Volksstimme“, sah in Untersuchungsgefängnis, weil er beschuldigt wurde, dem Kolporteur Willborn und dem Kolporteur Keil verbotene Schriften ausgehändigt zu haben, die von diesen vertrieben wurden. Alle befanden sich in Untersuchungsgefängnis. Beim Spaziergang im Gefängnis wurde nun Königstedt ein kleines Stück Wurst durch einen Wächter zugesteckt, außerdem sollte er einen Kaffee verschoben haben. Die Wurst wurde auf der Zelle Königstedt's gefunden, er weigerte sich anzunehmen, von wem er sie bekommen habe, und darauf verfügte der Erste Staatsanwalt Maizier, obgleich diese Verfügung einen Eingriff in das Recht des Untersuchungsrichters bedeutete:

Weil Königstedt Durchstechereien mit einem Posten vorgenommen hatte und sich bei seiner Vernehmung weigerte gezeigt hat, indem er die Aussage verweigerte, weil er Verbindung mit Leuten außerhalb des Gefängnisses angeknüpft hat, und es demgemäß nicht ausgeschlossen erscheint, daß er sich eventuell seiner Strafe durch die Flucht entziehen würde, wird Königstedt gefesselt.

Die Fesselung geschah nun in „humaner“ Weise dadurch, daß Königstedt mit einer schweren Kette an den Fußboden geschlossen wurde, während eine gleiche Kette seine linke Hand mit den beiden Händen verband. Die Ketten waren wesentlich schwerer, als die des Raubmörders Erbe, eines scheußlichen Mörderes, der damals ebenfalls in Untersuchung lag und bald darauf zum Tode verurteilt wurde. Während außerdem bei dem Raubmörder Handschellen und Fußringe mit Leder ausgekleidet waren, mußte sich Königstedt die Haut durch das blanke Eisen durchschneuern lassen. Wie in einem Prozesse festgestellt wurde, geschah dieses aus „technischen Gründen“, weil der Raubmörder dünnere Hand- und Beinengelente hatte, als Königstedt. Zwanzig Tage, vom 10. bis 28. April 1892, trug Königstedt dieses förmliche Geschmeide, dann wurde er „infolge seines Wohlverhaltens“ wieder davon befreit. Schließlich wurde Königstedt zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt und 1 Monat als verbüßt erachtet. Später brachte ihm die Verurteilung des Wächters noch 1 Monat Gefängnis ein, während der Posten 9 Monate Festung erhielt. Die Fesselung Königstedt's wurde viel besprochen. Der Minister forderte Maizier auf, sich dienstlich darüber zu äußern, fand aber keine Veranlassung, gegen den schneidigen, Socialisten belämpfenden Ordnungshüter einzuschreiten, dagegen wurden Dr. Luz, dem einige Zeitungen unterlaufen waren bei der Besprechung des Falles, zu 1 Monat Gefängnis und der damalige verantwortliche Redakteur der „Volksstimme“, Genosse Martini, zu 20 M. Geldstrafe verurteilt wegen Verleumdung des Staatsanwalts Maizier.

Dort 30 M. Geldstrafe bei einem Prinzenaufseher. Hier, wo der Untersuchungsgefängnis, der ja ebenso gut hätte freigesprochen werden können, nur ein Stückchen Wurst annahm, wird er in Ketten gelegt wie ein gemeiner Verbrecher!

Wer ist es also, der zum Haß gegen die bestehenden Zustände reizt?

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Majestätsbeleidigung soll unser Kasseler Parteiblatt begangen haben durch einen Artikel „Giftpilze“. Die Nr. 223 des Blattes ist deshalb auf Anordnung der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und die Beschlagnahme durch Verzicht des Amtsgerichts befähigt worden. Der Artikel war einer Kritik der sogenannten unparteiischen Presse gewidmet und ist durch viele Blätter gegangen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in der Metallindustrie.

Der erkrankte hat, gestern vormittag im Gewerkschaftshause einige Tausende angesprochene Metallarbeiter zu sehen, sah sich geduldet. Nichts deutete darauf hin, daß die Unternehmer ihren Plan in nennenswerthem Umfang durchgeführt hätten. Die Versammlung der freien Metallarbeiter war wie gewöhnlich von der dieser keinen Branche entsprechenden Zahl von Arbeitern besucht. Der Referent C o h e n äußerte sich dahingehend, daß die Unternehmer ihren Ausperrungsbeschlus offenbar stark modifiziert hätten. Eine Reihe Firmen würde wohl überhaupt nicht ausperren, andre nur einen Teil ihrer Arbeiter. Jedenfalls hätten auch die Scharfmacher unter den Fabrikanten nur in der Erwartung für jene Maß-

regel gestimmt, daß der Metallarbeiter-Verband in Angst vor der Drohung den Kampf aufgeben würde. Durch den Abschluß des Tarifvertrages vor dem Gewerbegericht ist die Bewirtung unter den Arbeitgebern jedenfalls noch größer geworden. Durch diesen Vertrag ist zugleich auch der Beweis erbracht, daß die Konkurrenzfähigkeit der Branche durch die Forderungen der Arbeiter nicht gefährdet wird. Es ist jetzt der Zeitpunkt nahe, wo eine Störung des Arbeitsprozesses in denjenigen Betrieben eintreten muß, die nicht bewilligt haben und den bösen Ratschlägen aus der Dresdenerstraße Folge leisten. Sie werden schweren Schaden dadurch leiden, während die Firmen, die den Tarif anerkennen haben, den Vorteil haben. Der Kühnemänner-Verband wird sich immer mehr als eine Schädigung für die ganze Metallindustrie erweisen. Die Firmen, die den Tarifvertrag geschlossen haben, beschäftigen zusammen ca. 5000 bis 6000 Arbeiter. Es sind seitdem noch mehrere hinzugekommen und die Zahl der Firmen, die sich dem Vertrag anschließen, wird immer größer. — In der Versammlung wurde ferner erwähnt, daß der Obermeister der Gütlerinnung gezwungen worden ist, sein Amt niederzulegen, weil er die Forderungen bewilligt hat, ein Zeichen für die Rigorosität, mit der die Scharfmacher noch immer thätig sind. Ferner wurde berichtet, daß die Polizei in Treptow für einen Gastwirt, bei dem einige Streikende verkehren, die Polizeistunde von 1 Uhr auf 10 Uhr herabgesetzt hat. — Die nächste Streikversammlung der Brüder wird am Freitag stattfinden.

Zum Streik der Omnibus-Angestellten.

Gestern hatten sich die Streikenden in derselben Stärke wie bisher im Duggenhagenschen Saal eingefunden, wofür ihnen die erste Streikunterstützung ausbezahlt wurde. An dem Stand des Streiks hat sich heute noch nichts geändert. Der Gesellschaft ist es nach wie vor unmöglich, die Wagen der Luhenlinien des Abends verkehren zu lassen. Nur in der Friedrichstraße wurde der Verkehr aufrecht erhalten. Mit Anerkennung nahmen die Ausständigen die Mitteilung ihrer Deputation entgegen, daß sich Oberbürgermeister Kirchner zur Vermittelung bei der Direktion bereit erklärte. Eine Anzahl Kutscher und Schaffner hatten sich gestern nach den Depots begeben, um der Aufforderung der Direktion entsprechend, ihre Carderbestände abzuliefern. Ihnen wurde dort jedoch gesagt, sie möchten damit noch bis auf weiteres warten. Hiernach zu urteilen, scheint eine gegenseitige Verständigung beider Parteien noch nicht völlig ausgeschlossen zu sein. Lebhafter Beifall durchbrachte die Versammlung, als ihr die Lohnkommission die Mitteilung machte, daß am Dienstagabend die Parteigenossen in den sechs großen Parteiverfassungen den Streikenden volle Sympathie bezeugt hatten. Das heißt mit andern Worten: Von der politisch organisierten Arbeiterschaft werden die Wagen der Omnibus-Gesellschaft solange nicht benutzt, bis der Streik für beendet erklärt worden ist. Im Vertrauen auf diese moralische Unterstützung beschlossen die Anwesenden, unbeirrt weiter im Streik zu verharren. An das Publikum ist gestern aufs neue ein Massenflugblatt verteilt worden.

An den Anschlagssäulen im Norden Berlins war gestern nachstehendes Plakat zu lesen:

Allgemeine Berl. Omnibus-Akt.-Gesellschaft.
Beranlagt durch vielfache und schriftlich und persönlich vorgebrachten Viten ausständiger Schaffner, Kutscher und Stalleute um Wiedereinstellung, sind wir bereit, denselben entgegen zu kommen, indem wir die Schaffner, Kutscher und Stalleute, welche über 10 Jahre in unseren Diensten standen, sofort, und welche über 5 Jahre in unseren Diensten waren, nach Bedarf wieder einstellen zu wollen. Die betreffenden Arbeitjuden haben sich auf ihren früheren Depots zu melden. Das augenblicklich im Dienst befindliche Personal wird beibehalten. Die Direktion.

Der Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter teilt uns mit, daß er dies Plakat für eine Mache halte, durch die der Annulla des Publikums gegen die Omnibusgesellschaft beschwichtigt werden solle. Die Verbandsleitung erludt die Streikenden, die heute bei Duggenhagen stattfindende Versammlung abzuvarieren.

Die Kutscher in Veltzen befinden sich seit Donnerstag (heute) im Ausstand. Wir ersuchen die Kollegen Berlin und Umgegend, sich nicht als Streikbrecher herzugeben und dafür zu sorgen, daß jeder Zugang ferngehalten wird. Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands (Ordnungsverwaltung Veltzen).

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.
Die Veltzener Ofenfabrikanten haben den Arbeitern gegenüber kein Entgegenkommen gezeigt und somit haben denn am Dienstag die Arbeiter beschlossen, die Arbeit am 1. Oktober nicht mehr aufzunehmen. Die Forderung der Hilfsarbeiter war eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf. (derzeit beträgt jezt 27/8 Pf.). Trotzdem die Arbeiter ein weiteres Entgegenkommen zeigten und der Landrat sich alle Mühe gegeben hat, beharreten die Fabrikanten auf ihrem Standpunkt und lehnten alles ab. Auf friedlichem Wege war somit nichts zu erzielen, sie wollten den Kampf. Deshalb Kollegen, haltet den Zugang von Fabrik- und Hilfsarbeitern nach Veltzen fern. Der Gauverband.

Deutsches Reich.

Die händischen Arbeiter Leipzigs haben beschlossen, den Rat der Stadt um baldige Einführung der Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung für städtische Arbeiter anzugeben. Die Stadtverwaltung hat die Absicht, diesem Wunsch Rechnung zu tragen. Man hat selbst seit Jahren schon im Schoße der Kommissionen über die Durchführbarkeit dieser Angelegenheit beraten, nachdem Ende der 90er Jahre eine hierauf bezügliche Anregung von den socialdemokratischen Vertretern im Stadtparlament-Kollegium gemacht wurde; etwas Greifbares ist jedoch bis jetzt noch nicht zu stande gekommen. Seitens des Rates begünstigt man sich vielmehr damit, dergleichen Arbeiterfürsorge nur in Ausnahmefällen zu über. Trotzdem sollen hierfür in den letzten Jahren durchschnittlich 25 000 M. ausgegeben worden sein. Nach eventuell stattgehabter Einführung von bestimmten Normen für die Alters- und Hinterbliebenen-Versorgung, wie solche in Berlin bestehen, sollen dann etwa 100 000 M. in Veranschlagung kommen. Von der Stadtgemeinde Leipzig werden ungefähr 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Für einen Teil der Betriebe fehlen da sogar noch die so notwendigen Arbeiterauslässe. Dort, wo solche bestehen, ist aber die Wahlfähigkeit an 3jährige und die Wahlbarkeit an 6jährige Dienstzeit gebunden. Die Arbeiter haben sich daher in einer am 26. September d. J. abgehaltenen recht gut besuchten Versammlung auch hiergegen gewandt und den Beschluß gefaßt, eine auf Abstellung dieser Dinge hingelende Eingabe an den Rat zu machen.

Als Streikbrecherbureau bezeichnen die Arbeiter Nürnberg den dortigen händischen Arbeitsnachweis, und zwar mit vollem Rechte, denn dieses Institut macht sich bei Lohnkämpfen eine besondere Ehre daraus, die bedrängten Unternehmer reichlich mit Arbeitswilligen zu versorgen. Die organisierten Arbeiter haben sich schon vor Jahren bemüht, den Magistrat zu bewegen, daß in das Statut des Arbeitsnachweises der sogenannte Streikparagraf aufgenommen werde, aber diese Bitte wurde unter der Begründung abgelehnt, daß sich der Arbeitsnachweis bei Ausständen vollständig unparteiisch zu verhalten habe. Die Vermittlung von Streikbrechern scheint man sonach als keine gegen die Arbeiter gerichtete Parteimaßnahme zu betrachten. Gegenwärtig ist in der Palmischen Gießerei in Nürnberg ein Streik der Former ausgebrochen, und als der Unternehmer den Arbeitsnachweis um Hilfe in seiner Bedrängnis anflehte, trat dieser sofort alsbald wieder als Streikbrecheramt in Funktion. Deshalb richtete der Bevollmächtigte der Allgemeinen Händischen Deutschen Metallarbeiter-Verbandes an den Magistrat eine Eingabe des Inhalts, es möge der Geschäftsführer des Arbeitsnachweises angewiesen werden, während der Dauer des Streiks der Firma Palm keine Arbeiter auszuweisen oder wenigstens die Arbeiter, die Palm zugewiesen werden, darauf aufmerksam zu machen, daß dort ein Streik ausgebrochen ist. Dieses Gesuch wurde wiederum abgewiesen mit dem Hinweis auf die berühmte Unparteilichkeit und mit der Bemerkung, daß durch die Agitation der Arbeiter und ihrer

Presse schon genügend für Bekanntheit der Streiks getan werde. Der wirkliche Grund der Ablehnung ist jedoch in dem Haß der freimüthigen Unternehmer, aus denen die Stadtverwaltung Nürnberg besteht, zu suchen.

Stimmen über den Parteitag.

Von Beschlüssen und Verhandlungen der Parteiversammlungen ist zu berichten:

Die Parteigenossen in Breslau verhandelten am Montag über den Parteitag. Die Versammlung wurde jedoch vertagt und so sei aus den Verhandlungen zunächst nur erwähnt, daß allgemein die Art des Zustandekommens des Verharbischen Mandats im Landkreise beurteilt wurde. Auch gegen die Haltung des dortigen Parteiblatts in Parteifragen wurde mehrfach Widerspruch laut.

In einer Parteiversammlung in Hannover, die noch nicht zu Ende geführt wurde, sagte Meister unter großem Beifall, er sei mit den Verhandlungen des Parteitages zufrieden, nicht aber mit dem Resultat. Man hätte einigen Herren kategorisch sagen sollen, daß sie die Ehre zur Partei von draußen zumachen hätten.

Eine Parteiversammlung in Cöthen, in der Albrecht referierte, beschloß:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Webel auf dem Parteitag, den Revisionismus und die Vicepräsidentenfrage betreffend, vollkommen einverstanden. Sie verwirft auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen in der Partei. Sie erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Albrecht einverstanden und hofft, daß die Partei nicht von ihrer alten bewährten Taktik abweichen werde.“

Aus der Parteipresse sei noch erwähnt ein G. L. gezeichnete Artikel der „Breslauer Volkszeitung“, der Mehring gegen die Vermutung in Schuß nimmt, daß er aus Unehrlichkeit oder schänder Gewinn suchend gehandelt haben könne.

An der Resolution 130 hat er auszusagen, daß sie in der Fassung schwach ist; das beste an ihr sei die Ablehnung des Zuhörsgehens.

Die „Freie Presse“ für Elsaß-Lothringen ist mit der Art der Verhandlungen über die Mitarbeiterfrage nicht einverstanden, wohl aber mit dem Beschlusse dazu. Weiter schreibt sie: „Sind wir nun mit der ersten Hälfte des Parteitages absolut nicht zufrieden, so sind wir es doch mit der zweiten. Ist auch da manches vorgekommen, das besser unterblieben wäre, so stand der Parteitag doch bei Beratung der Frage der Taktik auf der Höhe seiner Aufgabe. Unzweifelhaft hat die Debatte, unzweifelhaft hat die Abstimmung ergeben, daß die Partei einzig ist, einzig als je, und daß Webel, der das Gegenteil behauptete, nicht recht hat. Wir stehen alle, ohne Ausnahme, auf dem Boden des Klassenkampfes, wir wissen alle, daß wir von der bürgerlichen Gesellschaft nicht zu erwarten haben, wir wollen alle unsere alte siegesbewährte Taktik beibehalten, das hat der Parteitag scharf und unumwunden zum Ausdruck gebracht.“

Ein L-Mitarbeiter des Blattes bezeichnet als das Erfreulichste am Parteitag dessen radikale Stimmung.

Das „Volksblatt für Heßen“ (Kassel) ist mit den gefaßten Beschlüssen „im wesentlichen“ einverstanden, mißbilligt aber die Formen der Verhandlungen.

Die „Mitteldeutsche Sonntagszeitung“ sagt: „Ganz falsch wäre es natürlich, wenn man die beiden Hauptdebatten, die über die Mitarbeit von Parteigenossen an bürgerlichen Wahlen und die Taktik-Debatte, als unnützlich und bloßes persönliches Gezänk bezeichnen wollte. In der letzteren handelte es sich um die Grundlage, um die Grundlage unserer Partei, darum, ob wir unseren Kampf als die Partei der arbeitenden Klasse wie bisher weiter führen oder eine gewisse Ausdehnung mit der bürgerlichen Gesellschaft, eine Ueberbrückung der doch nun einmal vorhandenen Klassen-Gegenätze betreiben sollen. Bestrebungen im letzteren Sinne wurden einer Reihe in führender Stellung befindlichen Genossen, den sogenannten „Revisionisten“ vorgeworfen. Sie haben es bestritten; Auer erklärte solche Vorwürfe als elende Verleumdung. Mit erdrückender Mehrheit ist die Resolution angenommen worden, in der ausgesprochen wird, daß an der bisherigen Taktik nichts geändert werden soll, daß wir bleiben, was wir waren!“

Und über die Mitarbeiterfrage:

„Parteiorganisations-Schriftsteller sollten es schon ganz von selbst unterlassen, an Wählern mitzuwirken, welche die Socialdemokratie auf das niederträchtigste beschimpfen. Was hier von Parteivorgesetzten verlangt wurde, war berechtigt und eigentlich selbstverständlich.“

Die „Laterna“ (Spandau) schreibt nach einer Beurteilung der Form der Verhandlungen:

„Von diesem häßlichen Veiwertel aber abgesehen, hat der Dresdener Parteitag vollkommene Erwartungen gerechtfertigt, welche die große Masse unserer Parteigenossen in ihn gesetzt haben, denn er hat mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß für die deutsche Socialdemokratie nicht die mindeste Ursache besteht, ihren Kampfscharakter aufzugeben und die bisherige, altbewährte Taktik, die uns von Erfolg zu Erfolg geführt hat, zu verändern und daß für die verwöhrenden, abrodolenden Ideen der „Revisionisten“ kein Nährboden innerhalb der Socialdemokratie vorhanden ist.“

Gegenüber der Behauptung der „Münchener Post“, daß die Absicht bestanden habe, die Revisionisten aus der Partei hinaus zu befördern, gibt Victor Adler in diesem Blatte eine Erklärung ab. Adler bemerkt sich als den Verfasser des Wortes in der Wiener „Arbeiterzeitung“, auf den sich die „Münchener Post“ berufen hatte und sagt, daß die Behauptungen der „Münchener Post“ in jedem Punkte den Thatsachen widersprechen. Er citirt dann aus seinem Bericht dies:

„Man hört, daß die Revisionisten für die Resolution Webels stimmen, aber einen Zusatz einbringen wollen, der gewisse parlamentarische Initiativanträge vorschlägt. Die Bemerkungen, ein Schibboleth für den Revisionismus zu finden, wären dann freilich vergebens gewesen. Das ist nun Veranlassung für einige, insbesondere Nürnberg-Delegierte, einen Antrag vorzubereiten, der sich so scharf gegen die Revisionisten wendet, daß diese nicht dafür stimmen können. Ob es aber dazu kommt, ist noch ungewiß. Wahrscheinlich wird sich die große Majorität des Parteitages damit begnügen, zu zeigen, daß die Partei mit einer an Unmitteligkeit grenzenden Mehrheit gewillt ist, bei der alten Taktik zu bleiben.“

Weiter unten in demselben Berichte:

Dresden, 18. September. (Privat.) Der Antrag gegen die Revisionisten ist bereits eingebracht worden. Er ist von den Genossen Adolf Braun, Keil und Haller gestellt und von vielen sächsischen Delegierten unterzeichnet und lautet: „Der Parteitag verwirft den Revisionismus, weil er erstens die Verhärtung der Massen gegen die Partei leugnet, und zweitens, weil er bereit ist, die Verantwortung für die heute herrschende Ordnung zu übernehmen, indem er von der bürgerlichen Gesellschaft einen Anteil an der Regierungsgewalt erstrebt, was ein organisches Zusammenwirken mit den bürgerlichen Parteien voraussetzt.“

Von der Veröffentlichung seiner Erklärung hofft er, daß sie dazu beitragen werde, festzustellen, daß ein Unterschied besteht zwischen der von mir von vornherein als utopisch erkannten Absicht, eine Resolution zu erlassen, für welche die Revisionisten nicht stimmen können, und der Absicht, „alle Revisionisten aus der Partei hinauszu befördern“, die meines Wissens nie und nirgends bestanden hat.“

In der „Münchener Post“ war auch gesagt worden, daß in Dresden ein Cliquen-Weißal gellacht hätte. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ sagt in Zurückweisung dieser Behauptung:

„Die Behauptung der „Münchener Post“ ist der schwerste Vorwurf, der gegen den Parteitag erhoben worden ist, und es ist traurig, sagen zu müssen, daß ein Parteiblatt auf diesen absurden Gedanken kommen konnte.“

Die Dresdener Genossen, deren Lokalkomitee in hingebendster Weise gearbeitet hat und bis zu einem gewissen Grade für den

äußeren Verlauf des Parteitages — auch moralisch — verantwortlich ist, werden nicht Lust haben, die Behauptung der „Münchener Post“ gegen sich und den Parteitag auszuspielen zu lassen.

Es ist daher dringend zu wünschen, daß unser Münchener Parteipressen seine Behauptung näher definiert und mit Beweisen belegt, oder sie zurücknimmt.“

Im „Volksblatt“ für Bochum erklärt Hué auf Wunsch von Freunden, daß er deswegen gegen die Resolution 130 gestimmt habe, weil er sie für überflüssig gehalten habe, da niemand nachgewiesen werden konnte, er stände nicht auf dem Boden des Parteiprogramms. Bei der Einzelabstimmung habe er aber für den ersten Absatz, betreffend die Vicepräsidenten-Frage gestimmt.

Genosse Webel übergab dem Protokoll für den Dresdener Parteitag folgende Erklärung, die er uns bittet auch im „Vorwärts“ zu veröffentlichen, mit der weiteren Bitte, daß auch die Parteipresse sie veröffentlicht:

Eine Aufklärung.

Der Genosse v. Vollmar hat in seiner Rede über die Taktik — Seite 334 dieses Protokolls — eine Bemerkung gemacht, die mich zu einer Richtigstellung bezw. Erläuterung nötigt.

Vollmar sagte mit Bezug auf meine Ausführungen unter anderem: Die gehobene Lebenslage gewisser Arbeiter hat sie verdorben! Auch das ist ein Argument, das schon früher aufgetaucht ist und das sehr wesentlich zur Verhärtung der Gegensätze in unsren Reihen beigetragen hat. Ich erinnere daran, daß Webel ganz dasselbe Grillenberger vorwarf; ich weiß, daß Grillenberger deswegen unverdönt mit Webel aus dem Leben geschieden ist, weil er das nicht hat verwinden können.“

Das Vollmar hier ausführt, ist eine Mär. Die Sachlage ist eine wesentlich andre.

Im Jahre 1894 fand im Oktober der Parteitag zu Frankfurt a. M. statt, auf welchem unter anderem die Zustimmung der Genossen im bayerischen Landtage zum bayerischen Landesbudget einer lebhaften Erörterung unterzogen wurde. Diese Verhandlung wie noch einige andre Vorkommnisse auf dem Frankfurter Parteitag veranlaßten mich einige Zeit nachher in einer Berliner Parteiversammlung, scharfe Kritik an den Verhandlungen des Parteitages zu üben.

Darauf antwortete mir Grillenberger in einem Artikel in der „Frankfurter Tagespost“, in dem er unter anderem die Anklage erhob: „Bayer sei von der Parteileitung finanziell zurückgesetzt worden, es herrsche bei ihr gegen Bayern eine starke Antipathie.“

Ich erwiderte im „Vorwärts“ vom 20. November 1894, diese Auffassung sei falsch, führte zum Beweis hierfür eine Reihe von Thatsachen und Zahlen an und schloß meine Ausführungen mit den Worten: daß die Partei seiner Zeit auch für das Nürnberg-Geschäft mit ganzer Kraft eintrat — daß sie in jenen Jahren vor 1894 auch für das Münchener Unternehmen eingetreten war, hatte ich ebenfalls angegeben — als dasselbe (unter dem Socialisten-gesetz) schwere Zeiten zu überwinden hatte, weiß Grillenberger ganz genau.

Diese Bemerkungen und nicht, wie Vollmar in seiner Rede behauptete, der Vorwurf, daß Grillenberger infolge seiner gehobenen Lebensstellung seine Anschauungen geändert habe, waren es, die Grillenberger gegen mich einnahm. Hinzu kam, daß, wie ich viel später erfuhr, Grillenberger einen Artikel im „Vorwärts“ vom 25. November 1894, den die Redaktion mit der Einleitung abdruckte: „Aus dem Kreise der Berliner Parteigenossen geht uns die folgende Zuschrift zu“ und unterzeichnet: „Ein Berliner Parteigenosse“, in dem in durchaus sachlicher Weise zahlenmäßig die Hilfe aufgeführt wird, die Bayern in einer Reihe von Jahren aus der Parteikasse erhielt, von Grillenberger mir zugeschrieben wurde, obgleich ich der Verfasser derselben fern stand, ein Glaube, der Grillenbergers Voreingenommenheit gegen mich noch steigerte.

Ich habe aber auch zu konstatieren, daß sowohl Frau Grillenberger wie Freunde von Grillenberger und mir sich alle Mühe gaben, eine Verständigung zwischen uns herbeizuführen, die aber an Grillenbergers Hartnäckigkeit, die von gewisser Seite geflissentlich genährt wurde, scheiterten. Nach meiner Ueberzeugung litt Grillenberger schon damals an den ersten Symptomen der Erkrankung, die leider im Herbst 1898 die plötzliche Katastrophe über ihn herbeiführte, der er binnen wenig Stunden zum Opfer fiel. Anders wäre sein Verhalten gegen mich unerklärlich gewesen. Schöneberg-Berlin, den 30. September 1903.

U. Webel.

Erklärung.

Im Verein mit Webel und Singer wendete ich mich in der Nr. 226 des „Vorwärts“ gegen die Mitteilung der „Münchener Post“ über den Dresdener Parteitag, die wir als „völlig grundlosen Klatsch“ bezeichneten. Nach den Darlegungen, die daraufhin die Redaktion der „Münchener Post“ giebt, nehme ich keinen Anstand, zu erklären, daß ich die Behauptung, es handle sich in der betreffenden Mitteilung um grundlosen Klatsch, nicht mehr aufrecht halten kann. Denn es handelt sich dabei in Wirklichkeit um etwas Andres, weit Schlimmeres.

Der Verfasser der Artikelserie über den Parteitag in der „Münchener Post“ wollte darthun, daß wir den Parteitag „dem löblichen Zweck“ dienlich zu machen suchten, „alle Revisionisten aus der Partei hinaus zu befördern“. Und als Beweis dafür gab er an, „die aus der Umgebung Webels sehr gut unterrichtete Wiener „Arbeiterzeitung“ meldete vom Parteitag, eine gewisse Resolution, die so gefaßt gewesen sei, daß sie für die Revisionisten unannehmbar sein müßte, sei zurückgezogen worden. Dabei zu bemerken ist, daß die Zurückziehung erst erfolgte, nachdem durch die Rede Vollmars und die Nachwirkung der Mehring-Affaire die Stimmung vollständig umgeschlagen war!“

Was stand aber in der Wiener „Arbeiterzeitung“ zu lesen? Erstens, die Resolution, die die „Münchener Post“ meinte, stammte nicht aus der „Umgebung Webels“, wie sie insinuierte, sondern von den Genossen Adolf Braun, Keil, Haller.

Zweitens, berichtete die Wiener „Arbeiterzeitung“ nicht, die Resolution Braun und Genossen sei einfach fallen gelassen worden, wie die „Münchener Post“ angab, sondern sie sei „durch einen Antrag Wurm ersetzt, der ebenfalls verliert, eine Formel zu finden, für die die Revisionisten nicht stimmen können.“

Also das Märchen von dem durch die Vollmarsche Rede erzeugten Mißgung ist in der Redaktion der „Münchener Post“ frei erfunden worden. In der „Arbeiterzeitung“, auf die sie sich beruft, steht nichts davon.

Allerdings hatte die Vollmarsche Rede einen Einfluß auf die Erregung der Braunschen Resolution durch die Wurmische. Diese Rede ließ erwarten, die Reigung der Revisionisten, für alles zu stimmen, was ihnen vorgelegt werde, sei noch stärker, als man von vornherein angenommen hatte. Daher wurde die von Braun vorgeschlagene Fassung der Resolution von ihren Unterzeichnern nach Vollmars Rede nicht mehr als genügend scharf befunden, um die gewünschte Fällung der Vertreter des Revisionismus vorzunehmen, und man setzte an ihre Stelle die weit schärfere Fassung Wurm.

Alles das diente aber nicht dem Zwecke, die Revisionisten aus der Partei hinauszuführen, wie die „M. P.“ behauptet, sondern, wie schon erwähnt, dem, sie zu zählen, der Welt zu demonstrieren, daß der Revisionismus in der deutschen Socialdemokratie keinen Boden habe. Dieser Zweck wurde auch erreicht, trotzdem oder vielleicht gerade deswegen, weil die Mehrheit der Revisionisten für eine Resolution stimmte, die alle Welt, und mit Recht, als eine Absage an den Revisionismus betrachtete.

Daher der Jorn der „Münchener Post“ über den Dresdener Parteitag und daher ihr Streben, den Münchener Genossen das

Gegenteil der wirklichen Vorkommnisse von Dresden zu erzählen, damit wenigstens diesen Genossen die Geschichte der Resolution über die Taktik als ein Sieg Vollmars erscheine.

Und dabei rühmt sich die „Münchener Post“ in ihrer Verächtlichkeit gegen uns, daß sie „die rückwärtslose Wahrheit zu sagen sich getraut.“

Ihre Rücksichtslosigkeit stimmt. Ihre Wahrheit haben wir eben kennen gelernt.

Friedenau, 30. September. R. Kautsky.

Ich schlicke mich der vorstehenden Erklärung an. A. Webel.

Indem ich mich ebenfalls der obigen Erklärung anschlicke, bin ich noch zu folgender Bemerkung veranlaßt.

Die „Münchener Post“ schreibt in dem von Kautsky gekennzeichneten Artikel über meine Geschäftsführung:

„Was die Geschäftsführung Singers anbetrifft, so hatte er kein Wort der Zurückweisung für die Webelschen Beleidigungen der Münchener und der sächsischen Genossen; Webel erhielt eine völlige Ausnahmebestellung eingeräumt, er konnte z. B. persönliche Bemerkungen“ stundenlang vortragen, während Singer andren gegenüber keineswegs so entgegenkommend war. Auch das läßt sich nicht leugnen.“

Hierauf erwidere ich:

1. Die Ausführungen Webels über die Münchener und die sächsischen Genossen trugen nicht den Charakter einer parlamentarisch unzulässigen Ausfällung.

2. Die Redaktion der „Münchener Post“ weiß augenscheinlich nicht, daß die Grenze einer persönlichen Bemerkung nicht durch deren Länge, sondern nur durch deren Inhalt gezogen wird.

Letzterer aber bot bei den persönlichen Bemerkungen Webels keinen Anlaß zu geschäftsbürokratischem Eingreifen. Daß ich Webel „eine völlige Ausnahmebestellung eingeräumt habe“, weise ich auf das entschiedenste zurück. Die Redaktion der „Münch. Post“ wird nicht im Stande sein, einen thatsächlichen Beweis für diese Anschuldigung zu erbringen. Paul Singer.

An die Redaktion des „Vorwärts“.

In Ihrer gestrigen Nummer veröffentlichen Sie eine Erklärung des H. Meine, worin er sich auch mit meiner Person beschäftigt. Ich will Ihnen Raum nicht übermäßig beanspruchen und begnüge mich mit der Feststellung, daß der ganze Klatsch, den er über mich verbreitet, längst klar gestellt worden ist in meiner Broschüre: „Der Herr Gardens Rabeln“, die 1899 bei Hermann Walser in Berlin erschienen und in ihren beiden Ausgaben vom „Vorwärts“ besprochen worden ist. Speciell ist hier auch (Seite 63) der Brief abgedruckt, worin Gardens am 18. September 1892 meine Ablehnung der Mitarbeit an der „Zukunft“ mit den Worten attestiert: „An keinem liegt mir so viel, von Keinem hat mir die Ablehnung so weh gethan. Aber ich ehre Ihre Gründe und schweige.“

Im übrigen stelle ich das nunmehrige Eingeständnis des H. Meine fest, vor dem Dresdener Parteitag und noch während des Dresdener Parteitages mit dem Parteiverleumder Gardens komplotiert zu haben, um mich in Dresden zu überfallen, mit Waffen, die er sich von diesem Parteiverleumder heimlich ausliefern ließ, ohne jede Rücksicht auf die Darstellung, die ich schon vor mehr als vier Jahren über meine früheren Beziehungen zu Gardens veröffentlicht habe.

Ich darf deshalb von jedem ehrlichen Munde beanspruchen, sein Urteil über diese Affaire zu suspendieren, bis ich mich verteidigt habe, was bei der Kompliziertheit des gegen mich geschmiedeten Komplots eben nur in einer ausführlichen Darstellung möglich ist, deren Fertigstellung ich nach Möglichkeit beile.

Steglitz-Berlin, 30. September 1903.

F. Mehring.

Eine Niesenausperrung in der Berliner Metallindustrie.

Der Berliner Metallindustriellen-Verband, verträgt unter dem Namen „Künnemänner-Verband“, hatte bekanntlich gedroht, am 30. September sämtliche in den Fabriken seiner Mitglieder beschäftigten Arbeiter auszusperrn, falls die streikenden Arbeiter und Drucker bis zum 28. September die Arbeit nicht bedingungslos wieder aufnehmen würden. Diese Drohung haben die betreffenden Fabrikanten gestern teilweise wahr gemacht. Die Zahl der Ausgesperrten konnte zwar bislang noch nicht genau festgestellt werden, doch kommen bereits mehrere Tausend in Frage. Wahrscheinlich wird sich die Zahl der Ausgesperrten im Laufe des heutigen Tages beträchtlich erhöhen. Beschäftigt sind bei diesen Fabrikanten ca. 14 000 Metallarbeiter.

In zwölf überfüllten Versammlungen nahmen die Berliner Metallarbeiter gestern Abend Stellung zu der Ausperrung. Es wurde daselbst übereinstimmend folgende Resolution angenommen:

„Die Versammelten erklären das Vorgehen der ausständigen Drucker und Gürtler für gerechtfertigt und drücken ihnen ihre vollste Sympathie aus.“

Den durch die Ausperrung aufgewungenen Kampf nehmen die Berliner Metallarbeiter auf und verpflichten sich, die Streikenden und Ausgesperrten moralisch und materiell zu unterstützen.

Die Versammelten verpflichten sich, alles daran zu setzen, um diesen Kampf erfolgreich zu beenden.“

Außerdem wurde beschlossen, daß jeder arbeitende Kollege zur Unterstützung der Streikenden und Ausgesperrten fünf Prozent seines wöchentlichen Arbeitsverdienstes abzugeben hat.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 30. September. (V. S.) Die der „Frankf. Jtg.“ aus Budapest berichtet wird, sind im dortigen Armenhause aus bisher noch nicht aufgekärter Ursache nach dem Mittagessen 150 Personen schwer erkrankt, wovon eine bereits gestorben ist.

Budapest, 30. September. (W. T. W.) Der Ausstand der Kutscher von Lastfuhrwerken nimmt an Ausdehnung zu. Zwischen den Ausständigen und der Polizei kam es heute zu einem blutigen Zusammenstoß, wobei mehrere von der Waffe Gebrauch machte und mehrere Arbeiter verletzte. Auch mehrere Polizisten trugen Verletzungen davon.

Im Laufe des heutigen Tages wurden 87 von den ausständigen Kutschern, welche die Polizei angriffen, verhaftet.

Ein weiteres Telegramm meldet: Budapest, 30. September. (W. T. W.) Der Ausstand der Lastfuhrwerks-Kutscher wurde heute Abend durch Einigung mit den Arbeitgebern beendet.

Poppenhausen (Rhön), 30. September. (W. T. W.) Hier sind heute 30 Gebäude abgebrannt.

Mailand, 30. September. (W. T. W.) Das Personal der Mailänder Nordbahn beschloß heute in einer Versammlung, die am ersten Tage des Ausstandes von der Gesellschaft angebotenen Verbesserungen anzunehmen und mit der Arbeit sofort unterzählig wieder zu beginnen, der reguläre Dienst wird Sonnabend wieder aufgenommen werden. Da die Gesellschaft inzwischen neues Personal eingestellt hat, so werden etwa hundert von den früheren Arbeitern ihre Stellung einbüßen.

Konstantinopel, 29. September. (Meldung des Wiener L. L. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Die Horde wird in den Orten, wo Truppen und Paschibozuls Ausschreitungen begangen haben sollen, Kriegsgerichte zur Untersuchung und Verurteilung einrichten.

Die Berliner Parteigenossen und der Parteitag.

Die Versammlungen, die am Dienstag abgehalten wurden, nahmen, bevor sie in die eigentliche Tagesordnung eintraten, eine Sympathie-Erklärung zu Gunsten des Streiks der Omnibus-Angestellten an, nachdem Vertreter des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsbetriebe dahingehende Anträge gestellt hatten. — Außerdem wurde in allen Versammlungen folgende Resolution angenommen:

„Die Arbeiter Berlins protestieren aufs entschiedenste gegen die Bestrebungen, den Termin für die diesjährigen Urwahlen zum Preussischen Landtage auf nachmittags 2 Uhr anzuberaumen. Sie erklären hierin einmal einen Protest gegen das Reglement vom 14. März d. J., wonach die Urwähler zu einer für die Wahlbeteiligung möglichst günstigen Stunde des Tages zusammenzurufen sind, und zweitens einen Versuch, die ohnehin infolge des Dreiklassen-Wahlsystems so gut wie rechtlos gemachte Arbeiterklasse völlig zu entrechten. Die Versammelten erwarten, daß die Gemeindebehörden so viel Gerechtigkeitssinn beizubringen, um den auf eine weitere Schmälerung des Wahlrechts der Arbeiter gerichteten Bestrebungen keinen Vorschub zu leisten, sondern den Termin frühestens auf 5 Uhr nachmittags festzusetzen.“

Hierauf trat man in die Diskussion über die Verhandlungen des Parteitages ein, worüber uns die nachstehenden Berichte zugehen.

Erster Wahlkreis.

Der Bericht über die Brandenburger Konferenz, der als erster Punkt der Tagesordnung behandelt wurde, hatte keinerlei Diskussion zur Folge.

Zum Parteitag sprach zunächst Genosse O p p e l. Er behandelte den Geschäftsbericht des Parteivorstandes sowie den Bericht der Kontrollen und ging dann zu dem Punkt „Mitarbeiterfrage“ von Parteigenossen an der bürgerlichen Presse“ über. Der Redner mißbilligte den Artikel Bernhards über „Parteimoral“ und erklärte derartige Anschauungen für Jesuitenmoral. Auf ihn persönlich hätte jene Debatte auf dem Parteitag einen mehr als eigentümlichen Eindruck gemacht. Nachdem der Referent Pfamutsch in ruhiger, sachlicher Weise zu dem Thema gesprochen hatte, hätte der erste Diskussionsredner zunächst scharfe, doch sachliche Angriffe gegen den Parteivorstand gerichtet, sei denn aber zu persönlichen Angriffen gegen Wehring übergegangen. Nach Redners Meinung hätte diese persönliche Bekämpfung unterbleiben können; sie sei provoziert worden durch das schlechte Gewissen derjenigen, die sich durch die Resolution des Parteivorstandes getroffen fühlten. Kurz erwähnte der Redner dann die Polenfrage und erklärte sich mit dem hierzu gefassten Beschluß einverstanden. Für den internationalen Kongress sei besonders der Punkt „Arbeiterversicherung“ von großer Wichtigkeit. Ein Eingehen auf die Differenzen zwischen Bebel und dem „Vorwärts“ erübrige sich, da die Angelegenheit durch persönliche Aussprache befriedigend geregelt sei.

Als zweiter Referent sprach L u c h t, der zunächst auf die verschiedenen Ansichten über die Gestaltung der Parteifrage hinwies, sich ferner sehr abspitzend über die persönlichen Streitigkeiten auf dem Parteitag äußerte und schließlich auf die Ergebnisse der preussischen Konferenz einging. Wenn die Regierung geglaubt habe, durch Abänderung des Reglements zu den Landtagswahlen die Position unter der Partei wesentlich zu verschlechtern, würde sie sich wohl geirrt haben. Wir würden schon Mittel und Wege dagegen finden. Es läßt sich nun darauf an, daß die Beschlüsse der Konferenz auch streng durchgeführt würden.

L ä t e r o w, der als dritter Referent das Wort nahm, führte aus, daß die Debatte über die Mitarbeiterfrage an bürgerlichen Blättern, so unerquidlich sie auch erscheinen möge, doch unbedingt notwendig war und wohl auch schließlich fördernd wirken würde. Sie habe gezeigt, daß an einzelnen Stellen eine gewisse Korruption vorhanden sei, und wie von den Gegnern die Richtung großgezogen werde, die wir als Revisionismus bezeichnen. Zum Punkt „Parlamentarische Tätigkeit“ ging der Redner auf den vom ersten Kreis gestellten Antrag Kapfenstein bezüglich Einführung der einjährigen Dienstzeit usw. ein und erklärte, daß die Parteigenossen des ersten Kreises dem Antrag wohl keine Thräne nachweinen würden. Er sei feinerzeit in der Versammlung etwas übereilt gefasst worden. Besonders eingehend sprach der Redner über den Punkt „Taktik der Partei“ und wandte sich ganz entschieden gegen die Auffassung, daß so etwas wie Revisionismus und Revisionisten überhaupt nicht existiere. Das Wort Heines von „Kanonen gegen Vollsrechte einzuheften“, Bernsteins Auffassung über Kolonialpolitik, Bernhards Parteimoral, sowie die Ansicht, als sei unser Ziel erst am Ende einer wech weiligen langen Entwicklungsperiode zu erreichen, in allen diesen und ähnlichen Ansichten trafe der Begriff, den wir als Revisionismus bezeichnen, deutlich zu Tage. Er, Redner, glaube, daß unser Ziel gar nicht in so weiter Ferne sei. Wie auf technischem Gebiet so könne auch auf sozialem und politischem Gebiete die Entwicklung sehr schnell vorwärtschreiten. Es komme darauf an, ob durch die gekennzeichneten Anschauungen der Massenschärfer der Partei nicht vernichtet werde. Unre Taktik ließe nicht an Schärfe nachlassen, der revolutionäre Gedanke nicht zurückgedrängt werden. Es müsse nun streng darauf gehalten werden, daß die Resolution voll zur Geltung gebracht wird, und Sache der Parteigenossen sei es, darauf zu achten, besonders auch bei Kandidaturen von Bernhards, Bebel aber sei es als ein großes Verdienst anzurechnen, daß er der Sache die Schelle umgehängt habe. Zum Schluß wies der Redner darauf hin, daß unter der Masse der Parteigenossen und somit in der Partei Einheitslichkeit vorhanden ist, und erklärte sich in dieser Hinsicht mit den Schlussworten Singers einverstanden.

In der Diskussion sprach G l a s z zur Polenfrage. Er mißbilligte die vom Parteitag angenommene Resolution Luxemburg und brachte eine dementsprechende Resolution ein, wonach sich die Versammelten dem Protest der deutschen Posenen Genossen anschließen sollten. Er sprach ferner den Wunsch aus, daß die Genossen Luxemburg doch hier in Berlin unter den Polen agitatorisch tätig sein und auch im ersten Wahlkreis einmal über die polnische Bewegung sprechen möchte.

Sodann nahm F. G u t t m a n n das Wort und äußerte sich scharf über die Streitigkeiten auf dem Parteitag. Die ersten Tage seien geradezu eine Sünde für die deutsche Sozialdemokratie gewesen. Es sei nicht notwendig gewesen, diese Geschwüre öffentlich auszudrücken. Daß man sich mit persönlichen Streitereien befasse, dazu sei das Geld der Parteigenossen zu schade. Die wichtigsten Fragen seien in den letzten Tagen wenig zweckentsprechend behandelt und durchgepeitscht worden. Man könne da wohl zu der Ansicht kommen, es müsse ein Parteitag für die Parteigenossen und ein anderer fürs Volk abgehalten werden. Der Redner wandte sich ferner besonders gegen diejenigen, die immer zu vermitteln suchten und die Gegensätze, die tatsächlich vorhanden seien, überbrücken wollten. Er wies ferner auf verschiedene Thatsachen hin, die die Anschauung der Revisionisten kennzeichnen, und brachte schließlich folgende Resolution ein:

„Die Parteigenossen des ersten Kreises drücken ihre Entrüstung aus über die Taktlosigkeit gegenüber dem Partei-Interesse, mit der einzelne Delegierte, speziell von der revisionistischen Seite, die Debatten auf dem Parteitag auf das persönliche Gebiet zerrten und so eine sachliche Debatte verhinderten, resp. unmöglich machten. Die Versammelten sprechen den Wunsch aus, daß auf künftigen Parteitagen persönliche Streitigkeiten keinen derartigen Raum in der Debatte einnehmen.“

Darauf sprach G e n t h, der den persönlichen Ton aufs schärfste verurteilte. Die Aversion gegen die Akademiker müsse durch derartige Debatten immer mehr um sich greifen. Die Akademiker

könnten ebenso gut wie andre Genossen Kleinarbeit verrichten; besonders im ersten Kreise wäre das zu empfehlen. Wenn sie da das Geld sehen, das so nahe dem Reichtum wohnt, dann würden ihnen die revisionistischen Gedanken wohl bergehen. Sodann verbreitete sich der Redner über die Frage, wie dem „Vorwärts“ eine der sozialdemokratischen Stimmzahl entsprechende Verbreitung gewonnen werden könnte.

Manasse führte aus, daß die scharfen Worte, die auf dem Parteitag gefallen seien, vergessen würden. Troy allem, was vorgefallen, liege den ganzen Diskussionen die leidenschaftliche Liebe, dem Proletariat zu helfen, zu Grunde. Ueber Bernhard und seine Parteimoral zu urteilen, solle man dem zweiten Kreise überlassen, wo jener Genosse anwesend sei. Was die Abneigung gegen die Akademiker anbelange, so müsse man bedenken, daß in jenen Kreisen zum Teil ein noch schlimmeres Proletariat als unter den Arbeitern vorhanden sei. Würden aber die Akademiker, wie andre Genossen, mit Flugblättern treppauf und treppab gehen, so würden wohl auch solche Ueberhebungen, wie sie zu Tage träten, nicht stattfinden. Die Akademiker könnten ja auch Stellungen bei der Provinzpresse annehmen und Pionierdienste verrichten. Ueber Wehring abzuurteilen, sei nicht Sache einer Volksversammlung, das müsse man zunächst dem Parteivorstand überlassen. Bebel habe sich, so sehr er uns aus dem Herzen gedrungen, doch hinstellen lassen, in den persönlichen Ton mit einzustimmen, was Redner im Interesse der öffentlichen Wirksamkeit der Partei bedauert. Im übrigen äußert der Redner, daß die Debatte wie ein reinigendes Gewitter gewirkt habe. Es sei übrigens ein Zeichen für die Stärke der Partei, daß sie sich es ohne Schaden leisten könne, fünf Tage schmutzige Wäsche zu waschen vor aller Öffentlichkeit. Hinsichtlich der Polenfrage erklärte der Redner es für selbstverständlich, daß man in der Agitation zu den Polen polnisch sprechen müsse, sprach sich aber gegen die großpolnischen Bestrebungen und für den Parteitagbeschuß aus.

Sodann wurde von den Genossen S t e g e m a n n und E g e eine Resolution eingebracht und von Ege kurz begründet, in der der Ernst der Erklärung Bernhards, künftighin nicht mehr für die „Zukunft“ zu schreiben, angezweifelt wurde, und die ferner verlangt, daß solchen Parteigenossen, die hauptsächlich für bürgerliche Zeitungen arbeiten, keine Vertrauensämter übertragen werden.

Sodann sprach Dr. P r o h. Die Debatte auf dem Parteitag hätte einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht. Welche Arbeiter interessieren sich eigentlich im Grunde genommen dafür? Die Akademikerfrage sei doch wirklich nicht so brennend. Die Angriffe, wenn sie im allgemeinen gegen die Akademiker gerichtet würden, seien nicht gerechtfertigt, es müßten denn doch bestimmte Namen genannt werden. Von jedem Genossen verlangen, er solle die gleichen Arbeiten, wie Flugblattverbreiten usw. verrichten, sei unangebracht. Selbst im Gefängnis würden die Inassen gewissermaßen nach ihren Fähigkeiten beschäftigt. Einzelne Genossen könnten sich vielleicht nützlich machen, wenn sie statt der Flugblattverbreiten Artikel schreiben würden. Hinsichtlich des persönlichen Debatten meinte der Redner, die Sache sei es gar nicht wert gewesen, soweit Streit darüber zu entfachen, was schon der Umstand beweise, daß selbst die Revisionisten für die Resolution gestimmt hätten. Im allgemeinen aber würde zu wenig selbständig gedacht von den einzelnen Parteigenossen. Bei höchster Anerkennung für die Verdienste Bebel's müsse Redner doch darauf hinweisen, daß sich ein gewisses persönliches Regiment in der Partei entwickelt habe. Es sei zu empfehlen, daß, entsprechend den Gebräuchen in wirklich demokratischen Staatsweisen, nicht immer wieder dieselben Personen in den Parteivorstand gewählt würden. Die Art, wie Bebel mit den Leuten, die den „Vorwärts“ redigieren, umspringe, sie behandle, als wenn sie dumme Jungen wären, sei zu verurteilen. Es sei nicht so, daß die Debatten wie ein reinigendes Gewitter gewirkt hätten, die Spannung sei viel größer als zuvor. Die Vertreter beider Richtungen hätten Wunden erlitten, die ihnen in Kampfe für die Partei schaden würden.

Hierauf wurde die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt und, nachdem O p p e l und L ä t e r o w nochmals ihre Stellung zu den verschiedenen Fragen klargelegt und sich kurz gegen die Auffassung Dr. Prohs hinsichtlich der Kleinarbeit für die Partei gewandt hatten, ein Antrag auf Debattebeschluß angenommen. Zur oben mitgeteilten Resolution G u t t m a n n beantragte C o h n die Worte „speziell von revisionistischer Seite“ zu streichen. Dieser Antrag wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt. Die Resolution wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Die Resolution S t e g e m a n n und E g e wurde in ihrem ersten Teil abgelehnt; der zweite Teil der Resolution war zurückgezogen worden, weil man diese Frage als durch den Parteitag erledigt ansah. Die Resolution G l a s z zur Polenfrage wurde ebenfalls abgelehnt. Seiler hatte noch folgende Resolution eingebracht, die von der Versammlung angenommen wurde:

„Die Parteigenossen des ersten Berliner Kreises beurteilen aufs schärfste, daß Reichstags-Abgeordneter Dr. Heinrich Braun seine Zeitchrift, für die in höchstlicher, ansehnlichster Weise Bekanntheit gemacht wird, eine sozialdemokratische Wochenchrift nennt. Da diese Zeitschrift nicht der Kontrolle der Partei untersteht, lehnen die Parteigenossen aufs entschiedenste jede Gemeinschaft mit diesem Blatt ab.“

Zum Schluß der Versammlung gab O p p e l noch bekannt, daß die Wahlwahl der Funktionäre des Wahlkreises bis nach Erledigung der bevorstehenden Wahlen verschoben werden solle, wogegen aus der Versammlung keinerlei Einwendung gemacht wurde.

Zweiter Wahlkreis.

Im zweiten Wahlkreis hatten sich die Genossen B e r n e r und F ä l l e in die Berichterstattung vom Parteitag geteilt. Berner führte aus, daß er im Gegensatz zu andern die Debatten in Dresden nicht für überflüssig halte, er sei vielmehr mit dem Resultat des Parteitages zufrieden. Man habe es Bebel übel genommen, daß er so scharfe Kritik geübt habe, aber dieser Vorwurf sei unberechtigt. Es gebe in der Partei eine gewisse Strömung, die die Organisation und Agitation stören und hemmen könne, und wenn Bebel gegen diese Strömung auftrat, so sei das nur zu erklärlich. (Sehr richtig!) Redner ging sodann zur eigentlichen Berichterstattung über und tadelte am Schluß seiner Ausführungen die ungebührliche Art und Weise, in der Bernhard, nachdem sein Wahlkreis es abgelehnt hatte, ihn nach Dresden zu schicken, sich ein Mandat zu verschaffen gesucht hat. Derjenige, der Bernhard in der letzten Parteiversammlung vorgeschlagen habe, sei im Kreise gänzlich unbekannt, und anscheinend seien auch in der Versammlung eine große Anzahl Unorganisirter anwesend gewesen, denn sonst hätte Bernhard nicht eine so starke Minderheit auf sich vereinigen können. (Zustimmung.)

F ä l l e führte etwa folgendes aus: Daß Parteigenossen in gegnerischen Blättern ihre Gesinnungsprodukte ablagern, sei schon seit langem unangenehm empfunden worden, der Fall Bernhard habe nur den Stein ins Rollen gebracht. Hätte der „Vorwärts“, wie es seine Pflicht gewesen, den Artikel „Parteimoral“ seiner Zeit vollinhaltlich abgedruckt, so wäre die Entzweiung unter den Genossen in heftigen Flammen ausgebrochen, und die Debatte in Dresden wäre zum Teil unnötig gewesen. (Sehr richtig!) Gewiß sei der Beschluß des Vorstandes in der Frage der Mitarbeiterfrage ein Kautschukparagraf, aber das müsse er sein, denn solche Dinge lassen sich nicht in Formeln fassen, hier müßte das Gefühl jedes einzelnen mitsprechen. In Dresden sei der Beschluß des Parteivorstandes benahe einstimmig als Richtschnur anerkannt worden, und man hätte es nicht nötig gehabt, sich tagelang herum zu streiten, wenn es nicht einigen Herren eingefallen wäre, weil ihre sachliche Position zu wackelig schien, ein persönliches Moment in die Debatte zu geben. (Sehr wahr!) Die Pistole habe allerdings den, auf den sie gerichtet war, getroffen, aber am schwersten habe sie den unglücklichen Schützen getroffen. (Sehr richtig!) Das Material zu seinen Angriffen

gegen Wehring sei Bernhard von Harden geliefert, bei dem er ein ständiger Gast war. Auf den Fall Braun wolle er nicht näher eingehen. Die arbeitenden Genossen in ihrer Gesamtheit erwarten, daß man den Augustall ausfeste ohne Rücksicht auf die Personen und auf den Gestalt. (Beifall.) Wenn nur ein Teil von dem wahr sei, was Harden gesagt habe, so könne man von einem Freßpartama sprechen, von einer Korruption, wie sie größer nicht gedacht werden könne. (Sehr richtig!) Im Streitfall Bebel, „Vorwärts“ habe die Prehkommission den einzig richtigen Standpunkt eingenommen; es sei ja bereits eine Verständigung erzielt. Ueber die Revisionsdebatte nur einige Worte. Auer habe in Dresden von dem Abschreiben des Klassenbewußtseins geredet. So, wie Auer es gethan, dürfe man die Frage nicht stellen. Allerdings gebe es Leute, die überhaupt kein Klassenbewußtsein verlieren können, weil sie nie welches besessen haben. (Heiterkeit.) Kautsky habe ganz Recht: Der Revisionismus tritt nicht auf als eine bestimmte Richtung, sondern als eine ununterbrochene Kette von Entgleisungen. In der letzten Versammlung habe Auer gesagt, die Berliner hätten ja selbst drei Revisionisten in den Reichstag entsandt. Nun, der zweite Kreis habe früher nicht als Revisionisten gewählt, sondern zur Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse, und sollte er einmal einen andern Weg einschlagen, so würden seine Wähler ihn sich vornehmen und sehen, ob er noch der Alte ist. (Lebhafte Zustimmung.) Die Dresdener Resolution sei so gefasst, daß niemand, der es ehrlich meine, gezwungen sei, deshalb die Partei zu verlassen. Nun zu dem Zwischenfall betreffend die Wiederwahl Kuers: Bei der Zusammenkunft der Berliner Delegierten sei von keiner Seite eine andre Zusammenkunft des Parteivorstandes gewünscht worden, und dies sei auch dem Parteivorstand mitgeteilt. In Wirklichkeit verhält sich die Sache folgendermaßen: Hoffmann habe ihm, dem Redner, persönlich gegenüber die Ansicht vertreten, Auer könnte vielleicht ähnlich wie in Hannover gegen Bebel vorgehen. Redner habe darauf ganz beiläufig geantwortet: „Dann wird Auer vielleicht wieder 60 bis 60 Stimmen weniger bekommen, aber gewählt wird er doch, und er muß gewählt werden, weil er unerlässlich ist.“ Adolf Hoffmann habe erwidert: „Ich bin anderer Meinung; ich will sich die Dinge immer weiter zu, so muß man mal Ernst machen.“ Das Gespräch habe unter vier Augen stattgefunden. Es sei zu tadeln, daß Richard Fischer in Dresden in dem denkbar ungünstigsten Moment in geschäftsordnungsvidriger Weise vorgegriffen sei und eine Aufregung hervorgerufen habe, die einzig dastehende. Fischer habe die Berliner vor dem Parteitag denunziert, diskreditiert und blamiert. (Sehr richtig!) Erklärt Fischer, daß er in gutem Glauben gehandelt hat und bittet er um Entschuldigung, dann sei die Sache abgethan. Andernfalls bleibe nichts übrig, als ihm einen Tadel auszusprechen. (Zustimmung.) Am Schluß seines mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referats wies Redner mit aller Schärfe die bekannnten Ausführungen der „Münchener Post“ über den Parteitag zurück.

R i c o l a i: Besonders stolz können wir auf den Parteitag nicht sein. Bernhard und Braun gehörten besser überhaupt nicht zur Partei. (Sehr richtig!) Die Haltung von Bernhard und die noch schärfer zu verurteilende von Braun ist unter aller Kanone. (Sehr wahr!) Wenn irgend jemand Ursache gehabt hat, über die Vergangenheit von Wehring zu schweigen, so war es Braun. Anlaß auf dem Parteitag über den weiteren Ausbau der Organisation zu beraten, hat man den Genossen durch solche Debatten geradezu die Zeit gestohlen. In Dresden hat Bernhard klipp und klar erklärt, er wolle nicht mehr für die „Zukunft“ arbeiten, und trotzdem hat er sich nachher an Harden gewandt. So etwas begreifen die, die zum „Stimmvieh“ gehören, nicht. (Heiterkeit.) Das Nein des Arbeiters gilt als Nein. Wenn man Harden, Braun und Bernhard gegenüberstellt, so fällt einem unwillkürlich das Heinesche Wort ein: Wer da recht hat, weiß ich nicht, doch es will mich schier bedünken, daß der Bernhard und der Braun mit dem Harden... (Große Heiterkeit. Auf: Sinken!) Es wird gesagt, Bebel sei diktatorisch aufgetreten. Das ist nicht der Fall, Bebel ist das Sprachrohr der Masse gewesen. (Lebhafte Zustimmung.) Gewiß, in mancher Beziehung taugt auch Bebel nichts, z. B. als Prophet (Große Heiterkeit), aber er weiß doch stets, was dem Volke not thut. Von einer Unelmigkeit in der Partei ist keine Rede, die Partei ist einig, aber die Offiziere, der kleine Generalstab, diese Herren liegen sich in den Haaren. (Sehr wahr!) Die Arbeiter wissen, daß sie zusammenhalten müssen, nur die Akademiker wissen es nicht. Die sagen sich: Ach was, der Bebel, der schläft ja. (Heiterkeit.) Auch Liebstecht hat man oft als alten, kühnen Mann hingestellt, der nicht weiß, was er spricht. Diejenigen, die das thun, können von diesen Allen noch viel lernen. (Lebhafte Zustimmung.) Das Verhalten der „Offiziere“ hat eine ungemein tiefe Erbitterung in den Reihen der Arbeiter hervorgerufen, es ist höchste Zeit, daß die Herren zur Einsicht gelangen. Bebel wäre vielleicht noch schärfer aufgetreten, wenn er nicht ein menschliches Köhnen verpirxt hätte. (Lebhafte Beifall.)

J e z i c o w s k i bedeutet die 2/3-tägige Akademikerdebatte, die völlig überflüssig war, und tadelte es, daß der Parteivorstand der „Gazeta Ludowa“ einen Aufschuß von 2000 R. gewährt hat.

A u g u s t i n: Die thätigen Genossen können mit dem Ergebnis des Parteitages nicht zufrieden sein. Die Arbeiter haben durchaus kein Interesse an den auf jedem Parteitag sich wiederholenden Auseinandersetzungen zwischen Kautsky und Bernstein. (Sehr richtig!) Es herrscht eine tiefe Erbitterung unter den Arbeitern, und man könnte vielleicht den Herren Theoretikern einmal den Rat geben, während ihrer Sommerferien für sich einen besonderen Parteitag abzuhalten. (Sehr gut!) An den großen theoretischen Debatten haben die Arbeiter kein Interesse, bei allem Respekt vor den Theoretikern. Bernstein hat den Berlinern vorgeworfen, daß sie mit Bezug auf die Theorie konservativ sind. Gewiß, von der Bernsteinschen Theorie des ewigen Herumstänterns wollen die Berliner nichts wissen. (Sehr wahr!) Die Arbeiter haben wichtigere Organisationsfragen zu erledigen. Wie man von einer Diktatur Bebel's sprechen kann, verziehe ich nicht. Wichtig ist es, daß Bebel oftmals zuhant und daß er manchmal auch daneben haut, aber ein Genosse, der es ehrlich mit der Partei meint, kann auch mal daneben hauen. Bebel hat das Richtige getroffen, er hat den Brüdern, die Unfrieden säen wollen, den Weg gewiesen. An uns ist es nun, ein wachsameres Auge auf die zu haben, die wir als unre Vertreter irgendwohin schicken. (Sehr wahr!) unre Vertreter müssen mehr Fühlung mit den Wählern nehmen. Noch ein Wort über die Affäre Fischer! Wo haben denn die Berliner die unerhörten Wortwürfe verdient? Haben die Berliner nicht stets ihre Pflicht gethan? Aber sowie das Wort Berliner ertönt, dann schreiben auf dem Parteitag alle los, als wären sie von der Ratter gestochen. Die Genossen außerhalb sollen und erst das nachmachen, was wir für die Partei thun. Die Berliner müssen entschiedenem Protest dagegen erheben, daß man dem Parteitag ein solches Schauspiel bietet, noch dazu, wenn es sich um einen Genossen handelt, der von Berlin in den Reichstag gewählt ist. (Sehr richtig!) Ich weiß, Fischer hat einen harten Schadel, er wird das Wort nicht zurücknehmen, aber wir verlangen auch keine Abbitte von ihm, er soll nur eingestehen, daß er sich geirrt hat. Troy aller Wortwürfe werden die Berliner noch kräftiger als bisher für die Partei arbeiten. (Lebhafte Beifall.)

G r o h m a n n wünscht, daß in Zukunft solche Debatten wie in Dresden vermieden werden können.

R i c h a r d F i s c h e r: Fülle hat mir den Kotau sehr leicht gemacht. Ich soll erklären, daß ich die Berliner nicht habe diskreditieren, denunzieren und blamieren wollen. Ja, wenn ich das thäte, so wäre doch die Voraussetzung, daß meine Absicht auf dem Parteitag gewesen sei, die Berliner zu denunzieren, zu diskreditieren und zu blamieren. (Widerspruch.) Oder es hätte dies doch wenigstens die logische Wirkung meiner Rede sein müssen. Da ich das aber bestritte, kann ich dem Verlangen von Fülle nicht entsprechen. Redner

Schildert sodann den bekannten Zwischenfall an der Hand der Verichte des „Vorwärts“. Vergegenwärtigen Sie sich die Situation! Tinnun bringt das vor, was durchaus den Tatsachen entspricht. Da erschallt der Ruf: Lüge! Lüge! Ist es da nicht Pflicht eines jeden, der gewußt hat, daß das, was Tinnun behauptete, der Wahrheit entspricht, dies vor dem Parteitag zu konstatieren? (Sehr richtig!) Das habe ich getan. Man kann über die Sache denken, wie man will, aber man darf mir keinen Vorwurf daraus machen, daß ich für die Wahrheit eingetreten bin. Das würde ich in einem ähnlichen Fall wieder thun, und ich würde mich schämen, wenn ich's nicht thäte. (Bravo!) In seiner persönlichen Bemerkung hat Adolf Hoffmann die Sache verschoben und erklärt, erst die Bemerkung Auer's bezüglich der Briefe von Bebel habe ihn veranlaßt, zur Frage der Wiederwahl Auer's Stellung zu nehmen. Das war eine Unwahrheit. Die zweite Unwahrheit Hoffmann's war, daß er behauptet, ich hätte von den Berlinern gesprochen. In Wirklichkeit war es so: Verschiedene Delegierten sagten mir: Höre mal, es wird da gegen Auer intriguiert, er soll durch Antid, erledigt werden. Am Abend sagte ich im Scherz zu Antid, den ich in einem Lokal traf: Ihnen kann man wohl gratulieren? Er sagte: Wo zu? Nun, sagte ich, Sie sollten doch Auer's Nachfolger werden! Davon ist an dem Abend gesprochen worden, wo Ihr in Berlin zusammen wartet. Werner bestritt das sofort. Ich erwiderte ihm: Du kannst doch höchstens sagen, daß Du nicht dabei warst. Ich habe das Gespräch übrigens nicht von Hülse erfahren, sondern von anderer Seite. Unter Verlesung der betreffenden Stellen aus dem Protokoll weist Redner nach, daß er niemals von den Berliner Delegierten gesprochen hat. Er habe alles getan, was man loyalerweise thun konnte. Selbstverständlich sei es das Recht jedes einzelnen Delegierten, mit andern über die Zusammensetzung des Vorstandes zu sprechen. Wenn aber andre in dem falschen Glauben verlegt werden, Genossen wie Singer und Bebel seien mit einer Vereitelung von Auer unter solchen Umständen einverstanden, so sei es Pflicht, derartigen Gerüchten entgegenzutreten. Wer gegen einen Genossen unter dem Stigma des in Dresden in die Debatte gezogenen Revisionismus agitiere, der müsse auch den Mut haben, offen seine Gründe anzugeben. Aber hinter dem Rücken eines Genossen unkontrollierbare Gerüchte auszustreuen, das passe sich nicht. Er habe die Berliner nicht anschwärzen wollen, sondern im Gegenteil die Gelegenheit ergriffen, das über die Berliner auftauchende Gerücht zu dementieren. Die Nichtstimmung gegen die Berliner sei nicht so groß, wie Augustin es darstellt, die Genossen Deutschlands wissen, welche Opfer die Berliner für die Partei bringen, und sie erkennen das an. Er persönlich schätzte die Verdienste der Berliner gewiß nicht, aber man könne doch nicht verlangen, daß man für alles eintritt, was ein Freund thut. Er könne nichts zurücknehmen, denn er habe die Berliner nicht demüthigt, diskreditiert oder blamiert. Er glaube, recht gehandelt und nur das Wohl der Berliner wahrgenommen zu haben. (Zustimmung und Widerspruch.)

Reimann: Die Aussprache in Dresden war absolut notwendig. Bebel's Rede wirkte wie ein reinigendes Gewitter. Ich verstehe unter einem Revisionisten denjenigen, der die bürgerliche Gesellschaft nicht mehr als Todfeind betrachtet, sondern mit ihr in principielle Fehlstreitigkeiten tritt. Ist es möglich, daß es in einer kämpfenden Partei Führer giebt, die mit den erbittertesten Gegnern in freundschaftlichem Verkehr stehen? Noch mehr Korruption als auf dem Parteitag ist später durch die verschiedenen Veröffentlichungen aufgedeckt. Man möchte Harden fast dankbar dafür sein. Wenn die Genossen sich von den Vorwürfen Gardens nicht reinigen, dann sind es keine Genossen mehr. (Sehr wahr!)

Schubert: Mit Rücksicht darauf, daß sich noch Bebel und Stadthagen zum Wort gemeldet haben, berichte ich auf weitere Ausführungen und betone nur, daß wir nach wie vor auf dem Standpunkt Bebel's stehen und den Klassencharakter hochzuhalten haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Kämpfer: Verschiedene Besucher des Parteitags haben mir gesagt, es sei geradezu eine Wohlthat für die Berliner gewesen, daß Fischer vorgesprochen ist und Tinnun zugerufen hat: Halten Sie Ihre Worte aufrecht! Fischer hat nach den mir gewordenen Mitteilungen nur die Absicht gehabt, die Nichtstimmung gegen die Berliner zu zerstreuen, denn es hatte den Anschein, als betreibe die ganze Berliner Delegation die Vereitelung Auer's. (Widerspruch.) Das ist mir von den verschiedensten Seiten gesagt. Bebel hat in seiner langen Rede auch Ausführungen gemacht, die zu unserem Schaden von den Gegnern gedeutet werden. Man spreche doch nicht immer allgemein von Revisionisten, sondern nenne bestimmte Personen. Braun ist jetzt Abgeordneter. Warum aber hat man es erst so weit kommen lassen? (Sehr richtig!) Braun dürfte uns nur noch das Mandat hinwerfen. (Rufe: Das wäre ein Glück! Ein wahrer Segen! Das soll er nur thun!) Aber dann würden wir bei der Nachwahl unterliegen. (Widerspruch.) Man muß sich schämen, daß solche Leute in der Partei sind. (Weiß!) Stadthagen: Wäre das wahr, was Fischer sagt, so hätten wir uns nicht entzweit, sondern wir hätten ihn einfach ausgelacht. Man müßte nach seiner Aeußerung annehmen, daß er die Berliner Delegierten meinte; er muß das, was er gesagt hat, zurücknehmen. Redner verliest die Fischer'sche Rede in Dresden. Als er dabei den Namen „Antid“ vorliest, ruft ihm Fischer zu: Gefälligst! Ich habe den Namen Antid gar nicht genannt! Stadthagen fährt fort: Regen Sie sich nicht auf! Ich habe bei den verschiedenen Unwahrheiten, die Sie gesagt haben, auch geschwiegen. Sie haben gesagt, irgendwelche Berliner Genossen hätten erklärt, Bebel und Singer seien einverstanden. (Fischer ruft: Ist ja wieder nicht wahr! Lesen Sie doch!) Sie sprechen von „man“, aber darunter können doch nur Taterow und Hoffmann verstanden sein, die Sie vorher angerepelt haben. Aus dem Zusammenhang geht hervor, daß der Eindruck erweckt werden sollte, als ob die Berliner gemeint sind. Das ist etwas, was nur derjenige thun konnte, der auf seinen derer stand, die die vollkommen unberechtigten Stimmung gegen die Berliner ausnützen wollte. Es ist ein Märchen, daß die Berliner auf dem Parteitag nicht angesehen sind. Es sind einige Revisionisten, die das sagen. Das Beschämendste auf dem Parteitag waren die persönlichen Angriffe in den ersten Tagen. (Sehr richtig!) Die Kampfesweise der Gegner Wehring's war nicht die eines ehrlichen Mannes. Und daß Fischer dann noch in die Revisionisten'debatte Persönliches hineingezogen, das mag wohl aus seiner Erregung darüber zu erklären sein, daß er sachlich vieles nicht für richtig hält. Aus dem Parteitag muß man die Lehre ziehen, daß nie wieder unbeschränkte Redezeit beschlossen werden darf. Im übrigen aber ist es geradezu erhebernd, daß eine Partei nach einem so großen Siege die innere Kraft findet, sich zu sagen: Ich habe nicht nach außen zu schauen, als ob ich mich freute, meine Arbeit ist und bleibt der Kampf, und da kommt es darauf an, zu untersuchen, ob die Führer auch tiefsichtig sind. (Sehr wahr!) Das, was auf dem Parteitag gesprochen ist, würde allerdings leeres Gerede sein, wenn nicht die Folgen daraus gezogen würden. Kämpfer sagt: Wenn nun Braun das Mandat hinwirft, was dann? Ach, wenn er es nicht thäte, würde es ihm abgenommen werden! (Zustimmung.) Glauben Sie denn, daß es einen sozialdemokratischen Abgeordneten giebt, der mit Braun in derselben Fraktion sitzen will? Wenn wir erst dahin kommen, daß wir Mandatsjäger sind, dann Fini Tausel! (Sehr richtig!) Wir sind eine Kampfpartei, die nicht auf dem Parlamentarismus allein ihre Hoffnungen setzt, sondern auf die Ueberzeugung und die Ehrlichkeit ihrer Anhänger. (Sehr wahr!) Lieber ein ehrlicher, frecher, unerschämter Reaktor, als an meiner Seite einen Menschen, dem man nicht glauben kann. (Lebhafte Weisfall.) Außerdem aber unterschätzt man den Siegesgedanken unserer Partei, wenn man glaubt, daß der Kreis Frankfurt nur durch Braun zu erobern war. Ein anderer wäre vielleicht schon in der Hauptwahl durchgekommen. Wir können in unserer Partei nur erprobte Genossen gebrauchen, zu denen man Zutrauen haben kann, weil man Zutrauen zu ihrer Ehrlichkeit hat. (Lebh. Weisfall.)

Am 12. März wird auf Antrag Bebel's beschlossen, heute nur noch die Affäre Fischer zu erledigen, die weitere Debatte dagegen auf die nächste Versammlung zu vertagen.

Wolderst: Tinnun hat mir erklärt, daß er das, was er auf dem Parteitag gesagt hat, von Taterow erfahren hatte. Das deutet sich also mit der Behauptung von Fischer

Fischer wendet sich gegen Stadthagen, an dessen Ausführungen ja immer etwas Wahres sei (Geiterleit), dessen Behauptungen aber im übrigen unzutreffend seien und der ihn als Lügner hinstellen wolle. Redner verliest nochmals die betreffenden Stellen aus dem Protokoll und weist nach, daß weder Tinnun noch er den Namen Antid genannt haben. Stadthagen hat gefächelt, als er erklärte, ich hätte auf dem Parteitag gesagt, Antid solle Auer's Nachfolger werden; er hat die Unwahrheit gesprochen, als er mir den Vorwurf der Unverschämtheit machte. Für jedes Wort, das ich gesagt habe, kann ich Zeugen nennen. Es ist einfach eine Unterstellung, zu sagen, ich hätte die Berliner beschuldigt. Nicht ein Wort von dem kann ich widerrufen, was ich gesagt habe, aber von dem, was Stadthagen gesagt hat, kann ich durch Zeugen das Gegentheil beweisen.

Hülse ist der Meinung, daß Fischer sich geirrt, und daß er inhaltlich den Eindruck erweckt hat, als seien die Berliner diejenigen, die gegen Auer intriguierten. Wenn Fischer die verlangte Erklärung, daß er nicht den Eindruck habe erwecken wollen, daß die Berliner Delegierten kompromittiert werden sollen, nicht abgiebt, so bitte er um Annahme folgenden Antrags: „Die Parteiverammlung mißbilligt das Auftreten Fischers auf dem Parteitag in Sachen der Wiederwahl Auer's und stimmt den Delegierten von Berlin II zu, daß für Fischer keine Veranlassung vorlag, in solcher Weise bewußt oder unbewußt die Berliner Delegation vor dem Parteitag zu kompromittieren.“

Antid schildert das Gespräch, das er in Dresden mit Fischer gehabt hat. Fischer habe ihm allen Ernstes gesagt, daß die Berliner beschuldigen hätten, Auer zu vereiteln. (Fischer: Ist nicht wahr!) Er, Redner, habe, als das Gerücht, daß er an Stelle von Auer treten solle, einen größeren Umfang annahm, die Berliner zu einer Versprechung eingeladen. Es sei festgestellt, daß das Gerücht unwahr sei, und dies sei Fischer mitgeteilt worden. Die Dinge liegen nicht so, wie Fischer sie vorgetragen hat. (Sehr richtig!)

Fischer: Ja, soll eine Erklärung abgegeben. Wenn es sich um nichts weiter handelt als zu erklären, daß ich den Eindruck nicht habe erwecken wollen, als ob die Berliner Delegation etwas damit zu thun hat, so weiß ich nicht, warum ich diese Erklärung nicht abgeben soll, nachdem ich schon wiederholt erklärt habe, ich wollte die Berliner Delegation nur in Schutz nehmen. Daß die Berliner Delegation nichts damit zu thun hat, das ist selbstverständlich. Ich habe die Berliner Delegation nicht beschuldigen wollen. Ist ein Mißverständnis vorhanden, so bin ich nicht daran Schuld. Meine Absicht war es nicht.

Nachdem noch Stadthagen darauf hingewiesen hatte, daß die Berliner Delegierten bereits auf dem Parteitag gegen Fischers Auffassung Protest erhoben haben, wurde die Versammlung geschlossen.

In der nächsten Versammlung, in der die allgemeine Debatte fortgesetzt werden soll, wird als erster Redner Bebel das Wort ergreifen.

Dritter Wahlkreis.

Die Verichterstattung über die Provinzial-Konferenz wird zurückgestellt und von einer Verichterstattung der Delegierten mit Rücksicht auf den ausführlichen „Vorwärts“-Bericht Abstand genommen.

Es liegen bereits eine Anzahl Resolutionen vor. Zwei, von Gottfried Schulz gestellt, wenden sich mit direkter Mißbilligung gegen W. Heine. Die eine verlangt, Heine solle sein Mandat niederlegen, weil er das Vertrauen seiner Wähler nicht mehr genieße. Es wird gerügt, daß er (in der bekannten Marburger Sache) u. a. eine Mißachtung von Parteitag-Beschlüssen zu erkennen gegeben und sich mit Feinden der Sozialdemokratie in Verbindung gesetzt habe. Seine Reden und Handlungen wichen fortwährend von einander ab und sein Verhalten verstoße gegen die Grundzüge von Wahrheit, Recht und Sitte. Die andre Resolution wirft Heine u. a. vor, er habe durch Unterzeichnung der Beschwerde von Braun, Göhre, Berthold freie Gasse für Heuchelei innerhalb der Partei gefordert. — Eine dritte Resolution will das Verhalten der Delegierten billigen und wendet sich gegen Schimpfereien in der Partei. Eine vierte Resolution (Frohlich) bezweckt, Bebel für sein energisches Auftreten auf dem Parteitage Dank, Vertrauen und Anerkennung auszusprechen. Er sei kein Diktator, sondern der allseitig getreue Hüter der sozialdemokratischen Prinzipien. — Eine fünfte Resolution, unterzeichnet: Fritz, Jonas, Hirschfeld und 80 Genossen des dritten Wahlkreises, verlangt ein Vertrauensvotum für W. Heine.

Wolfgang Heine erhält als erster Redner das Wort: Er wende sich an die Parteigenossen des dritten Wahlkreises — ihnen allein sei er Rechenschaft schuldig — und er wende sich nicht an die reichlich hergeströmten Säfte aus andern Wahlkreisen, erlauchte Führer und Führerinnen seiner Gegnerschaft, die da seien, das Schauspiel einer rituellen Schächtung anzusehen. Bereits am letzten Dienstag habe er näheren Freunden mitgeteilt, daß er die Absicht habe, sein Mandat niederzulegen, nicht weil er sich im Gegensatz zur Partei, nicht weil er sich im Gegensatz zu seinen Wählern fühle, sondern weil er auf dem Parteitage in Dresden in unwürdiger Weise beschimpft und verleumdet worden sei, ohne daß er Gelegenheit erhalten habe, sich gegen unwahre und unberechtigte Vorwürfe zu verteidigen, und weil es geschehen sei von Führern der Partei. Seine Entscheidung über die Niederlegung habe er auf Wünsche und Bitten von Genossen des Kreises aufgeschoben. Die ihn lamten, hätten in überwiegender Mehrzahl seiner Absicht der Niederlegung widersprochen. Selbstverständlich müsse er vor diese Versammlung hinstreten und hören, wie seine Wähler und Mitarbeiter in dem dritten Wahlkreise über ihn dächten. Redner wendet sich dann den eingegangenen Resolutionen zu, soweit sie sich gegen ihn wenden. Er legt dar, daß er sich dem öffentlichen Leben der Partei nicht aufgedrängt habe. Jahr um Jahr habe er es abgelehnt, ein Mandat zu übernehmen. Die da meinen, er habe sich als Unbekannter eingedrängt, die sprächen die Unwahrheit in einer Sache, die sie besser wissen könnten. Er habe Anspruch darauf, daß man nicht Phantasien über ihn für Thatsachen nehme. Denselben Anspruch hätte er erhoben, wenn man ihm in Dresden zu Worte gelassen hätte. Das sei aber das Schlimme, daß man nicht den Angeklagten zu Worte verstatte habe. (Bewegung und vereinzeltes Lachen.) Er habe Singer gesagt, er erwarte, daß man ihm das Wort geben werde, nachdem er heftig angegriffen worden sei. Singer habe die Achseln gezuckt und gesagt: „Sagen Sie mir, wie ich es machen soll.“ Ach, ein Wort von Singer an die Versammelten hätte genügt; von einzelnen abgehen, hätte sich niemand dagegen gewandt. So müsse er nun hier sagen, was er in Dresden nicht habe sagen können. Redner befreit entschieden die Wichtigkeit des in der Resolution Schulz ihm gemachten Vorwurfs, er habe auf dem Parteitage die Vorgänge aus der Versammlung vom 25. August falsch dargestellt, soweit es sich um seine Aeußerungen über Bebel und das Verhalten der Versammlung dazu handelte. Es sei weit gekommen in der Partei, daß selbst wenn — was er bestrichte — er sich wirklich einer ungeschicklichen Aeußerung schuldig gemacht hätte, dann solche Majestätsbeleidigungen gegen Se. Majestät August Bebel demüthigt und breitzetreteten würden. (Große Unruhe. Ruf: Sie können sich nicht messen mit Bebel! Heftige Protestrufe ähnlicher Art, die ebenso heftigen Widerspruch beim andern Teil der Versammelten erfahren.) Noch einmal, wie weit müsse es gekommen sein, wenn — eine mißverständliche Aeußerung mal vorausgesetzt — sich im Wahlkreise sofort ein schürftiger Denunziant finde, der, nachdem seitens des Redners alles zur Klärung des Mißverständnisses geschehen sei, und er selbst in der Versammlung erklärt habe, er habe Bebel nicht beleidigen wollen: wenn dann ein solcher Denunziant an Bebel schreibe und zwar nur einige aus dem Zusammenhang herausgerissene Worte. Aus Bebel's eignen Munde wisse er, daß man Bebel nichts über die Auffklärung berichtet habe. Ich verachte den Denunzianten und Ihr, Freunde, verachtet ihn mit mir. (Stürmischer, anhaltender Weisfall.) Und wenn Redner nun hier des Subjektiv vergeblichen wolle mit einem Majestätsbeleidigungs-Denunzianten, so werde, wie die Zwischenrufe beweisen, gleich wieder eine Beleidigung

Bebel's darin gefunden. Wahrlich, es sei nicht schön, daß man in diesem Wahlkreise über eine solche Kumerei sprechen müsse. — Redner weist dann den Vorwurf zurück, der ihm in der bekannten Marburger Angelegenheit gemacht worden ist, und hebt dabei hervor, daß Bebel selber für den Erfolg eines Manifestes gewesen sei, daß man überall in der Stichwahl für den freimüthigen stimmen sollte. Das sei abgelehnt worden. Statt dessen habe man den diplomatischen Weg der offiziellen Zeitungsnote gewählt. Auch darin läge ja ein Gegenstand zum Parteitagbeschlusse. Und was sei in Marburg für ein Unglück geschehen? Der exzessive Herr v. Pappenheim sei nicht gewöhnt worden, sondern in Gerlach ein Mann, der sich für die verschiedensten freihetlichen Forderungen und gegen den Drotvucher erklärt habe.

Dann die Mitarbeiterfrage. Man unterschätze ihm, er hätte Vernharde's Artikel über Parteimoral gebilligt. Thatsächlich habe er von Anfang an denselben als das schärfste Mißbilligt und das auch Vernhard gesagt. — Die Beschwerde Göhre's, Vih Brauns u. habe er lediglich im Interesse der Wahrheit unterschrieben, weil er in Kautsky's Artikel in der „Neuen Zeit“ gleich Göhre und Vih Brauns den Vorwurf gefunden zu haben glaubte, diese beiden hätten sich quasi mit den Beleidigungen Gardens gegen die Partei identifiziert. Thatsächlich seien in den Artikeln Vih Brauns und Göhre so unzweifelhaft sozialdemokratische Anschauungen vertreten worden, daß man nicht sagen könne, sie hätten Gardens Politik unterschützt. Als der Parteivorstand Kautsky's Ausführungen anders auslegte, habe er der Sache kein Interesse mehr zugewandt. — Bezüglich Gardens Artikel verweist Redner auf seine Erklärung im „Vorwärts“ und wendet sich dann zur Frage der Taktik. Er habe auch für die Resolution 130 gestimmt. Nun müsse er sich einmal gegen die bürgerlichen Blätter wenden, die behaupteten, durch die Annahme der Resolution habe die Partei ihre bisherige politische Praxis einer gefeglichten Propaganda und Reformthätigkeit aufgegeben, um sich der Taktik der gewaltthätigen Revolution zuzuwenden. Das seien Phantasien von Angstreibern oder Scharmachern. Hätte die Resolution dies bedeutet, so hätte er dagegen gestimmt; denn jetzt die Revolution zu predigen, würde ein Verbrechen an der Arbeiterbewegung sein. Aber niemand verbinde mit der Resolution solche Absichten. Ferner aber müsse er gewissen Parteigenossen entgegenreten, die sagten, daß die, welche durch die Resolution hätten getroffen werden sollen, sich feige unter der Maske der Parteigenossen verkrachten hätten. Er habe in Wirklichkeit dafür gestimmt, um die Deutung abzuschneiden, als ob er wirklich im Gegensatz zu der von der Gesamtpartei getriebenen Politik stände, um öffentlich zu belanden, daß praktische Bestrebungen derart, wie sie von der Resolution verurteilt werden, gar nicht vorhanden seien. Kautsky sage, Heine hätte in Dresden den theoretischen Revisionismus abgelehnt, um den praktischen noch mehr zu vertreten. Kautsky verschweige aber, daß Redner in Dresden lediglich Citate aus einer von ihm vor vier Jahren herausgegebenen Schrift verlesen habe. Seine Gegner setzen um seine Publication herumgegangen, wie die Rüge um den heißen Brei geht, weil sie sich sonst ihr Maul verbrannt hätte. Er sei der Meinung, daß die Taktik der Partei gegen die bürgerliche Gesellschaft nicht die Feindschaft willkürlicher Kombinationen und theoretischer Spekulationen sei, sondern vom Zwange der Verhältnisse geschaffen werde. Die Sozialdemokratie habe die Masse aufzuklären und zu organisieren und praktische Gegenwartsforderungen zu betreiben, aber so, daß sie das Endziel der sozialistischen Gesellschaft stets im Auge behalte. Vor denen, die ihn kennen, habe er oft genug diese Grundzüge ausgesprochen. Und zu Grunde liege allen der Gedankenbau von Karl Marx. Es werde wohl niemand, auch den Radikalen nicht, einfallen, die Resolution 130 so auszulügen, daß man in der bürgerlichen Gesellschaft nichts erlangen könnte, denn dann müßte man ja auf den ganzen politischen Kampf verzichten. Im dritten Abzweig verlange die Resolution eine mögliche rasche Umwandlung, und Bebel sage in der „Neuen Zeit“: „Opportunisten sind wir alle, keiner will mit dem Kopf durch die Wand“, und Bebel habe auch erklärt, auch unter der jetzigen Gesellschaft wollten wir alles Mögliche erstreben. Ganz Redner's Ansicht und die der sogenannten Revisionisten. Allerdings werde es über den besten und nächsten Weg im er Meinungsvorschlägenheiten geben. Das Princip, daß man alles, was geschieht, thut, um das Ziel zu erreichen, habe seines Erachtens keiner geopfert, Redner jedenfalls nicht. Was die Resolution 130 hier wolle, wolle auch er. Dann wende sich die Resolution 130 gegen die Vertuschung der Massenengelage, die erfolge, um eine Anlehnung an die bürgerlichen Parteien zu ermöglichen. Vernstein habe nun ja allerdings gesagt, der Klassenkampf mildere sich. Redner habe dazu Stellung genommen und gesagt, daß sich die Annahme nicht rechtfertigen lasse, sondern eher eine innere Verschwärzung anzunehmen sei, und er habe auch sonst manches gegen Vernstein's Auffassung gesagt. Vor vier Jahren habe er das alles geschrieben und jetzt komme Kautsky und sage, jetzt habe er Vernstein abgelehnt. Das sei unerhört. Wollte man jemand einen hochnotpeinlichen Prozeß machen, dann müsse man lesen, müsse man sich um das Material bekümmern, oder man habe den Mund zu halten. (Ruf: Sehr richtig!) Redner habe auch gesagt, er glaube nicht an den Traum Barth's von der Regeneration der freimüthigen Partei; dies Experiment würde an der politischen Schwäche der bürgerlichen Schichten scheitern. Und da solle er eine Anbahnung unsrer Politik an die zu Grunde gegangene freimüthige erfinden. Nein, auf uns gehe die Pflicht über, u. a. auch die bürgerliche Freiheit zu wahren und zu wehren. Unter dem, was Bebel auf dem Parteitag ausgesagt, habe sich über keine einzelne Person Positives gefunden. Allein erheblich wäre, wenn es stimmte, die Behauptung, daß sich die revisionistischen Bestrebungen in der Fraktion breit machten in dem Bestreben, auch die geringste Konzeption sozusagen mit Aufhand anzunehmen, die von der Regierung oder von bürgerlichen Parteien geboten werde. Wenn eine solche Tendenz existierte und System darin läge, dann wäre das allerdings sehr bedenklich, und das Urteil Bebel's träte dann zu. Aber das sei gar nicht der Fall, wie schon Auer, Bebel, Mollenbaur nachgewiesen hätten. Redner führt eine Reihe Beispiele aus der Fraktion an, um darzutun, daß bei Abstimmungen in der Fraktion die eigenartigsten Mischungen zu Stande gekommen seien und Vorschläge von sogenannten Radikalen als zu opportunistisch von der entgegengesetzten Seite bekämpft worden seien. Gerade auch er, Redner, schätze die Errungenschaften unsrer Socialpolitik viel geringer als viele von denen, die sich radikal nennen. Er habe sich bereits dahin ausgesprochen, ob nicht manches zu teuer erkauft sei wegen der Stärkung der Macht des Bundesrats und der Polizei. Es sei eine positive Unwahrheit, daß er mit der kleinsten Gabe zufrieden sei. — Daß es gar keine Unterschiede gebe, wolle er natürlich nicht behaupten. Es gebe einen theoretischen Revisionismus, der an manchen Lehren unsrer Wissenschaft Kritik übe. Solche Kritik müsse aber gebüdet werden, man könne sie nicht unterjagen. Er selber habe sich an solchen rein theoretischen Diskussionen im allgemeinen nicht beteiligt. Dann gebe es andre Unterschiede. Der eine sei immer voller Hoffnungen, der andre sehr skeptisch; einer schweige gern in die Zukunft, ein anderer blühe auf die Gegenwart. Es gebe Schriftsteller, die sich gern in den üblichen hergebrachten Ausdrucksweisen bewegen; andre, die, ohne jede Absicht, für dieselbe alte Sache mal einen andern Ausdruck gebrauchten. In letzterem Umstande hätten wohl viele der Bankeretten gegen ihn zum Teil ihre Ursache. Es gebe auch Unterschiede des Temperaments. Der eine wäge sich ab, der andre lasse sich leicht fortziehen. Mit Mollenbaur, dem Radikalen, sei Redner deshalb fast stets einer Meinung, mit Vernstein weit seltener. Bebel sage, Vernstein sei von den sogenannten Revisionisten als ihr Messias begrüßt worden. Bebel weiß aber, oder müßte es doch wenigstens wissen, daß er, Heine, den Bebel auch zu den Revisionisten rechne, schon 1899 scharf die Scheidelinie zwischen sich und Vernstein gezogen habe, wenn er ihn andererseits doch für einen thätigen, gelehrten und redlichen Mann halte. Nun, diese Unterschiede müßten schlichtlich bestehen. Beständen sie nicht, dann würde die Menschheit ein ödes, trostloses Bild bieten, und so wäre es auch in der Partei. Aber einen Revisionismus der Art, wie er in der Resolution 130 abgemalt sei, gebe es nicht; er sei ein Phantomb. Vernstein: daß fast alle dafür stimmen konnten. — Aber gerade dies Fehlen eigentlicher

schlicher Streitpunkte beweise, daß persönliche Gefälligkeiten und Verleumdungen tief eingegriffen haben müßten in die Partei, sonst wären so heftige Streitigkeiten unmöglich. Bebel, Kautsky, Singer sagten, sie hätten nicht die Absicht gehabt, jemand aus der Partei auszuschließen. Er zweifle daran nicht. Aber woher kommt es denn, daß andre Redner und Parteiblätter eine reinliche Scheidung verlangen? Er sei fest überzeugt, daß die Absicht bestand, die Resolution so zu fassen, daß sie es manchen Genossen unmöglich mache, in der Partei zu bleiben. Er erinnere an das, was Parvus schon vor Lüber in dieser Richtung gesagt habe. Und ein Parteitagredner habe gesagt, die Resolution von Lüber müsse verschärft werden. Daß dies mißlungen, darüber sei jetzt die Wut. Desto reichlicher habe man gearbeitet mit persönlichen Verdächtigungen und allgemeinen Beschuldigungen gegen alle die, die, wie Bebel sagte: „Wir uns gewöhnt haben, Revisionisten zu nennen“. Damit plaudere Bebel richtig aus, daß es eigentlich keinen Revisionismus gebe, daß es nur ein Wort sei. Und welche seien das? Alle die, die Bebel nicht beipflichten. Es werde gesagt: Die Akademiker. Mit manchen Akademikern hätten wir allerdings schon schlechte Erfahrungen gemacht. Da seien Parvus, Luxemburg und Herr Haller, die aus andern Ländern kämen und hier sofort die Stützen des Radikalismus abgaben. Daß die Hege gegen die vermeintlichen Revisionisten solche Formen angenommen habe, das sei zum Teil Schuld dieser und anderer großen Radikallinken. Das Geschrei gegen die Akademiker, die sofort ein Mandat haben wollten! Nun, gegen Höhr, der ein Stück politischen Lebens hinter sich hatte, habe man Lärm geschlagen. Als aber der Student Gernwald die Partei begrüßte, da erhielt er Hals über Kopf die Redaktion des Blattes in Ernst und auch bald eine Reichstags-Kandidatur. Und dann neme Bebel neben den Akademikern die Proletarier in gehobener Lebensstellung, und allen denen werfe er vor (auf dem Parteitage, im Bericht des „Vorwärts“ feste es), sie hätten das proletarische Bewußtsein verloren. Bebel sage von ihnen, man brauche nur die materialistische Geschichtsauffassung anzuwenden und habe die Lösung. (Genosse Fröhlich: Sehr richtig!) Redner wisse nicht, inwieweit Fröhlich eine proletarische Existenz führe. (Fröhlich: Mehr wie Sie! Lärm.) Redner sei nie so geschmacklos gewesen, von sich zu sagen: wir Proletarier. Er wisse, daß er feiner sei. Er müsse immer lächeln, wenn in der „Gleichheit“ steht: wir Proletarierinnen, und doch wisse, wer es geschrieben habe. (Dom Tische, wo Rosa Luxemburg, Clara Zetkin u. a. sitzen, erschallen lebhafteste Protestrufe. Genossin Zetkin ruft: Sie sei Proletarierin. Es entsteht allgemeine Unruhe. Dem Vorsitzenden Genossen Hoch wird zugerufen, er solle Heine rügen. Er findet jedoch eine Beleidigung nicht für vorliegend.) Redner geht dann auf die Polemik Bebel's ein, die sich ganz besonders auf dem Parteitage gegen ihn gewandt habe, wo Bebel sich dort im Kampfe auf seinen Artikel „Ein Nachwort zur Vicepräsidenten-Frage“ bezog. Er protestiere gegen die Unterschätzung Bebel's, daß er mit seinen feinerzeitigen Auffassungen über die in der Personenfrage liegenden Schwierigkeiten den Antifeministen und der Centrumpartei habe entgegen kommen wollen, die Singer nicht haben wollten. Wäre das Redners Abbild gewesen, dann wäre er ein gemeiner Schuft. Wie komme Bebel dazu, ihm solche Insinuationen unterzuschleichen? Wenn Bebel durch Heines Vermehrungen stützig geworden wäre, hätte er ihm schreiben können und die Antwort erhalten, daß Heine einen bezüglichen Artikel des von Bebel angezogenen Blattes nicht gelesen habe. Statt zu fragen, sich zu informieren, habe aber Bebel wie ein Wilder den Dreck einer solchen Unterstellung auf ihn geschleudert. Die Namellen, auch die „Kanonrede“ seien wieder ausgegraben worden, von der Bebel selber früher einmal (Hannover) gesagt habe, es wäre im höchsten Grade illoyal, wollte man auch nur ein Wort noch davon sagen. Damals, als er die Rede gehalten, habe eine Aussprache mit ihm darüber in der Fraktion stattgefunden und durch eine vom Genossen Bebel verfasste Resolution habe die Fraktion die Angelegenheit für erledigt erklärt. Damals habe man es in der Hand gehabt, seine Kandidatur zu verhindern. Was Bebel seiner Zeit für illoyal erklärte, sei ihm jetzt nicht zu schlecht gewesen, gegen Redner zu verüben. Noch kindlicher sei die Attacke mit dem Gelobten werden durch Gerlach. Er habe es längst Gerlach unterzogen. Was könne er dafür, wenn es doch geschah. Er erfahre es in den meisten Fällen nicht, was über ihn gesagt werde. Bebel wisse doch, daß man uns auseinanderloben wolle, und gebe den Gegnern auf den Leim. Wisse man sich nicht schämen, gegenüber den Gegnern, daß statt mit wichtigen Dingen, der Parteitag sich mit der Frage beschäftige: Wer hat wen gelobt? (Vielfaches: Sehr richtig!) Loyalerweise hätte Bebel die Sache, die schon Lüber beschäftigt, nicht wieder aufwärmen dürfen. — Das ärgerte sie aber, wie Bebel mit dem Artikel der „Monatshefte“: „Der 16. Juni“ umgesprungen sei. — Redner hat den Artikel gedruckt verteilen lassen. Er wirft dem Genossen Bebel unvollständiges Citieren vor und daß Bebel erst durch Juruse zu Vervollständigung der Citate veranlaßt wurde. Redner geht einzelne Punkte des Artikels durch, um nachzuweisen, daß darin keine larmohante Betrachtung über den Zusammenbruch des Liberalismus enthalten sei und daß der Artikel in den Punkten, die Bebel's Kritik herauforderten, absolut nichts Neues sage. Er besage darin nur, was alle sozialdemokratischen Voraussetzungen vom „Kommunistischen Manifest“ an enthielten und hundertmal gesagt worden sei, nämlich: daß das Proletariat das der matten Hand des Bürgertums entlassene Schwert zu erheben und zu erfüllen habe, was das abhandende Bürgertum nicht erfüllen konnte, die Ideen der staatsbürgerlichen und geistigen Freiheit, und daß die sozialdemokratische Partei sich die ihr zugefallene Führung im öffentlichen Leben erhalten müsse. Bebel habe in der ganzen Stellungnahme zu diesem Artikel bewiesen ein Maß von blinder Wut und Haß, das nicht überboten werden könne. Und er habe auch den Redner in einer an den Haaren herbeigezogenen Weise vor dem Parteitage öffentlich beleidigt. Redner habe Bebel in ehrliebe Ueberzeugung durch ein: Sehr richtig! zugestimmt, als Bebel sagte, der Parteitag könnte eine gewisse Richtung geben für die Fraktionstätigkeit. Hierüber sei Bebel in Wut geraten, sei über Heine wie ein Wilder hergefahren und habe ihn angebrüllt: Es wäre auch noch schöner, wenn Sie nicht zustimmen wollten, dann sägen Sie hinaus. (Hüh-Rufe.) Das sei der Dank dafür, daß er ehrlich Bebel zugestimmt habe. Es beweise, daß es Bebel nicht zu thun gewesen sei um eine sachliche Ueberwindung eines sachlichen Standpunktes, sondern darum, persönlicher Feindschaft, persönlicher Gefälligkeit Ausdruck zu geben. Das sei die größte Beschimpfung, die man einem Reichstags-Abgeordneten zuzurufen könne. Ohne Sinn, ohne Grund, nur in blinder Wut.

Redner wisse nicht, ob die, die ihn gewählt, sich nicht auch dadurch getroffen fühlen sollten, daß über ihre Köpfe hinweg von Hinaussitzenden ihres Abgeordneten gesprochen werde. (Mehrfache Zurufe: Sehr richtig! — Standal ist das!) Worauf Redner Wert lege, seien aber nicht die formellen Beleidigungen, sondern daß er öffentlich gedrandmarkt sei als einer, der beschimpfte, die Partei von der erprobten Basis hinterrücks abzutreiben, als einer, der die Partei verraten wolle an die bürgerliche Gesellschaft, an die bürgerlichen Parteien. Das alles ohne ein Wort des Beweises, im offenen Widerspruch zu dem, was Redner hundertmal gesprochen und was er geschrieben habe, im Widerspruch zu den wirklich einmütigen Arbeiten, die sie zusammen im Reichstage geleistet hätten. Bebel und er. Für einen Mann, der seine Aufgabe ernst aufzufasse, sei es eine unmögliche Lage, wenn er als Verräter beschimpft worden sei und nicht mal die Möglichkeit hatte, sich zu verteidigen. Und der Kampf werde fortgeschoben: Beweis: die hier vorliegende Resolution und die Artikel in den sich radikal gebendenden Blättern. Es hätte nicht der eingebrachten Resolutionen bedurft für ihn, zu erklären, daß er vor die Genossen des dritten Wahlkreises trete und sie fragen müsse, ob sie hinsichtlich dieser Bezugsweisung seiner politischen Ehrlichkeit, seiner Zuverlässigkeit, seiner parteigenösslichen Ueberzeugung auf seiner Seite ständen oder nicht, und daraus die Konsequenzen zu ziehen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Es ist inzwischen 12 Uhr geworden. Harndt beantragt, die Debatte zu vertagen und zu der nächsten Versammlung Bebel, der maßlos

angegriffen sei (Stürmische Hüh-Rufe, Lärm), einzuladen. Frig spricht gegen den Antrag. Bebel sei der Angegriffene gewesen, Heine nicht zu Worte gekommen und manche Proletarier auch nicht. Stillschweigen seien sie unter den Tisch gefallen. — Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt. Ebenso wird ein Antrag Kräker auf einfache Vertagung abgelehnt. — Heine wünscht die Sache endlich erledigt. Eine Verlängerung der Duell möge er nicht. Er will Entscheidung. — Während dieser ganzen Debatten herrscht vielfach große Unruhe. Es giebt viele Unterbrechungen. Heine ruft der Genossin Luxemburg zu: Stören Sie mich nicht, Sie gehören gar nicht in den dritten Wahlkreis. (Stürmische Zustimmung.)

Zur Diskussion erhält Klibold das Wort. Er empfiehlt pure Ablehnung der Resolution Gottfried Schulz. Daß Heine so oft angegriffen werde, komme daher, weil er seine Nase in Dinge stecke, in die er sich nicht zu mischen habe. Redner beklagt sich, daß Richard Fischer und Stadthagen, doch Ober-Genossen, sich einander als Verleumder bezeichnet und angegriffen hätten, wie es Arbeiter nicht thun würden. Fischers Angriffe seien nicht am Platze gewesen. Auer sei alt und schwach. Redner unterschreibe die Erklärungen Adolf Hoffmanns und Taterows.

Benno Raas: Wenn Bebel auch etwas temperamentvoll sei, so habe doch ausgesprochen werden müssen, was gesagt sei. Heine habe hier in der Versammlung gleich anfangs mit Verleumdungen um sich geworfen. Heine verlenne, daß wir nicht eine sozialdemokratische Partei des dritten Berliner Wahlkreises seien. Redner geht dann auf die Reichstags-Sitzung, Braun usw. ein und auf die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern, sich gegen diese wendend. Die betroffenen Herrschaften legen nicht die Moral der Arbeiterpartei als Maßstab an, sondern die verumpfte bürgerliche Moral. Besonders scharf läßt sich Redner über Heinrich Braun aus und bemerkt über den Ton der Debatten auf dem Parteitage, daß dieser einer großen mächtigen Arbeiterpartei nicht schade. An der Stänkerelei und Jänkerei auf dem Parteitage sei im wesentlichen der Mangel an Takt und Ehrgefühl bei Braun und Genossen schuld. Daß in der Taktik-Debatte nur gegen Personen gelämpft werde, sei ein starker Aberglaube. Redner kritisiert Heines Ausführungen über Haller, Frau Luxemburg und Parvus und meint, die Streitpunkte seien durch die vielen Akademiker auf seiten der Revisionisten hervorgerufen. Der Parteitag habe innere Fragen der Partei der Lösung und Klärung näher gebracht und sei deshalb zu begrüßen. (Beifall und Hüh-Rufe.)

Vorsitzender Hoch betont, es habe zwar jeder zu der Versammlung Zutritt, es sei aber selbstverständlich, daß man bei Gelegenheiten wie die heutige in die Parteiversammlung des Wahlkreises gehe, wo man wohne oder organisiert sei.

Müller stellt sich als getöndelter Arbeiter ohne gehobene Lebensstellung vor. Was Heine gegen Bebel sagt, wäre noch zu wenig. Er sei als Süddeutscher radikal gewesen, habe aber in Berlin gelernt, Leuten wie Heine gerecht zu werden und in ihnen nicht mehr den schwarzen Mann der „Neuen Zeit“ zu sehen. Der verflozene Parteitag sei der unerhörteste gewesen. Der Vicepräsidentenratum sei eine gemachte Sache. Vor drei Jahren hätten auch die radikalsten Genossen nichts gesagt, als Heine in Berlin in einem Vortrage die damals in der Fraktion behandelte Frage berührte und dabei sagte, er würde sich nicht daran stoßen, zum Kaiser zu gehen, wenn der Partei ein Vorteil daraus entsände. Erst jetzt, als die Anregung von oben herab kam, sei der Entrüstungssturm losgebrochen.

Es kommt wieder zu Geschäftsordnungs-Debatten, wobei außerordentlich große Unruhe entsteht. Die Vertagung, Schluß der Diskussion werden abgelehnt. Heine bestand wieder auf Entscheidung.

Fröhlich: Seine Resolution bezwecke keine Spitze gegen Heine, sie wolle nur Bebel die Dankbarkeit ausdrücken. Redner wendet sich scharf gegen die Ausbrüche Heines Bebel gegenüber, so gegen den vom Dreißigjährigen. (Stürmische Unterbrechung. Sehr richtig!) Heine habe auch seinen guten Ton durch eine malitiose, wegwerfende Handbewegung gegenüber der Frau Luxemburg bewiesen. Wenn der Schlächtrug ergehe: Hier Bebel — hier Heine! und man sich entscheide gegen Bebel, dann werde der Tag kommen, wo man dies bedauern werde. (Beifall und stürmischer Widerspruch.)

Harndt rügt, daß Heine einen so verächtlichen Ton angeschlagen habe. Was den derben Ton auf dem Parteitage angehe, so seien wir doch keine alten hysterischen Weiber. Die weiteren Ausführungen des Redners werden häufig unterbrochen. Er meint, bedauerndwert sei, daß die Revisionisten auf dem Parteitage nicht Farbe bekamen hätten bei der Abstimmung der Resolution. (Heine: Da hört Ihr's, ich bin der Feigling!) Redner wünscht, daß bei den Parteivorstands-Wahlen nicht immer die Alten wiedergewählt würden. Adolf Hoffmann habe nur seine Pflicht gethan, wenn er gegen Auer stimmen wollte für den Fall, daß dessen Anschauungen nicht mehr mit den unsren übereinstimmen. Richard Fischer wirft er vor, daß dieser zum Huldigungsfest des Papstes auf der Hofbrauerei seine Kinder geschickt und sie dort habe Lieder singen lassen.

Die Versammlung wird immer aufgeregter. Es wird ein Antrag angenommen auf Schluß der Diskussion, worauf persönliche Erklärungen von Genossin Zetkin, Gottfried Schulz, Jubel und Heine folgen. Genossin Zetkin betont vor allem, daß sie Proletarierin der Kopfarbeit sei. Jubel erklärt sich für den Schuft und Denunzianten Heines. (Stürmische Pfuirufe, die von neuem anheben, wenn Jubel weiterreden will. Die Versammlung gleicht einem wogenden Meer.) Endlich dringt Jubel durch, um zu erklären, daß er in einem Briefe an Bebel, der ein Antwortschreiben war, nur nebenbei die Frage aufgeworfen habe, ob Bebel in Rücksicht schlafe, Heine habe das gesagt. Danach könne man beurteilen, ob er wirklich solch Schuft sei, wie Heine meine.

Heine erklärt u. a.: Nur das Votum der im dritten Wahlkreise wohnenden oder tätigen Parteigenossen könne in der Frage der eventuellen Mandatsniederlegung entscheidend sein. Jubel gegenüber: Die Form der Denunziation mache nichts aus, wenn es der Sache nach eine sei. — Unter fortwährendem Lärm und Einsprüchen entscheidet sich auf einen Antrag die Versammlung dafür, daß über die Resolution Frig, Jonas und Genossen zuerst abgestimmt werde. Die Resolution wird mit gewaltiger Mehrheit angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die Parteigenossen des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises wissen aus 5 1/2-jährigen Zusammenarbeiten mit dem Genossen Heine, daß derselbe auf dem Boden der von der Gesamtpartei betriebenen praktischen Politik steht. Sie mißbilligen daher die fortwährenden Angriffe, die gegen die taktische Haltung des Genossen Heine selbst auf dem Parteitage hervorgerufen sind, zweifeln diese Angriffe als unbegründet zurück und sprechen dem Genossen Heine ihr volles Vertrauen aus.

Frig, Jonas, Girsfeld und 80 Genossen des dritten Kreises.

Die Annahme ruft stürmischen, langanhaltenden Beifall hervor, in den sich Hüh-Rufe auf Heine mischen. Der Vorsitzende erklärt alle andern Resolutionen für erledigt und schließt die Versammlung 2 Uhr nachts mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Beim Entfernen der Versammelten kommt es noch zu sehr erregten Austritten zwischen einer Anzahl Genossen.

Vierter Wahlkreis.

Frankel berichtet über den Parteitag. Man habe befürchtet, der Parteitag werde Schwierigkeiten wegen des sächsischen Vereinsgesetzes haben, die sächsische Polizei habe sich aber loyaler gehalten als die preussische bei der Brandenburgerischen Provinzialkonferenz. In Dresden hätten die Frauen teilnehmen können, während sie in Berlin in das Segment verwiesen worden seien. Nach kurzen Hinweisen auf den Vorstandsbericht besprach Redner die Debatte wegen der Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Blättern. Die unbeschränkte Redezeit habe die Diskussion sehr in die Länge gezogen. Braun, der wohl die klügliche Rolle von allen gespielt habe, habe das Gesichtslos verschoben und den Streit über die Person Mehrings entfacht; dadurch sei die Debatte überhaupt zu einer persönlichen ausgeartet. Aber wenn die Debatte auch vielfach Persönliches zu Tage gefördert habe, so sei sie doch im großen und ganzen, abgesehen von einigen

Zwischenrufen, über das parlamentarische Zulässige nicht hinausgegangen. Ueber Mehring seien alle alten Geschichten ausgekratzt worden; verstimmend habe die Karte über Schönlanke gewirkt, die man anständig nicht nennen könne. Durch die Annahme des Vorstandsbeschlusses sei der Antrag des vierten Wahlkreises, der ja Aehnliches ansprach, hinfällig geworden.

Wogel berichtet über die Taktikdebatte. Die Rede Bebel's sei sehr wirkungsvoll gewesen und sehr beifällig aufgenommen worden, wenn er auch zugeben wolle, daß das Persönliche in Bebel's Rede auch etwas mehr hätte eingeschränkt werden können. Die Stimmung sei eine andre geworden, nachdem Bollmar in seiner Rede klipp und klar erklärt habe, er sei zwar für die Bezeugung des Vicepräsidentenpostens eingetreten, habe aber die Sache sofort für erledigt gehalten, als er gesehen habe, daß die Mehrheit nichts davon wissen wolle. Redner erwähnt den Zwischenfall Fischer, der mit seiner Behauptung, die Berliner wollten Auer abjagen, eine turbulente Scene auf dem Parteitag herbeigeführt habe. Fischer sei schon am Tage mit dieser Behauptung in den Kreisen hantieren gegangen und er hat den Zwischenfall gethan, obwohl ihm im Auftrage der Berliner Delegierten mitgeteilt worden war, daß an der Sache nichts Wahres sei. Bernstein habe ihn mit seiner Rede auf dem Parteitag sehr enttäuscht, aber nicht bloß ihn, sondern auch viele Gewerkschaftsführer.

Lafert kommt auf das Auftreten Fischers zurück, der sich nicht so benommen habe, wie es einem hervorragenden Parteigenossen zukomme. Auer's Zwischenruf gegen Bebel, daß er seine Briefe nicht lese, habe die Berliner Delegierten sehr verstümmt. Das ist der Punkt, der nicht aus dem Lohde herauswill. Er könne sich zwischen Auer und Bebel kein richtiges Zusammenarbeiten im Vorstände denken. Bebel's Briefe aus Rücksicht liest er nicht, aber seine alten Briefe von der Festung kennt er ganz genau und hat er alle bei der Hand. Er sei überzeugt, daß die Berliner Delegierten kein Vorwurf aus den Reihen der Berliner Genossen getroffen hätte, wenn sie alle gegen die Wiederwahl Auer's gestimmt hätten. Der Gesamteindruck des Parteitages sei kein guter gewesen, man könne sagen: es war schon nicht mehr schön.

Peter ist der Ansicht, daß ein so schwacher Parteitag, wie der letzte, noch nicht dagewesen sei, er sei kein Arbeiterparlament, sondern ein Journalistenparlament gewesen. Ueber die Journalisten gebe es aber ein altes gutes Wort, das da heißt: Alle verachte Vettel, münde, feiste Dialomistinnen, Lumpen und Journalisten, das paart sich zusammen. (Große Heiterkeit.) Er sei überzeugt, daß die Mitarbeit von Genossen an bürgerlichen Blättern unter dem Schutze des Redaktionsgeheimnisses ruhig weiter gehen werde. Bebel habe mit seiner Aeußerung, daß die Partei nie so unartig gewesen sei, aber zu schwarz gesehen. Daß Bebel einen Mehring heranzureißen verucht habe, könne er nicht verstehen.

Rüdner: Kein Parteitag habe so viel schmutzige Wäsche gewaschen wie der Dresdener. Die Debatten seien zu lang gewesen, aber er gebe zu, daß die Aussprache notwendig war. Ich war im Zweifel, ob man den Mitarbeitern an bürgerlichen Blättern nicht unrecht gehen habe, was uns aber nachträglich befehrt ist, zeigt, wie notwendig die Auseinandersetzung war. Wenn von einem Horden behauptet werden kann, daß sich Parteigenossen an ihn herangedrängt haben (Sehr richtig!), so ist das skandalös. Bebel's Aeußerung über die Uneinigkeit in der Partei ist falsch. Einig sind wir in der Erreichung des Endziels, in der Beseitigung der heutigen Gesellschaft, nur über die Mittel und Wege giebt es verschiedene Ansichten, deshalb soll man aber nicht gleich erklären: ihr seid verflucht, weil ihr einen anderen Weg für den richtigen haltet. Die Debatte wegen der Mitarbeit an den bürgerlichen Blättern habe viel Gutes gezeitigt, wenn es auch bedauerlich sei, daß durch sie den bürgerlichen Gegnern manche Waffe geliefert worden sei.

Der Vorsitzende teilt mit, daß die folgende Resolution eingegangen ist:

Die heutige Parteiversammlung des vierten Berliner Reichstags-Wahlkreises erklärt sich mit den Beschlüssen des Dresdener Parteitag's voll und ganz einverstanden, aber sie bedauert die Zeit, welche notwendig war, um gewissen Strömungen unter den sogenannten Führern der Partei klar zu machen, daß die Sozialdemokratie die alten erprobten Bahnen nicht verläßt. Die Versammlung ist der Meinung, daß die Affaire Mehring nur ausgegraben wurde, um sich selbst zu decken und die Delegierten von dem Treiben der sogenannten Revisionisten abzulenken, da andernfalls das Material längst den betreffenden Organisationen hätte vorgelegt werden müssen. Die Versammlung erwartet, daß nach dem letzten Artikel der „Zukunft“ die Partei-Organisationen, welchen die in Frage kommenden Personen angehören, dazu entschieden Stellung nehmen, um voll und ganz Klarheit für die Partei zu schaffen. — Die Versammlung ist ferner der Meinung, daß es eines Parteivorstands-Mitgliedes nicht würdig ist, ostentativ statt an dem offiziellen Partei-Organ der „Neuen Zeit“, an den „Socialistischen Monatsheften“ mitzuarbeiten und so ein schlechtes Beispiel zu geben und den Revisionisten das Rückgrat zu steifen. — Außerdem sieht die Parteiversammlung in der von Heinrich Braun gegründeten „Neuen Gesellschaft“ ein privates, auf den persönlichen Gewinn gerichtetes Unternehmen, mittels welchem abermals der Versuch gemacht werden soll, die bewährte Taktik der Partei auf abschüssige Bahnen zu lenken. Sie hält es deshalb für die Pflicht eines jeden Genossen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen derartige Gründungen Front zu machen.

Wogel: Der Parteitag hat zu wenig Positives geleistet; besser wäre es gewesen, die Frage des Achtstundentages und der Sicherung des Koalitionsrechtes in den Vordergrund zu stellen. Der Erfolg, den die Mitarbeiterdebatte gezeitigt habe, sei zum guten Teil vernichtet worden durch die Abjagung des Genossen Mehring. Durch den nachträglichen Artikel Harndts haben die Argumente Bebel's über die Persönlichkeiten der Mitarbeiter an der „Zukunft“ erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Leute, die aus bürgerlichen Reihen kommen, müssen wir uns doppelt ansehen. Wer solche Beziehungen mit den bürgerlichen Parteien hat, daß er einen bürgerlichen Schriftsteller um 500 M. angehen kann, für den ist es nicht möglich, den Kampf mit derselben bürgerlichen Gesellschaft zu führen, daß wir zu ihm Vertrauen haben können. (Sehr richtig!) Die Debatte über die Taktik habe ja viel sachliche Momente gehabt, aber leider auch viel persönliche, und Bebel frage davon auch viel Schuld. Auer, gegen den sich die Resolution richtete, habe doch viel dazu beigetragen, die Wellen zu glätten. Wenn Kautsky und Mollenhuth nicht gewesen wären, hätte das persönliche Gezänk überwogen.

Singer: Ich will mich in Ihr Urteil über den Parteitag nicht einmischen, sondern nur der pessimistischen Stimmung entgegenzutreten, die bedauerlicherweise in einem großen Teil der Parteipresse und leider auch hier zum Ausdruck gekommen ist. Trotz mancher Unannehmlichkeiten hat die Partei keine Ursache, den Dresdener Parteitag zu beklagen, im Gegenteil, sie hat alle Ursache, mit ihm zufrieden zu sein. Bebel's Ausdruck: wir waren nie so uneinig, ist in dem Sinne, wie er in der Parteipresse und auch hier citiert worden ist, nicht gefallen. Bebel hat die Worte gesagt, aber nur gegenüber den Revisionisten. Er meinte, nach Hannover und Lüber und den dort gepflogenen Auseinandersetzungen mit den Revisionisten habe es gehen können, nun würden solche Diskussionen nicht mehr notwendig sein, aber wir seien in dieser speziellen Frage noch ebenso uneinig, ja noch uneiniger wie früher. Wir müssen uns überhaupt abgewöhnen, so sentimental zu sein. Die Auffassung, der Parteitag sei eine Blamage und gereiche uns zum Schaden, entspringt aus dem Gefühl heraus, daß ein großer Teil unserer Genossen sich immer fragt, ob wir auch vor dem Urteil der bürgerlichen Welt bestehen können. Es kommt aber mir darauf an, daß wir unser Interesse wahren; was die bürgerliche Welt über uns sagt, ob sie uns lobt oder tadelt, das muß uns gleichgültig sein. So wenig man jedes Wort, das in Dresden gefallen ist, zu unterschreiben braucht, so sehr man manches bedauern kann, so liegt doch kein Anlaß zur Unzufriedenheit vor. Die Auseinandersetzungen waren notwendig aus dem inneren Gegenfug zu den revisionistischen Bestrebungen. Es war ein nicht ganz ungeschicktes, aber durchaus nicht loyales Festerkunftstückchen, das die Mitarbeiter der „Zukunft“ vollführt haben. Statt ihre Mitarbeit zu rechtfertigen, haben sie das Gesichtsfeld verschoben und

find gegen Wehring vorgegangen, von dem sie behauptet haben, daß gerade er ihnen nicht Moral predigen dürfe. Wir alle wissen, was Wehring geleistet hat, aber er weiß es auch (Sehr richtig!), und wenn wir Genossen Bernhard verzeihen, warum sollen wir dann nicht auch Wehring verzeihen, der das eine vor Bernhard voraus hat, daß er der Partei in den letzten Jahren ganz erhebliche Dienste geleistet hat. (Sehr richtig!) Durch die Annahme des Vorstandesbeschlusses ist ja die Mitarbeiterfrage an der „Zukunft“ entschieden, es ist aber auch weiter entschieden, daß keiner in Versammlungen als Redner für die Partei und im Namen der Partei auftreten kann, der Angestellter an einem bürgerlichen Blatte ist. Daß wir Genossen in den Redaktionen von bürgerlichen Blättern haben, hat ja seine natürliche Ursache. Wir können allen diesen Intellektuellen in unserer Parteipresse keine Poststelle geben. Diese Leute müssen sich nun genügen lassen, wie viele Beamte und Kaufleute, daß sie die Partei materiell unterstützen und ihre Gesinnung durch die Beteiligung an den Wahlen betätigen. Vielfach ist der Fehler begangen worden, solche Intellektuellen sofort beim Eintritt in die Partei mit führenden Stellen zu betrauen. (Sehr richtig!) Daran haben aber die Genossen ebenjoviel Schuld wie diese Intellektuellen und ich möchte hier bemerken, mit diesem Zustand muß gebrochen werden. (Sehr richtig!) Ich bin gewiß stets für möglichste Vermehrung der Mandate im Parlament eingetreten, um solchen Preis aber möchte ich kein Mandat mehr erkaufen. (Lebhafter Beifall.) Die Resolution über die Taktik ist mit sehr großer Majorität gut gegangen worden. Es ist ja Geschmackssache, für eine Resolution zu stimmen, von der man ganz genau weiß, daß sie sich gegen einen selbst richtet. Verantwortlich war mit der Resolution, dem Gerede der bürgerlichen Presse, als machten die Revisionisten nur einen irgend wie nennenswerten Teil in der Partei aus, ein für alle mal ein Ende zu machen. Dieser Zweck ist erreicht worden, trotzdem die Revisionisten dafür gestimmt haben (Sehr richtig!), und es kann keine Rede davon sein, daß die Taktik-Debatte wie das Hornberger Schießen ausgegangen sei. Auch die Mehrheit der Parteigenossen in den von sogenannten Revisionisten vertretenen Wahlkreisen will von der revisionistischen Taktik nichts wissen und steht auf dem Boden der Resolution. Die Vicepräsidentenfrage war für mich nur ein Symptom des Revisionismus, ob bewußt oder unbewußt der erste greifbare Vorstoß des Revisionismus. (Sehr richtig!) Unre Taktik, die uns zu Feinden der bürgerlichen Gesellschaft macht, darf nicht geändert werden, das Endziel darf nicht als Reliquie in den Silberkasten gestellt und nur alle fünf Jahre dem erstanten Volke wie bei einer katholischen Prozession gezeigt werden. Daß wir gesetzgeberische Verbesserungen für die Arbeiterklasse mitnehmen, darüber sind wir alle einig, wir wären nicht wert, im Reichstag zu sitzen, wenn wir das nicht täten. Das unterscheidet uns aber von den Revisionisten, daß wir diese Verbesserungen nur als Abschlagszahlungen hinhinnehmen, und dadurch nicht für befriedigt erklären und unser Endziel immer und immer wieder propagieren. Nur für das Endziel ist auch die Masse bereit, die kolossalen Opfer zu bringen, die sie bringt, Reformen und Reformen können sie dazu nicht veranlassen. Wenn die Revisionisten sagen, auch sie wollen die bürgerliche Gesellschaft beseitigen, so glaube ich ihnen das aufs Wort. Aber man muß diese Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft auch fortgesetzt propagieren und stets diesen letzten großen Kampf vorzubereiten suchen. Unser Verhalten im Parlament muß stets von den grundsätzlichen Auffassungen unseres Parteiprogramms diktiert sein. Deshalb war die Debatte in Dresden notwendig und wir brauchen uns kein Taschentuch vor die Augen zu nehmen und uns ihrer zu schämen. Wer in Dresden war, hat gefühlt, daß es ein historisches Moment für die Partei war, daß es sich um Sein oder Nichtsein der Partei gehandelt hat. (Beifall.) Was die Resolution anlangt, so will ich mich in ihre einzelnen Fragen nicht einmischen. Der letzte Absatz über die Braunsche Zeitung ist eigentlich überflüssig, da der Vorstand ja bereits durch seine Erklärung im „Vorwärts“ dazu Stellung genommen hat. In der bürgerlichen Presse wird diese Erklärung ja schon wieder als ein Angriff auf die Meinungsfreiheit in der Partei hingestellt, davon kann aber gar keine Rede sein. Die Braunsche Zeitschrift ist ein reines Privatunternehmen, und es ist selbstverständlich, daß die Parteipresse und die Organe diesem Privatunternehmen nicht zur Verfügung stehen. Ob es notwendig war, die Resolution auf die Frage der Mitarbeiterschaft Auer's an den „Socialistischen Monatsheften“ auszusprechen, will ich Ihrem Urteil überlassen. Sachlich stimme ich dem Gedanken ja bei, ich möchte Sie aber doch bitten, diesen Passus aus der Resolution herauszulassen, damit nicht noch ein neues persönliches Moment, das übrigens mit der ganzen hier in Rede stehenden Frage nicht zusammenhängt, in die Debatte getragen wird. — Unter lebhaftem Beifall schließt Redner mit dem Appell an die Versammlung, sich durch Ueberwindung von Keuferlichkeiten die Siegesstimmung, in der sich die Partei mit Recht befindet, nicht verbittern zu lassen. Unre Taktik, die das Socialistengesetz heraufbeschworen, die es aber auch getrimmert hat, muß die alte bleiben. (Beifall.)

Schulz: Wir haben dem Parteitag mit einem Hochgefühl entgegengegangen, aber beim Lesen der Berichte ist uns sozusagen der Appetit vergangen. Er war geeignet, unser Siegesgefühl etwas zu dämpfen. In Dresden ist eine Definition des Begriffes Revisionismus nicht gegeben, und ich möchte meinen, daß die Erscheinung des Revisionismus ursächlich mit der schnellen Beförderung von bürgerlichen Elementen in erste Parteistellungen zusammenhängt. (Sehr richtig!) Was Bebel in Dresden gesagt hat, hätte er, wenn auch manche Entgehnung darin enthalten war, schon selber sagen sollen. Ich meine, wenn Göhre, Bernhard und Braun gewußt hätten, wie sich Harden ihnen gegenüber verhalten würde, sie hätten den Verhandlungen in Dresden ein andres Gepräge gegeben. Was Harden über seine früheren Mitarbeiter sagt, wird, glaube ich, der Beweiskraft nicht entbehren. Das Wort Bebel's von den Proletariern in gehobener Lebensstellung ist vielfach angegriffen worden. Es ist aber wahr und hat einen realen Hintergrund, nur brauchen sich nicht diejenigen getroffen zu fühlen, die durch das Proletariat selbst in bessere Stellungen aufgerückt sind. Wenn es sich die aber, auf die es gemeint war, hinter die Ohren schreiben, dann wird es gut sein. Mandatschiederereien a la Bernhard müssen künftig unmöglich gemacht werden, ich glaube nur, daß Bernhard nicht der einzige war, der durch solche Schiedungen ein Mandat erhalten hat. (Sehr richtig!) Was die Affaire Fischer anlangt, so müsse er jedem Delegierten das Recht zugestehen, auszusprechen, wen er als Vorstand wählen wolle. Von der Resolution bitte er, die Sätze über Auer und Braun abzulehnen. Man könne es genug sein lassen des grausamen Spiels und brauche zu den vielen Tritten nicht noch einen Tritt hinzuzufügen.

Adolf Hoffmann: Ich bin im großen und ganzen mit Singer einverstanden. Die Parteitage sind doch nicht bloß dazu da, daß wir den Gegnern unre Musikeln zeigen, sondern wir müssen uns auch gegenseitig mal am Kopfe nehmen. (Weiterkeit.) Singer hat recht, daß von den Mitarbeitern an der „Zukunft“ das Wesentlichste verstanden ist. Ihr Coup war lange vorbereitet. (Auf: Bei Harden!) Das wird uns Harden wohl noch selber erzählen, denn auf dem Parteitag zirkulierte schon ein von Bernhard gezeichnetes Flugblatt, überschrieben: Franz Wehring der Ueberläufer. Weil man diese Leute an den Ohren nehmen wollte, haben sie sich hinter Wehring versteckt und gesagt: der ist noch viel schlechter als wir. (Große Weiterkeit.) Ich bin der Letzte, der Wehring verteidigen will, das kann er selber thun; aber wenn diese Leute Wehring für so schlecht halten, dann hätten sie längst zu seiner Organisation gehen müssen. Göhre hat in Dresden gesagt, er habe die „Zukunft“ nicht genau gekannt; jetzt erfahren wir, was Wahrheit ist, und ich fürchte, wir erfahren noch viel mehr. (Sehr richtig!) Ohne die Dresdener Debatten würden diese Leute gewiß weiter geschrieben haben in der „Zukunft“, bloß unter einem andren Pseudonym. (Auf: Bernhard!) Ich meine nur, Bernhard wäre nicht der einzige. — Den Begriff Revisionismus einheitlich zu definieren, ist sehr schwer. Der eine schwärmt für Kantone, der andre für Kolonien, ein dritter für Religion (Weiterkeit), ein vierter für halbe Programmforderungen, ein fünfter für Jesuitenmoral und jetzt kommt vielleicht noch eine neue Spielart hinzu, die für Patriotismus. (Auf: Rawendreder! Große Weiterkeit.) Der Revisionismus ist aber in der Partei fast überschätzt worden. Das ist durch den Ausgang der Taktikdebatte festgesetzt. Wir haben durch die Resolution eine

Warnungstafel für bürgerliche Elemente errichtet, das ist der Erfolg des Parteitages. (Sehr richtig!) Wenn von den in der Partei befindlichen Revisionisten welche gehen wollen, mögen sie möglichst bald gehen, sie werden nicht so viel Gefolgschaft haben wie auf dem Erfurter Kongreß die Unabhängigen, denn bei denen waren doch noch Ideale vorhanden, bei unsren heutigen Revisionisten ist aber nur persönlicher Ehrgeiz die Triebfeder. Mögen sie gehen, ich sehe keinen Schaden. Auch wenn der Vicekönig von Bayern von seinen Bergen herabsteigt, wird er sehen, daß die Masse nicht mitgeht. (Weiterkeit.) Falsch aber ist es, daß durch die Resolution einzelne hinausgedrängt werden sollten. Hier ist wohl der Wunsch der Vater des Gedankens. Nichts wäre verkehrter gewesen, als Märtyrer zu schaffen. Jetzt sind die Herren an den Pfahl genagelt, das hat Herr Harden besorgt. Der „Vorwärts“ hat in dankenswerter Weise nachgeholfen, was er verdient hatte, und den „Zukunft“-Artikel in extenso mitgeteilt. Letzt ihn nur genau. Parteigenossen, Ihr braucht nicht alles zu glauben, wenn Ihr den zehnten Teil glaubt, genügt es. (Große Weiterkeit.) Die Person Bernsteins auf dem Parteitag war so gut wie ausgeschaltet, da ihm alle seine guten Freunde schmächtig im Stich gelassen hatten. Wir hielten es deshalb nicht mehr für am Platze, gegen Bernsteins ein Tadelvotum auszusprechen. Redner geht dann auf die Affaire Fischer-Auer ein. Die Behauptung Fischers, er habe schon in der Versammlung der Delegierten in Berlin sich gegen die Wiederwahl Auer's ausgesprochen, ist unwar. Ich habe mich auch in Dresden nicht auf Bebel und Singer berufen. Zu Bebel habe ich gesagt: Wenn Auer Sie hier wie in Lübeck lächerlich zu machen suchen sollte, dann geben wir ihm einen gehörigen Denkzettel. Ich weiß, Auer hatte die Taschen voll Material, wie er es nur zu benutzen versteht, und ich bin überzeugt, meine Ausrufung, die ihm rechtzeitig zugetragen wurde, ist eine Warnung für ihn gewesen und er hat sich deshalb in den Grenzen bewegt, die er thätigstlich dem eingenommen hat. Ich meine auch, wir hatten alle Ursache, daß uns das Schauspiel zweier sich kränkelnder Vorstandsmitglieder erspart blieb. Zwischen Bebel und Auer kann meiner Meinung nach nicht in der Weise gearbeitet werden, die im Parteiinteresse notwendig ist. Auer hatte die Absicht, Bebel zu verlegen. Die bürgerliche Presse sagt: Seht, selbst der Vorstandskollege Auer giebt auf Bebel's Schreibereien nicht. Das ist aber doch ein unhaltbarer Zustand. Ich habe nichts persönlich gegen Auer, er mag sein Bestes gethan haben, aber ein Zusammenarbeiten mit Bebel halte ich für unmöglich. Da steht mir die Partei höher als die Person. Im Gegenthat zu Singer bitte ich Sie, auch den Auer betreffenden Passus anzunehmen. Singer hat auch um die Zurückziehung des letzten Passus gegen Braun gebeten, weil der Vorstandsbeschluß schon vorliegt. Es ist aber notwendig, daß sich die Masse hinter den Vorstandsbeschluß stellt. Die Braunsche Zeitschrift ist übrigens nur möglich geworden durch die Wahl Brauns in den Reichstag. Ohne den Titel Reichstags-Abgeordneter hätte er das Unternehmen nicht wagen können. (Sehr richtig!) Die Zeitschrift wird allgemein beurteilt, sogar vom „Correspondent“ der Buchdrucker. (Weiterkeit.) Die erste Nummer ist erschienen, sie hat ein sehr merkwürdiges Gesicht, nämlich das der „Monatshefte“, wenigstens ein paar Finger breit oben auf dem Umschlag. (Weiterkeit.) Gegen ein detariertes kapitalistisches Unternehmen ist Front zu machen. (Beifall.) Redner schließt unter lebhaftem Beifall mit der Verlesung eines Urteils über den Parteitag aus dem „Leipziger Tageblatt“, das die bürgerlichen Parteien ermahnt, sich an der Socialdemokratie ein Beispiel zu nehmen.

Nach kurzen Bemerkungen Platow's, in denen dieser sich gegen die ganze Resolution ausspricht, wird die Debatte durch einen Schlußantrag geschlossen.

Singer erklärt in einer persönlichen Bemerkung, daß er nicht um Zurückziehung des letzten gegen die Braunsche Zeitschrift gerichteten Passus der Resolution erucht habe.

Die Abstimmung über die Resolution erfolgt absatzweise. Der erste Absatz wird einstimmig, der Absatz gegen Auer gegen eine starke Minorität, der Absatz gegen Braun gegen wenige Stimmen angenommen, danach auch die Resolution im ganzen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung, die Berichterstattung über die Brandenburger Konferenz, wird der späten Stunde wegen abgelehnt.

Fünfter Wahlkreis.

Die Generalversammlung des socialdemokratischen Vereins gab zunächst ihre Zustimmung zur Aufnahme von 27 neuen Mitgliedern. Eine Resolution von Frankel, die eine bessere Verfassungsverichterstattung des „Vorwärts“ wünscht, wurde der Preßkommission zur Erwägung überwiesen.

Liepmann gab den Bericht vom Parteitag. Mit Rücksicht auf die ausführlichen „Vorwärts“-Berichte erklärte Redner, sich mehr auf ein Stimmungsbild von der Dresdener Woche beschränken zu wollen. Mit Stolz wolle er vorher aber konstatieren, daß die in Deutschland so gut gekosteten Berliner direkt oder indirekt über 1/3 Million Mark, also etwa ein Drittel der diesjährigen Gesamtparteigelder an den Parteivorstand abgeführt hätten; ein Verhältnis, mit dem sich auch nicht ein einziger der andren Parteiparte auch nur annähernd messen könne. Diese Thatsache scheinen die Genossen im Reich aber kaum genügend zu würdigen, sonst wäre es unverständlich, wie sie ihre Animosität gegen Berlin soweit treiben konnten, nur einen einzigen Berliner, den Genossen Pfarr, mit Ach und Krach in die Kontrollkommission hineinzuwählen. — Bedauerlich sei es auch, daß die Kontrollkommission dem Genossen Verthold, der die Harden'sche „Zukunft“ verantwortlich gezeichnet habe, nicht die Parteizugehörigkeit abgeprochen hätten. Redner bemängelte alsdann die Art der Wortmeldung auf dem Parteitag, wodurch es auch ihm unmöglich geworden sei, sich an der Debatte zu beteiligen. Was die Verhandlungen über die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern anbelangt, so sei diesbezüglich wirklich zu einem häßlichen Litteratengezänk ausgeartet. Wohl sei es notwendig, verschiedenen Tendenzen in der Partei entgegenzutreten, doch die Art wie das in Dresden geschehen sei, wirde abstoßend. Immerhin habe es sich hier gezeigt, wohin es führe, wenn durch die Schuld der Arbeiter selbst akademische Streber, ohne daß sie sich in der Partei erst die Sporen verdienen, in Führerstellungen hineingehoben würden. Glücklicherweise sei dies im fünften Kreise noch nicht vorgekommen. Hier müsse nach alter Gepflogenheit erst jeder etwas für die Partei geleistet haben, ehe er mit einer Führerrolle betraut wird, deshalb habe der fünfte Kreis auch noch keine trübren Erfahrungen mit seinen Akademikern gemacht. Er sage: So wie jeder Mann die Frau hat, die er verdient, so habe auch jeder Kreis die Akademiker, die er verdient. An sich sei die Litteratendebatte geradezu unschön gewesen. Bebel's 3/4-stündige Rede habe auf die Delegierten solche Wirkung ausgeübt, daß, wenn er den Ausschluß sämtlicher Revisionisten aus der Partei beantragt hätte, dieser wohl sofort erfolgt wäre. Doch als man erst eine Nacht geschlafen habe, da sei auch die nichternere Ueberlegung allgemein wiedergekehrt, und man habe sich gesagt: Nein, so geht das denn doch nicht. Bebel habe, das müsse trotz aller Ehrerbietung, die ihm jeder bezeuge, gesagt werden, in der Form seiner Angriffe weit über das Ziel hinausgeschossen. Die ganze Litteratendebatte hätte gespart werden können, wenn der Parteivorstand der ihm auch in dieser Hinsicht obliegenden Pflichten sich gewissen gezeigt hätte. Dies sei jedoch leider nicht der Fall gewesen. Wüßte der Parteivorstand, was die Bernhard, Göhre, Braun usw. für Leute waren, dann hätte er rechtzeitig vor ihnen warnen müssen. Leider müsse aber konstatiert werden, daß im Parteivorstand nicht die erforderliche Einigkeit herrscht. Die dortigen Genossen verkehren nicht mit einander wie Leute, die die Partei groß gemacht und gemeinsam vieles für sie geahndet und erlitten haben, sondern wie Angestellte eines großen Betriebes, die wohl gemeinsam mit einander arbeiten müssen, sich persönlich aber ziemlich kühl gegenübersehen. So könne das auf die Dauer nicht weitergehen. Wenn der Parteivorstand zu klein sei und zuviel Arbeit habe, dann müßten eben Sekretäre angestellt werden. Unbedingt müßten die Mitglieder des Parteivorstandes genügend Zeit haben, sich auch um die einzelnen Wahlkreise kümmern zu können, sonst verlieren sie die Fühlung mit der Partei. Und dann komme es auch naturgemäß zu so unerquicklichen Auseinandersetzungen über solche „faktualischen Exzerpten“, zu denen ich auch Wehring rechne, diese ständen in einem Verhältnis zu einander wie der be-

kannte Wösch und Rabbiner in Heines berühmtem Gedicht. Dem darüber könne es gar keinen Zweifel geben: Wehring sei um nichts besser wie jene, auf seinen alten Posten dürfte er unter keinen Umständen wieder zurückkehren, überhaupt sei es sehr zu bedauern, daß man einem solchen Manne die Bearbeitung der Parteigeschichte wie auch der Nachlässe von Marx und Engels übertragen habe; dazu hätte es auch noch andre talentierte, aber auch moralisch besser qualifizierte Leute in der Partei gegeben. Kurz und gut, der Parteivorstand habe auf diesem Gebiete versagt. Der größte Teil des Dresdener Gezänks hätte längst vorher an anderer Stelle erledigt werden können. Die bald erzielte Einigkeit in der Vicepräsidentenfrage freilich, kritisierte Redner dann in scharfen Worten das Benehmen von Lätzerow und Hoffmann gegen Auer; mißbilligt aber auch das Verhalten Rich. Fischer's, der nur die schon an und für sich so wenig beitehlichen Berliner noch mehr blank gestellt habe. Zur Frage der Taktik übergehend erklärte Redner sein volles Einverständnis mit Resolution 130 und bezeichnet es als ein staunenswürdiges, wie Singer das durch eine Anzahl Amendements verbollständigte Ding, welches bis jetzt noch nicht einmal im „Vorwärts“ richtig zusammengestellt sei, zur Abstimmung brachte. Nach der Abstimmung aber habe er sich doch gefragt: Was es wirklich nötig, diese Summe von Energie und Kosten für ein derartiges Resultat aufzuwenden? Da antwortete er im Gegenthat zu Bebel: Nein. Dieses Resultat konnte auch ohne jene beschämend scharffen Auseinandersetzungen erreicht werden. Es wäre dann auch möglich gewesen, die übrigen Anträge sachgemäß zu behandeln und sie nicht wie beim Verlehmensartigen Aundermord dudenweise abzuwürgen. Den Antrag des fünften Kreises, den nächsten Parteitag in Berlin abzuhalten, hätte er am liebsten zurückgezogen, es sei denn auch kein Wunder gewesen, daß der Antrag nur acht Stimmen erhalten habe. Zur Preußenkonferenz bemerkt Redner: Hätten wir die hier festgelegte Taktik auch schon bei den Reichstagswahlen befolgt, dann wären die Freisinnigen heute nicht so großmäulig. Er resümierte sich dann dahin: wenn der Parteitag auch ein höchst unerfreuliches Bild biete, so habe und werde sich doch jeder Genosse mit Einschluß der Revisionisten der vorgezeichneten Marschroute fügen; trotz aller momentanen Mißstimmung bestehe kein Grund, an der weiteren Ausbreitung der Partei und an der Thätigkeit ihrer Führer zu zweifeln. (Lebhafter Beifall.)

Zu der Diskussion verbreitete sich Winickiewicz des längeren über die politischen Partei-Angelegenheiten und bedauerte, daß die deutschen Genossen nur sehr mangelhaft darüber unterrichtet sind. Den Bericht Gerich's auf dem Parteitag bezeichnete er in wesentlichen Punkten als falsch.

Wels widerspricht dem Vordredner mit dem Hinweis darauf, daß wenn es auf jedem Parteitage eine Plenardebatte gäbe, dann naturgemäß das allgemeine Interesse dafür erheblich zusammen schrumpfen müße. — Im Gegenthat zu Liepmann steht er in den Auseinandersetzungen in Dresden nicht ein Litteratengezänk, sondern den Ausdruck des Volkswillens, der dort mit elementarer Gewalt zum Ausdruck kam. Bebel möge sich wohl im Ausdruck dergefallen haben, doch in der Sache selbst habe er unzweifelhaft recht gehabt. Redner unterzieht hierauf die Mitarbeit von Partei-Angehörigen an bürgerlichen Blättern im allgemeinen und das Verhältnis von Bernhard, Göhre, Braun und Seine zu der Harden'schen „Zukunft“ im besonderen einer schonungslosen Kritik. Er will zwar auch hoffen, daß die Mehrheit der Revisionisten, getreu ihrer eignen Abstimmung, sich der alten Partei-Anschauung wieder unterwerfen werden, jedoch findet er die fortgesetzte Haltung einiger Führer derselben, wie sie sich gegenwärtig wieder in der „Münchener Post“ offenbaren, wenig vertrauenswürdig. Der Parteitag habe immerhin das Gute gehabt, den Massen die Augen zu öffnen. Es lasse thätigstlich ein tiefer Miß in den Anschauungen der leitenden Genossen und Kautsky habe recht, wenn er von betäubten und unbewußten Revisionisten spreche. Letztere sehen hauptsächlich in den Gewerkschaften. Er sei zwar auch Gewerkschaftler, doch niemals würde er das Programm verleugnen. (Erregte Zwischenrufe: Wer will denn das? Robert Schmidt ruf: Demagogie! Ein andrer Genosse: Unbewußte Demagogie!) Wels entgegnet auf die Zwischenrufe und schließt seine Ausführungen, indem er das alte Geleise der Taktik als das Beste bezeichnet.

Frankel wundert sich, daß Liepmann Vollmar's Rede nicht erwähnt habe, denn seiner Meinung nach sei Bebel von Vollmar glänzend widerlegt worden. (Zwischenrufe: Oho!) Was die Differenz Bebel's mit dem „Vorwärts“ anbelange, so vermöge er nicht einzusehen, weshalb Bebel mehr Rechte eingeräumt werden sollen, als dieser selbst andren einräume. Bei einem Artikel, den die Redaktion früher dem Redner abgelehnt habe, sei es gerade Bebel gewesen, der in der Preßkommission den Entschluß der Redaktion gut geheßen habe. In der Frage der Taktik halte er es mit Vollmar und Auer, die im Gegenthat zu Bebel sagten: Wir waren niemals einig wie jetzt. Wenn trotzdem von „Vertuschen“ und „Komödientenspiel“ gesprochen sei, so fallen diese Worte auf ihre Urheber zurück, denn die seien mit schuldig an den Zuständen, über die sie jetzt so radikal schimpfen. Die Resolution 130 werde an dem Gang der Dinge in der Partei absolut nichts ändern.

Friedländer heist in Ergänzung des Liepmann'schen Berichtes den Beschluß über die Waasser gut. So sei jetzt denjenigen Gewerkschaften, die wegen der Unlosigkeiten für Ausgeperrte auf eine Abschaffung der Arbeitsruhe am 1. Mai hinstreben, Gelegenheit gegeben, auf dem nächsten Internationalen Kongreß ihren diesbezüglichen Wünschen entsprechend zu wirken. Den Antrag Friedberg, betreffend eine Erweiterung des Generalstreiks, habe er unterstützt, um die Masse mit der Möglichkeit eines solchen als Abwehrmittel gegen die Uebergriffe der herrschenden Klassen vertraut zu machen. Im übrigen glaubt er auch, daß die Revisionisten außer Braun usw. ecklich eingeschwenkt sind. Das hindere ihn jedoch nicht zu erklären, daß die Litteratendebatte auf dem denkbar niedrigsten Niveau gestanden habe. Dafür sei die große Schlacht am 16. und 28. Juni nicht geklagten worden. Wenn immer gesagt werde, derartige Debatten schaden uns nichts, so frage es sich doch sehr, ob sich die Partei eine derartige schmutzige Wäsche noch ein zweites oder drittes Mal weiter leisten können. Seiner Ansicht nach müsse eine gründliche Reinigung in den einzelnen Wahlkreisen, nicht aber vor den Augen der ganzen Welt vorgenommen werden. Redner bittet, ihm dem Genossen Bernhard gegenüber einen kleinen Freundschaftsdienst zu gestatten. Wenn Bernhard auch mit dem Artikel „Partei-moral“, der in Form und Inhalt zu mißbilligen sei, unüberlegt gehandelt habe, so möge man aber ihn doch nicht so scharf urteilen, denn er meine es trotzdem ehrlich mit der Partei. Er, Redner, wisse aus besser Quelle, daß Harden gelogen habe, als er schrieb, Bernhard werde nunmehr sein Pseudonym ändern.

Liepmann geht in seinem Schlußwort auf die verschiedenen Einwürfe der einzelnen Redner ein. Es erscheint ihm auch mißverständlich, daß die Genossen später etwas eingehender über die Plenarfrage informiert werden. Mit Wels stimme er in der Hauptsache sachlich überein, nur gebe er seiner Meinung nicht in so scharfer Weise Ausdruck wie dieser. Darüber könne kein Zweifel bestehen: mit Leuten wie Braun, Göhre ze. dürfe die Partei nichts mehr zu thun haben; auch Bernhard sei nicht weich zu waschen. Wehring aber eigne sich unter keinen Umständen mehr für seinen bisherigen Posten, auch dann nicht, wenn zehn Bebel's das Gegenteil behaupten sollten. Nach und nach werde nach dem Dresdener Kraß ja wieder Ruhe eintreten, deshalb bitte er die Genossen, sich trotz aller dieser Unannehmlichkeiten die Freude an fernerer Partiarbeit nicht bereuen zu lassen. (Beifall.)

Nach Schluß der Debatte erhielt noch der Abgeordnete des Kreises, Rob. Schmidt, das Wort zu einer Erklärung, in der er entschieden die Verleumdungen zurückweist, die Wels gegen eine Reihe ehrenwerter Leute ausgesprochen hat, mit denen er (Schmidt) viele Jahre Schulter an Schulter in freundschaftlicher Weise im Interesse der Arbeiterschaft gewirkt und gekämpft habe. (Allgemeine Rufe: Was für Leute? Namen nennen!)

Nach Annahme der bereits mitgetheilten Resolution machte der Vorsitzende Leo Buch u. a. noch den Vorschlag, die Parteitags-Protokolle an Wahlvereins-Mitglieder zum Vorzugpreise von 10 Pf. pro Stück abzugeben. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Die Berichterstattung über die Provinzialkonferenz wurde vertagt. (Schluß in der 2. Veilage.)

Die Berliner Parteigenossen und der Parteitag.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Sechster Wahlkreis.

Den Bericht vom Parteitag gab Freythal. Es sei diesmal keine angenehme Aufgabe für die Delegierten, den Bericht über die Tätigkeit des Parteitag zu geben, weil die beiden hauptsächlich erörterten Fragen einen weit größeren Raum in Anspruch genommen haben, als ihnen zuläße. Am allerunangenehmsten sei die Debatte über die Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern gewesen. Es sei überhaupt bedauerlich, daß sich der Parteitag mit dieser Frage beschäftigt habe, da man von Genossen, die berufen seien, werdend und aufklärend im Volke zu wirken, wohl hätte erwarten können, daß sich dieselben über die Unzulässigkeit der Mitarbeit an den in Rede stehenden bürgerlichen Blättern klar seien. Redner schildert sodann die Entstehung der Mitarbeitfrage. Wenn sich die betreffenden Genossen vor dem Parteitag bemüht hätten, die Stimmung der großen Masse der Parteigenossen hierüber lernen zu lassen, dann hätten sie sich ihre Ausführungen auf dem Parteitag erspart. Wenigstens aber hätte man mit dem Beschluß, den die Parteitagendebatte gezeitigt habe, zufrieden sein. Hervorzuheben sei aber doch, daß sich unter den Gegnern dieses Beschlusses sogar 11 Abgeordnete befunden haben, die also inhaltlich jede Forderung mit den Ansprüchen ihrer Wähler verloren zu haben scheinen. Daß die Debatte einen so breiten Raum eingenommen und eine so unerquickliche geworden sei, sei hauptsächlich auf das Konto des Dr. Braun zu setzen, weil dieser als erster Redner die Debatte sofort auf persönliches Gebiet hinübergeleitet habe. Wenn nun aber auch allem Anschein nach für viele Delegierte die Ausführungen über Mehring etwas Neues gewesen seien, so stehe es doch fest, daß man denselben nicht solche Bedeutung beilegte und die Debatte sicher wesentlich abgekürzt hätte, wenn die jetzt erfolgten Veröffentlichungen Gardens schon damals bekannt gewesen wären. Wenn Bebel vorgeworfen werde, daß auch er zu weit gegangen, so könne man dem in manchen Einzelheiten wohl zustimmen, aber es seien hier auch scharfe Worte am Platze gewesen. Und gerade die jetzt veröffentlichten Ausführungen Gardens über Bebel zeigen doch klar genug, was Weisles Kind der erste ist. Diese Einwände treffen die ganze Partei und für solchen Mann haben die betreffenden Genossen als Mitarbeiter geschrieben. Mit dem Verlauf der Debatte über die Taktik erklärt sich Redner vollumfänglich befriedigt. Dieselbe habe alle Prophezeiungen über Spaltung und dergleichen wieder einmal glänzend ad absurdum geführt. Auch hier könne man den Ausführungen Bebel's in der Sache vollständig zustimmen. Nur einem Wunsch möchte er, Redner, hier Ausdruck geben, nämlich daß, wenn der Genosse Bebel sagt, daß er im engsten Zusammenhang mit dem Fühlen und Denken der Partei stehe, er das in Zukunft noch viel mehr von allen Partei-Institutionen mit vollem Recht möge sagen können. Die Stellungnahme Bebel's gegen die Berliner Rechtskommission beweist, daß das in allen Partei-Angelegenheiten bisher nicht vollumfänglich zutraf. (Zusammenfassung.) In lauter Weise habe Kautsky die Taktik gewiesen, und die Revisionisten sind, außer Vernstein, auf diese Ausführungen nicht eingegangen. Auch hier müsse wieder hervorgehoben werden, daß mehrere Abgeordnete gegen die Resolution betreffend die Taktik gestimmt haben. Ueber die sonstigen Verhandlungsgegenstände berichtet Redner in gedrängter Kürze. In der bekannten Episode, die sich bei der Wahl des Parteivorstandes zugetragen, sei die Berliner Delegation unerschuldeterweise in eine peinliche Situation gebracht worden. Es wäre richtiger, wenn man Bedenken gegen die Wahl dieses oder jenes Genossen habe, das offen heraus zu sagen. Das Gesamtergebnis der Parteitagverhandlungen sagt Redner dahin zusammen, doch trotz alledem Klarheit darüber geschaffen sei, daß es ein Bakterien mit der bürgerlichen Gesellschaft nicht geben könne, daß die Partei auch weiterhin den Klassenkampf mit aller Schärfe zu führen gewillt sei.

In der Diskussion wendet sich Kiesel unter lebhafter Zustimmung der Versammlung gegen die revisionistischen Bestrebungen im allgemeinen und die an bürgerlichen Blättern tätigen parteigenösslichen Schriftsteller im besonderen. Es sei notwendig, daß die Genossen des sechsten Kreises sich mit diesen Leuten einmal energisch auseinandersetzen. Gardens könne man gewissermaßen dankbar sein, daß er einer Anzahl Leute die Maske vom Gesicht gerissen habe, die sich als Parteigenossen gerieren. Mehring habe bisher den Standpunkt des Klassenbewußten Proletariats in klarer und scharfer Weise vertreten, und gerade das scheint in den Augen der revisionistischen Schriftsteller sein größter Fehler gewesen zu sein, weshalb man ihn aus der Partei hinausdrängen wolle. Es sei ein Unheil, daß diese Leute, die der bürgerlichen Presse, an der sie mitarbeiten, erst ein Relief geben, im Reichstage gegen die bürgerliche Gesellschaft auftreten. Braun namentlich habe den Parteitag, die höchste Partei-Instanz, direkt angeleitet. Wenn ein simpler Arbeiter es wagen wollte, als Parteigenosse in einem liberalen Verein Kritik an Parteitag zu üben, er würde ohne Federlesen aus der Partei hinausgewiesen. Es scheint aber, als glaubten eine ganze Anzahl sich in führender Stellung befindlicher Parteigenossen, an irgend welche Pflichten in Bezug auf Organisation, Disziplin und Unterordnung nicht gebunden zu sein. Redner empfiehlt, den Artikel Gardens in den Jahrbüchern zu diskutieren und sich ein Urteil zu bilden über die in Frage kommenden Genossen. Es entstehe die Frage, ob solche Leute von der Arbeiterklasse noch ernst genommen werden können. Es ist denselben allem Anschein nach nur darum zu thun, in hervorragende Stellungen zu gelangen. Es könne auch nicht das Recht der einzelnen Parteigenossen sein, nach Belieben Blätter zu gründen, weil dadurch die Partei-Organen geschädigt werden, was gleichbedeutend mit einer Schädigung der Partei sei. In der Sache habe Bebel in allem recht gehabt, was er gesagt habe. Redner kommt auf einen früheren Artikel Reus zu sprechen; es sei eine ganz besondere Art von Socialismus, den dieser Genosse schon seit längerem verpönte. Geradezu verwerflich sei es aber, daß selbst Genossen, die selber aus der Masse hervorgegangen, heute schon von den „niedrigen Instanzen“ der Masse zu reden wagen. Die Frage der Taktik sei von Kautsky in geradezu reißender Weise klar gelegt worden. Der Parteitag habe trotz allem gute Arbeit geleistet.

Eröfnung: Heute ist der Tag, an dem auch die „Parteisöhne“ ihre Meinung aussprechen, die wir, die Masse, nach Ansicht mancher Revisionisten nun doch einmal sind. In seinen weiteren Ausführungen schließt sich der Redner den Ausführungen Kiesel's an. Weiter wirft derselbe die Frage auf, ob es nicht doch angebracht sei, daß sich die Berliner Genossen ein eigenes Organ schaffen, welches den revisionistischen Strömungen mehr, als es der „Vorwärts“ als Zentralorgan thun könne, polemisch entgegen zu treten hätte. Wer der socialdemokratischen Partei die Anerkennung an bürgerliche Parteien empfiehlt, ist ein Verräter und es müsse Klarheit darüber geschaffen werden, ob wir solche Elemente in unseren Reihen haben. Bedauerlich sei es, daß der Antrag des sechsten Kreises betreffend der Parteitag abgelehnt worden sei. Es müsse in dieser Frage Einheitsfront und Klarheit geschaffen werden. Redner wendet sich weiter gegen den Partikularismus, welcher von den fideleiden Parteigenossen in fast alle allgemeinen Parteifragen hineingetragen werde.

Burgel fordert, daß mit den Revisionisten tabula rasa gemacht werde, selbst auf die Gefahr hin, daß uns einige Wahlkreise, in denen dieselben gewühlt sind, nachträglich verloren gehen. Wenn die notwendige „Reinigung“ auch in den Reihen der Führer vorgenommen wird, als eine Folge der Parteitag-Debatten, dann sei dieser Parteitag der beste gewesen.

Kaminig führt aus, daß die Parteigenossen zum großen Teil selber Schuld haben, wenn hier und da unzuverlässige Elemente in

Vertrauensstellungen gelangen. Die Verehrung, die vielen soeben zur Partei übertretenden Akademikern entgegengebracht werde, grenze mitunter an Verhimmelung. Es bestehe eine förmliche Krankhafte Eucht, Akademiker mit Ehrenämtern zu überschütten. Wenn sich hierin die Parteigenossen etwas Reserve auferlegen, wird es besser werden. Dann wird auch der Zulauf von der bürgerlichen Seite aufhören. Die Verhandlungen über die Taktik haben ihn in keiner Weise befriedigt. Man ist da teilweise gegen etwas losgerannt, was gar nicht existiert. Es sei nicht gesagt worden, was denn eigentlich „Revisionismus“ ist. Es giebt unter den Revisionisten auch nicht einen, der etwa heute noch auf Vernstein's „Voraussetzungen“ schwört. Der ganze Unterschied bestehe in der Auffassung über die positive oder praktische Mitarbeit und die Art ihrer Betätigung, wie das in dem Antrag Timm ausgedrückt sei. Insbesondere wendet sich der Redner gegen die Ansicht Bebel's, wonach die Ansbearbeitung von Gesperrbüchern Sache der Geheimräte sei. Das könne man geradezu als ein geistiges Armutzeugnis für die socialdemokratische Reichstagsfraktion auffassen. Wenn beispielsweise die Heimarbeit warten sollen, bis ihnen der preussische Geheimrat ein Schutzeisig ausarbeite, können sie warten bis zum St. Nimmerleinstage. Ähnlich liegt es beim Bergarbeiter- und Seemannsdienst. Es giebt weniger eine revisionistische Strömung, als auf der andern Seite eine Anzahl unduldsamer Genossen, an deren Spitze Bebel steht. Man solle mehr Toleranz gelten lassen. Für das Vorgehen Stadthagens in Sachen Bebel's, „Vorwärts“ fehle ihm jede parlamentarische Bezeichnung. Wenn mehr Toleranz herrsche, dann würde es auf den Parteitagen nicht zu derartigen Debatten kommen. (Teilweiser Widerspruch.) Wenn alle, die im Wahlkampfe Schulter an Schulter gekämpft haben, auf dem Parteitag erklären könnten, sie stehen auf dem Boden des Klassenkampfes, des socialdemokratischen Programms, so haben wir ihnen das zu glauben.

Koch schließt sich den Ausführungen der ersten beiden Redner an. Meier geht auf die Schriftsteller-Debatte ein und empfiehlt, man solle nicht päpstlicher sein als der Papst und nicht härter verurteilen wollen, als es der Parteitag gethan hat. Wenn Gardens für seine weiteren Behauptungen keine dokumentarischen Beweise beibringen könne, so sei denselben nicht so erheblicher Wert beizumessen.

Lebedour schließt sich letzterer Ansicht an. Es sei auch zu wünschen, daß die Beschuldigten selber die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen. Allerdings handele es sich nicht allein um die „Zukunft“, sondern auch um die Mitarbeit an andren Blättern, wie „Morgenpost“ und dergl. Die sachliche Erörterung dieser Frage auf dem Parteitag hätte in zehn Minuten erledigt sein können, wenn eben nicht, um die Sache zu verwickeln, die Debatte auf persönliches Gebiet getragen worden wäre. Gegenüber Kaminig führt Lebedour aus, daß man sich auf dem Parteitag wohl über die revisionistische Richtung klar gewesen sei. Kautsky habe dieselbe klar und deutlich dargestellt. Ein charakteristisches Beispiel für das Vorhandensein des Revisionismus sei doch die Thatsache, daß es gerade Revisionisten seien, welche an der Mitarbeit an bürgerlichen Blättern nichts Bedenkliches finden, sondern dieselbe sogar für notwendig halten. Die geforderte Toleranz läme auf die Weitsichtigkeit der Antirevisionisten hinaus. Die scharfe Sprache Bebel's sei jedenfalls auf den Verdruß desselben zurückzuführen, daß er selber sich einige Male in der Fraktion hat verlesen lassen, sich auf die Seite der Revisionisten zu stellen, wo ihm dann die gegenteilige Meinung eben so scharf gesagt worden sei, wie den andren. Praktische Arbeit sei aber z. B. gerade in der Rolltarif-Debatte von dem radikaleren Flügel geleistet worden. Redner geht dann auf die Gründe ein, die gegen die Ausarbeitung ganzer Gesperrbücher sprechen. Allerdings sei Bebel's Anspruch Mitteilungen ausgeübt, aber derselbe resultiere nur aus der Kenntnis der praktischen Verhältnisse. Solange die Socialdemokratie eine Minoritätspartei ist, sei die Ausführung des Gedanken zwecklos. Redner führt dann mehrere Beispiele von praktischem Revisionismus an, die besonders von dem Abgeordneten Reus ausgehen. Leider würde derartige in der Parteipresse viel zu sehr vernichtet. Und vom „Vorwärts“ würden solche Verurteilungen noch unterstützt, wie sich in dem Fall E. Fischer's, des Redakteurs des „Armen Feufel“, gezeigt habe. Aus der bürgerlichen Presse sei ihm nur ein einziger ähnlicher Fall von Verurteilung bekannt, nämlich die Art des Dr. Dertel. Leider habe derselbe in Fischer eine Nachahmung gefunden. Der Hoffnung, daß der Revisionismus abgethan sei, giebt sich Redner nicht hin. Aber die späteren Auseinandersetzungen seien durch den Beschluß des Parteitages erleichtert. In Sachen der Vorstandswahl haben Hoffmann und Taterow nur von ihren Rechten Gebrauch gemacht. Wenn diese einen Tadel verdienen, dann verdient Fischer einen solchen erst recht. Sein Urteil über den Parteitag sagt Redner dahin zusammen, daß derselbe zwar viel unangenehmes persönliches Gezeul gezeitigt, daß sei aber nur die Folge des Auftretens der Revisionisten gewesen; im übrigen aber hat der Parteitag Klarheit gebracht und ist dafür geforsgt, daß die Partei nicht durch eine verderbliche Unterströmung in falsche Bahnen gedrängt wird.

Um 12 1/2 Uhr nachts wird die weitere Beratung vertagt.

Der Kongreß von Reims.

Nachmittags-Sitzung. 2 1/2 Uhr. Vorsitz: Laudrin. Revisor: Gressier, Meyens, Richard, Thivrier.

Die Mandatsprüfungs-Kommission erstattet einen provisorischen Bericht. Es sind vertreten 39 Föderationen mit 141 Mandaten und 9 nichtföderierte Departements mit 22 Mandaten.

Bericht des Sekretariats. Der Centralrat hat diesmal vollständige Informationen zu erlangen gesucht, um eine möglichst genaue Uebersicht zu geben über die Zahl der Parteimitglieder und ihre geographische Verteilung und so die Anstrengung jeder einzelnen Föderation zu bemessen. Das entworfen Bild ist nicht geschmeichelt. Es wäre unwürdig und ungeschickt, uns selbst über die Dinge, wie sie sind, zu täuschen. Immerhin bietet die derzeitige Lage die besten Hoffnungen. Die Partei umfaßt bereits drei Viertel der Socialisten Frankreichs, die auf politischem Boden organisiert sind; in zahlreichen Gegenden betätigt sie eine planmäßige Aktion. Nirgends ist die Partei im Rückgang, in den meisten Departements ist sie vielmehr im Wachstum begriffen, so daß sie baldigt sämtliche zielbewußten Anhänger des revolutionären Socialismus umfassen dürfte. Der Centralrat (er setzt sich zusammen aus den Delegierten der Föderationen) hat im abgelaufenen Jahre statutenmäßig vier Plenarversammlungen abgehalten. Leider war nur die erste, im Anschluß an den Comenay-Kongreß in Montlucon abgehaltenen Versammlung von einer ansehnlichen Delegiertenzahl besucht. Zu den drei übrigen Versammlungen, in Paris abgehalten, haben höchstens etwa 10 Föderationen eigne direkte Vertreter entsandt. Die hauptsächlichsten Ursachen davon sind die Entfernung von der Hauptstadt und die bescheidenen Mittel der Föderationen. Die Exekutivkommission (15 Mitglieder, auf dem Parteitag gewählt) hat hingegen stets eifrig ihre Aufgabe erfüllt. Sie hielt alle zwei Wochen Versammlungen ab unter einer durchschnittlichen Beteiligung von 9 Mitgliedern. Die Exekutivkommission und der Centralrat haben eine Anzahl Aufrufe veröffentlicht bei allen Gelegenheiten, die passend schienen zur Aufklärung der von einer ängstlichen und feilen Presse getäuschten Arbeiterklasse über den Standpunkt des revolutionären Socialismus. Die Aufrufe besprachen: Den Generalfreitag der Bergarbeiter, Oktober 1902; die Senatswahlen vom Januar 1903; die Parteitag- und insbesondere das Andenken der Opfer der Fourmies-Rebellei von 1891; endlich den „pseudosocialistischen“ Bourdeau-Kongreß. Der letztere Aufruf kennzeichnete den freien Triumph der neuen opportunistisch-rebellerischen Methoden und lenkte die Aufmerksamkeit des Proletariats auf die Frelerei der Mitarbeit der Massen und

zeigte, daß außerhalb des Bodens des Klassenkampfes und der un- veröhnlichen Opposition gegen den Bourgeoisstaat kein Socialismus möglich ist. Die Agitation durch Redner wurde vom Centralrat nach Maßgabe seiner Kräfte und Mittel betrieben. Zu berücksichtigen ist dabei die leider, geringe Zahl der Abgeordneten (12), die außerdem durch die parlamentarische Arbeit fast in Anspruch genommen werden. Ein weiterer Mibstand ist die unüberwindliche Tendenz der Gruppen, meistens Abgeordnete als Redner zu fordern, was übrigens sich daraus erklärt, daß die Agitatoren, die nicht Ab- geordnete sind, weniger Zuhörer anziehen und mehr Kosten verursachen, da sie keine freien Eisenbahnkarten haben. Immerhin hat sich der Centralrat durch eigne Delegierte vertreten lassen auf 28 von den im Geschäftsjahre abgehaltenen 37 Kongressen der einzelnen Föderationen. Außerdem beteiligte er sich an 115 Volksversammlungen mit 36 Rednern in 40 Departements und 82 Städten. Folgt eine Aufzählung der einzelnen Städte und der vom Centralrat entsandten Redner: Guesde sprach in 26, Abg. Constans in 18, Abg. Thivrier in 12, Dubreuilh in 11, Abg. Dejeante in 10, Abg. Delors, Bedron, Roland, Molles in je 9, Abg. Vaillant in 7, Orade in 6, Lafargue und Roussel in je 5, Paul-Louis und Abg. Sembat in je 4 Versammlungen u. s. f. In dieser Aufzählung sind die Volksversammlungen und ferner drei große Meetings in Paris nicht einbegriffen. Eine besondere Erwähnung verdient die Kundgebung in Fourmies unter Beteiligung von 10 000 Personen. In Bezug auf die B a h a l l i o n, sagt der Bericht, hat der Centralrat seine Aufgabe keineswegs gebührend erfüllt. Entgegen den gefassten Beschlüssen hat man sich nicht an allen Kammer- und Reichstags- sittings, sondern nur an der Hälfte derselben. Dabei hat die Partei eine wirkliche Campaigne nur in fünf bis sechs Fällen geführt. In den Senatswahlen (Januar 1903) haben die Partei- kandidaten insgesamt 331 Stimmen erhalten. Ferner verzeichnet der Bericht mehrere Erfolge in den ergänzenden Bezirksrats- und den Gemeinderatswahlen. Zum Centralorgan, dem wöchentlichen „Socialiste“, übergehend, bespricht der Bericht die verschiedenartigen Kritiken gegen den Inhalt des Blattes, die aber alle darauf zurückzuführen sind, daß der Umfang des „Socialiste“ zu klein ist. Dieser Mibstand ist aber nicht zu beheben, solange die Abonnentenzahl nicht groß genug wird. Doch ist im letzten Jahre der Inhalt des Blattes merklich besser ausgestaltet worden, trotzdem die Abonnentenzahl kaum hinreicht, um dessen Erzielen zu sichern. Weiter mahnt der Bericht zu einer fleißigeren Abnahme der Broschüren des Parteiverlags. So aber war die Partei außer Stande, im abgelaufenen Jahre mehr als zwei neue Broschüren herauszugeben, und verschiedene Arbeiten der Genossen Guesde, Lafargue u. a. mußten einem Privatverleger zur Veröffentlichung übergeben werden.

Die Zahl der Föderationen beträgt 39, nur 2 mehr als im Vorjahr. Sämtliche Föderationen mit Ausnahme derjenigen von Logere, sind in voller Tätigkeit. Zerfallen ist die Föderation von Seine-Inferieure, dagegen sind neu beigetreten die Föderationen von Loiret, von Lorraine, Lot-et-Garonne und Vancluse. Folgen detaillierte Angaben über die Städte und den Zustand der einzelnen Föderationen. Am stärksten sind die von Nord, Seine, Aube und Allier, die unabhängig vom Centralrat eine äußerst energische Agitation entfalten. Weiter moniert der Bericht die lässige Zahlung der Parteibeiträge durch eine erhebliche Anzahl Föderationen. Somit haben sämtliche Föderationen eine rege Agitation betrieben. Auch sind die Beziehungen zwischen ihnen und dem Bureau des Centralrates immer enger geworden.

Mit einem Wort, die föderale Organisationsform hat sich bewährt. Wir können unsere Föderationen mit dem Gefühl der Ueberlegenheit den ähnlich genannten Gruppen gegenüberstellen, die sich im Gefolge irreleitender Elemente befinden. Alle unsere Föderationen sind reell, aktiv, ihrer Mission sich bewußt. Sie handeln in ihrem Wirkungsbereich vollständig frei und unabhängig, sie bilden ebenfalls lebendige Einheiten und kräftige Anziehungspunkte. Dabei aber bilden sie ein zusammenhängendes Parteilanges — im Gegensatz zu den ministerialistischen Föderationen, von denen nur 5 bis 6 wirklich lebensfähig sind und die durch nichts weiter lose zusammengehalten werden, als durch die Vorurteile gegen die revolutionär-socialistischen Organisationen, die sich in den P. S. de F. vereinigt haben.

Doch sind diese Vorurteile auf die Dauer unhalbar. Es zeigt sich bereits ein Schwanken in den Reihen der autonomen Föderationen. Der Bourdeau-Kongreß hat den Blinden die Augen geöffnet. Der endliche Zerfall (der jaurestischen Partei) rückt heran, bis zum nächsten Jahre wird er seine hauptsächlichsten Wirkungen zeigen. Der Bericht verweist in dieser Beziehung auf eine Anzahl bedeutender Symptome, die den begimmenden Einfluß der P. S. de F. innerhalb der jaurestischen Föderationen betonen.

Zum Schluß betont der Bericht die Notwendigkeit, in den eignen Reihen die vollständige Einheit zu verewlichen. Es müssen nämlich erstens die letzten Reste der alten Sonderorganisationsformen beseitigt werden, d. i. die Verteilung der Mitgliedsarten durch Vermittlung jener Organisationen. Fortan sollte der Centralrat allein damit betraut werden. Andererseits gilt es, sich immer gründlicher über die etwa noch fortbestehenden theoretischen und taktischen Meinungsverschiedenheiten auszusprechen, um zu einer einheitlichen Auffassung über alle wesentlichen Punkte zu gelangen.

Es das gefassten, so werden alle Schwankenden in uns eine vollständig geeinigte Partei erbilden und werden wir einen Anziehungsmittelpunkt bilden für alle mehr oder minder Verirrten, die im Reibel des Wismasch-Socialismus herumtappen. . . Wenn tote wollen, so können wir in kurzer Zeit alle wahrhaft socialistischen Elemente in unserer Partei vereinigen, um sodann die Massenpartei des Proletariats zum Krieg zu rufen gegen sämtliche Fraktionen der Bourgeoisie und ihre Mitschuldigen, die Ueberläufer des Socialismus. . . (Lebhafte Beifall.)

Der Kongreß beschließt, den Bericht zu drucken und zu veröffentlichen und genehmigt ihn einstimmig nach einigen kurzen Detailbemerkungen der Delegierten.

Der Massenbericht zeigt wenig Erfreuliches. Das Geschäftsjahr schloß mit einem Passivbetrag von 5920 Franc, darunter ein rückständiger Beitrag an das Internationale Socialistische Bureau in der Höhe von 1100 Franc. Ebenso ist der Stand des Wochenblattes „Socialiste“ sehr bedenklich. Auch der Abfall des Parteiverlages ist zurückgegangen.

Es entspinnt sich hierüber eine längere Debatte, in deren Verlauf verschiedene Vorschläge zur Besserung der Finanzverhältnisse gemacht werden. Diese Vorschläge werden schließlich an die Organisationskommission des Kongresses zur Vorberatung verwiesen.

Ferner wird auf Delors' Antrag beschlossen, künftig eine Kontrollkommission für die Finanzangelegenheiten zu ernennen, um den Kongreß von den bezügl. Details zu entlasten. Die Kommission ist vom Centralrat aus der Mitte der Seine-Föderation zu ernennen.

Lafargue beantragt, die jüngst in der Revue „Humanité Nouvelle“ erschienenen lehrreichen Artikel des Genossen B e r e c a u e über Millerands Ministerleistungen als Agitationsbroschüre herauszugeben. Der Antrag wird an den Centralrat verwiesen.

Brade verliest den Bericht über die internationale Aktion. Nach einem Hinweis auf die Beschlüsse des Internationalen Socialistischen Bureaus und die Beteiligung der Partei an denselben, betont der Bericht den günstigen Meinungsumschwung der Internationale in Bezug auf die Taktik der P. S. de F., nachdem im Laufe der Ereignisse die in Frankreich praktisch eingetreten, sich mehr oder minder theoretisch in allen andren Ländern offenbart hatte. Die Genossen haben überall die Notwendigkeit eingesehen, der „neuen Methode“ den Weg zu versperren. Ein weiterer Beweis dafür ist der Dresdener Parteitag. Im einzelnen zählt ferner der Bericht auf folgende internationale Solidaritäts-Rundgebungen der Partei: Die Beglückwünschung der

Deutschen Sozialdemokratie zu ihrem Wahlsieg, eine Sympathie-Adresse an die spanische Arbeiterpartei am Vorabend der Wahlen, Protest gegen die Verhaftung von Göb, die Herausgabe der Mainnummer des „Socialiste“ unter Mitwirkung der hervorragenden Vertreter der Internationale, die Journées-Stundegebungen unter Beteiligung der Vertreter der belgischen und russischen Sozialisten nebst zahlreichen Adressen der sozialistischen Parteien, endlich das Protestmeeting gegen den Faschismus gelegentlich der Meetings in Starouss und Michneff unter Beteiligung des belgischen Parteisekretärs und der Vertreter aller russischen und polnischen sozialistischen Organisationen sowie des „Allgemeinen Bundes der jüdischen Arbeiter“.

Zum Schluss hebt der Bericht hervor, daß die Entwicklung der „neuen Methode“ in Frankreich eine nützliche Lehre für alle sozialistischen Parteien des Auslandes gebildet habe: „Der Dresdener Parteitag liefert einen eloquenten Beweis dafür, daß das sozialistische Frankreich in diesem wie früher in anderen Fällen das Privilegium gehabt, gleichsam als Versuchsfeld zu dienen und, gewiß ohne es zu wollen, das internationale Proletariat über die Folgen aufzuklären, die jede Abweichung vom direkten und unverfälschten Klassenkampf nach sich zieht.“ (Lebhafte Beifall.)

Der Bericht wird ohne Debatte einstimmig genehmigt. Delory macht den Vorschlag, daß jede Nationalität auf dem Amsterdamer Kongress mit einer eignen Musikkapelle erscheine. Die Nordföderation verfuhr über eine solche.

Vaillant verweist auf die praktischen Schwierigkeiten dieses Vorschlages für manche Nationalität. Die Nordföderation möge sich lieber für sich mit dem Internationalen Sozialistischen Bureau verständigen, um ihre Musikkapelle den Amsterdamer Genossen zur Verfügung zu stellen. (Zustimmung.)

Schluß 6 Uhr.

Der Laurahütter Wahltravall vor dem Schwurgericht.

Deutschen D.-Schl. 29. September 1903.

Zweiter Verhandlungstag.

Am 9 1/2 Uhr wird die Sitzung eröffnet. An der Verteidigung beteiligt sich heute auch Justizrat Bohj als Gleitwip.

Zeuge ist der Bäcker des Hüttengasthauses Selakel: Im Hüttengasthaus sind etwa 60 Scheiben eingeschlagen worden. Die ersten Steine flogen gegen die Fenster der für „bessere Leute“ reservierten Zimmer.

Zeuge Lagerhalter Kontny berichtet über den im Konsumverein der Hütte entstandenen Schaden, der sich auf etwa 68 M. beläuft.

Zeuge Kantinenwirt Pratta bekundet nichts Wesentliches.

Zeuge Sattlergehilfe Mah, ein Feuerwehmann, hat Gohny in der Menge gesehen. Ein Mann in der Militärmütze hat dabei Steine auf die Beamten und die Wehrleute geworfen. — Vors.: Sie nehmen an, daß es Gohny war? — Mah: Ich weiß nicht genau. — Vors.: Das ist aber doch äußerst wahrscheinlich, da nur Gohny dort allein eine Militärmütze hatte? — Mah: Ja.

Gohny betont wieder, daß mehrere Personen die Militärmütze aufhätten.

Zeuge Begemeister Gräß: Ich ging etwa um 10 Uhr die Wohnstraße entlang. Ich war bald von der Menge umgeben. Gohny hat mir zugerufen: „Warum wirfst Du Donnerwetter nicht auch auf Scheiden!“ Gohny zerstörte die Laterne und rief: „Am los nach der Pfarrei!“

Zeuge Schlosserlehrling Paul Wiczorek: Ich habe gehört, wie Gohny die Menge aufforderte, die Räder anzufassen und die Spritze in den Hüttenteich zu werfen.

Zeuge Kanalarbeiter Paul Schneider belastet gleichfalls Gohny.

Zeuge Schulknabe Joseph Sollus: Ich habe Gohny auf der Spritze fahren sehen. Ich habe etwa fünf Steine auf das Hüttengasthaus geworfen, weil ich Angst hatte, von der Menge geschlagen zu werden, wenn ich mich nicht beteilige.

Zeuge zwölfjähriger Schulknabe Joseph Kubil: Ich habe gesehen, wie Gohny den Drahtzaun abgerissen hat. Der Angestellte Prozel hat mit Steinen auf die Beamten geworfen.

Zeuge ist der fünfzehnjährige Wozniya, der im Strafkammer-Prozess zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Er wird aus dem Gefängnis vorgeführt. Er belastet den Mann „mit der roten Mütze“.

Gohny muß wieder, wie fast bei jeder Zeugenvernehmung, seine Militärmütze aufsetzen. — Vors.: Hast Du den alten Korfanth nicht rufen hören: „Polen laßt Euch nicht?“ — Wozniya: Nein. Der alte Korfanth ist bereits vor der Strafkammer zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Zeugin Marie Janoska belastet den Mann „mit der roten Mütze“, er habe ihr zugerufen: „Donnerwetter, habt Ihr keine Steine?“

Vors.: Gohny, legen Sie die Mütze auf! (Zur Zeugin:) Und wenn Ihnen gesagt wird, daß dieser Mann mit der Mütze, der auf dem Rautenvorprung stand, Gohny war, dann werden Sie wissen, daß es Gohny war, der zu Ihnen sprach? — Zeugin: Ich weiß nicht.

Zeugin Drobig, Frau des Standmeisters: Der Mann mit der Militärmütze zog an der Spitze des Trupps zur Pfarrei. Da sagte mein Mann, das wäre der größte Radaumacher.

Zeuge Buchdrucker-Besitzer Hoffmann: Auf der Straße stand nahe vom Amtsvorsteher ein Mann mit der Soldatenmütze in drohender Haltung. Rührer hat derselbe Mann den Postkassabeamten Wenzel geschlagen. — Vors.: Gohny, legen Sie die Mütze auf. Der Zeuge glaubt, daß er der „Mann mit der Soldatenmütze“ war.

Zeuge Klempnergehilfe Strzelczyk wird hereingeführt. Der Staatsanwalt beantragt, den Angeklagten Grajczarek während der Vernehmung des Zeugen hinauszuführen.

Das Gericht beschließt demnach.

Der Staatsanwalt: Ich habe einen Brief des Angeklagten Grajczarek in Händen, der an den Zeugen geschrieben ist und nach meiner Ansicht eine Verleumdung zum Meineid enthält. Ich überreiche den Brief dem Gerichtshof, bitte ihn aber vor der Vernehmung des Zeugen nicht vorzulesen.

Der Vorsitzende übergibt den Brief den Verteidigern. Der Zeuge wird unter Aussetzung der Vernehmung vernommen und sagt aus: Ich war am Abend mit Grajczarek, Weide und Tauchert zusammen. Grajczarek borgte dem Zeugen den Hut und ging dann ohne Hut. Grajczarek verlor sich bei der Pfarrei. Ich ging mit Weide und Tauchert.

Als wir zurückgingen, da sahen wir den Grajczarek in der Menge, die von der Pfarrei zurückkam. Da sagte Weide: „Siehst Du, der geht auch mit der Wunde!“ Grajczarek hat mir zugegeben, daß er am Hüttenteich war und sich neben Trzaskalzyk hingelegt hat, um bei den Beamten den Anschein zu erwecken, er sei auch getroffen.

Der Staatsanwalt beantragt die Verlesung des fraglichen Briefes: „Der Brief enthält mehr, er besagt, der Zeuge wisse sonst nichts und habe nichts mehr gesehen.“

Vorsitzender: Nein, den Brief wollen wir nicht verlesen. Der Vorsitzende liest leise, laut nur die Stellen, „sonst weißt Du nichts, und hast auch nichts mehr gesehen“. Ob hier eine Verleumdung zum Meineid vorliegt — ist Sache eines späteren Verfahrens.

Grajczarek wird wieder hereingeführt. Der Vorsitzende teilt ihm die Aussage des Zeugen mit. Grajczarek sagt: Ich war nicht bei dem Hüttenteich, ich habe es zu Strzelczyk aus Spaß gesagt. Da habe ich ihm einen Brief...

Vorsitzender: Wie ist denn überhaupt der Brief in die Hände der Staatsanwaltschaft gekommen. War der Brief durch die Hände des Untersuchungsrichters gegangen?

Staatsanwalt: Nein, der Brief war durchgesteckt.

Vorsitzender: Wie haben Sie den Brief aus dem Gefängnis geschickt? — Grajczarek: Durch einen andern Genossen.

Die Beamten werden sämtlich befragt, ob sie bei der Leiche von Trzaskalzyk einen andren Mann haben liegen sehen. Sämtliche Beamte verneinen die Frage, sie erklären, sie hätten es sehen müssen, wenn es der Fall wäre. — Rechtsanwalt Schmidt: Es wurde in diesen Tagen so viel renommieret, daß man auf die Pfarrei Grajczarek gegenüber den Zeugen nichts geben kann.

Zeuge Stubenkontrollierer Pospich: Ich habe Grajczarek in einer Menge von 20 Mann in der Richtung nach der Polizei gesehen. Grajczarek rief: „Jetzt geht's auf die Polizei“. Der Zeuge wird nach event. Vorfragen gefragt und giebt äogernd zu, daß er als früherer Polizist wegen Amtsvergehens verurteilt ist.

Grajczarek bestreitet und erklärt, Pospich wäre ihm feindlich gesinnt. Der Amtsvorsteher tritt vor und sagt, er erkenne den Angeklagten, der in der Richterstraße stand, sich aber nicht hervorragend beteiligt habe.

Zeuge Oberhauer Wilhelm Wolny hat auch einen Mann gesehen, der mit erhobenen Händen und dem Rufe: „Acht auf die Polizei!“ in eine Menschenmenge zog. Er kann nicht genau sagen, ob es Grajczarek war.

Zeuge Restaurateur Emanuel Dreja glaubt auch, daß der erwähnte Mann Grajczarek war — kann es aber nicht genau sagen. Der Mann hat einen Stein in der Tasche gehabt.

Zeuge Petriks, Bureaugehilfe des Amtsvorstandes in Laurahütte, belastet Gohny.

Zeuge Kutscher Ledzcorz: Prozel habe ich abends in meinem Möbelwagen gefunden. — Vorsitzender: Prozel, wo wohnen Sie? — Prozel: Ich habe keine Wohnung, ich bin bei den Weiden, die ich zu beaufsichtigen habe.

Ledzcorz: Prozel hat mir erzählt, daß er in den Teich geworfen sei und dabei war, als Steine geworfen wurden.

Zeuge Szerinski, ein 17-jähriger Jünger, der von der Strafkammer in derselben Sache zu 9 Monaten verurteilt worden ist, wird aus der Haft vorgeführt. Er sagt aus: Die Leute liefen zur Hugo-Kolonie, als auf Feuer geblasen wurde und riefen: „Es brennt“. An dem Hüttengasthaus stand Prozel mit einem Stein in der Hand und rief: „Haut doch die verfluchten Hunde“. Er hat das Hüttengasthaus bombardiert.

Rechtsanwalt Reinhold macht auf Widersprüche zwischen der jetzigen und der früheren Aussage der Zeugen aufmerksam.

Zeuge Rangierer Wendlocha: Im Saale riefen die Leute zum Pfarrer: „Maus! In der Kirche predigen! Nicht hier!“ Weiz rief das. Dann habe ich gesehen, wie Kott aus der Menge heraus mit einem Stein der Gendarmen Bedeck traf.

Zeuge Arbeiter Söllni weiß nichts Wesentliches. Zeuge Bruno Kubicki wird aus dem Gefängnis vorgeführt. Er ist rechtskräftig in derselben Sache zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Weiz habe ich gesehen, wie er mit einem Schirm auf die Gendarmen wies und dabei geschrien hat.

Zeuge Monteur Tschika und einige weitere Zeugen, von denen ein Teil zu den Verurteilten des Prozesses vor der Strafkammer gehört, soll entlassend bekunden, daß der Angeklagte Weiz sich an der Gefangenensicherung nicht beteiligt hat. Die Zeugen sagen nichts Wesentliches aus.

Von den nächsten Auslagen ist die Bekundung des Feuerwehmanns Hajda bemerkenswert. Er erzählt von der Auflösung der Versammlung: Wir standen an der Thüre. Wie die Leute von außen wieder in den Saal hinein drängten, da wurde alarmiert. (Danach scheint auch dieser Feuerwehmann der Ansicht zu sein, daß das Drängen der Leute in den Saal nach der Auflösung der Versammlung die Ursache zum unglücklichen Feuerlärm gewesen war. Die Ansicht ist sehr bemerkenswert.)

Der Angeklagte Karnus hat mich mit einem Stein oder mit einer Fadel getroffen.

Der Zeuge Häuer Pawlik war mit dem Angeklagten Karnus und behauptet in Gegensatz zu dem vorigen Zeugen, daß Burczyl keinenwurf gethan hat. Der Zeuge behauptet, daß ein andrer Mann dabei stand, der vielleicht den Wurf gethan hat.

Nach einer erregten Gegenüberstellung der beiden Zeugen sagt Hajda: „Die Frau des Angeklagten Karnus war zweimal bei mir. Das erste Mal hat sie mich, ihren Mann nicht anzuzeigen, das zweite Mal sagte sie, ihr Mann sei verhaftet worden, ich möchte auf ihn nicht drücken“. — Vors.: Pawlik! Nehmen Sie sich in acht! Sind Sie der Mann, der da geworfen hat? Wenn Sie und etwas Unwahres ausgesagt haben, dann packen wir Sie.“

Der Zeuge Pawlik wird nicht verurteilt.

Nach weiteren Zeugenvernehmungen erklärt der Vorsitzende, daß die Zeugen nunmehr sämtlich vernommen seien. Daraufhin stellen einige Angeklagten noch mehrere Weisungsanträge, welche morgen früh erledigt werden. Dann sollen die Plaidoyers gehalten werden.

Aus Industrie und Handel.

Kohlenverkaufs-Comptoir. Die Schröpfung der kleinen und kleineren Kohlenkonsumenten durch die Kohlenmagnaten greift jetzt von den Besitzern der Zechen auch auf die Kohlen-Großhändler über! Es wird nämlich im Anschluß an die Erneuerung des Kohlenhandels die Errichtung eines Kohlenverkaufs-Comptoirs geplant, das sämtliche am Kohlenhandel beteiligte Groß-Kohlenhandlungen und Neederzeien umfassen soll. Die gleichen Bestrebungen machten sich bereits in den Monaten Dezember und Januar 1901/02 geltend. In letzter Stunde scheiterte jedoch der Plan damals an dem Widerstande einiger der größten Firmen. Das damals geplante Kohlencomptoir sollte gegründet werden unter der Firma Rheinische Kohlen-Handels-Gesellschaft m. B. h. mit dem Sitz an einem der Ruhrhäfen und mit Zweigniederlassungen in Straßburg, Mannheim und Frankfurt am Main. Es sollte bezwecken, sämtliche an dem Rheinverhand, insbesondere nach Süddeutschland, dem Mittelrhein und den Niederlanden beteiligte Kohlenhandlungen in sich aufzunehmen, den Gesamtbedarf an Steinkohlen und Coaks bei den Syndikaten zu decken und sämtliche Verkäufe zu tätigen, während den einzelnen Firmen thunlichst in dem bisherigen Rahmen die Verachtung der Kohlen- und Coaksmengen verbleiben sollte. Die Kohlen-Großhändler sollten ihre Selbstständigkeit aufgeben und nur noch als Expeditoren der Kohlen-Handels-Gesellschaft tätig sein, wobei darauf Bedacht genommen werden sollte, daß jeder Kohlenverbraucher thunlichst von seinem bisherigen Lieferanten bedient werde.

Im großen und ganzen wird die jetzt geplante Vereinigung der Kohlen-Großhändler dieselben Zwecke verfolgen. Bis heute haben Verhandlungen in dieser Angelegenheit nur zwischen den sogenannten Neederzechen und der Syndikatsleitung stattgefunden, und es verlautet, daß sich das Kohlenhandels-Comptoir an dem Unternehmen direkt beteiligen wird. Am 1. Oktober soll im Anschluß an die der Syndikats-Erneuerung dienenden Sitzungen eine nochmalige Beratung in dieser Sache zwischen den Neederzechen und dem Aufsichtsrat des Kohlenhandels in Essen stattfinden und darauf den beteiligten Firmen ein Vertragsentwurf unterbreitet werden. Kommt dieses Kartell der Großhändler und Neederzeien in Verbindung mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels-Comptoir steht zu Grunde, so sind die kleinen und kleineren Kohlenkonsumenten einfach gänzlich den privatkapitalistischen Ausbeutergelüsten einer Handvoll Großkapitalisten auf Tod und Leben ausgeliefert. Wie die Dinge liegen, ist leider alle Aussicht vorhanden, daß es dahin kommt. Andererseits aber haben bisher auch schon Abmachungen der großen Kohlenhändler über Absatzgebiet und dergleichen bestanden, teilweise auch schon in Kombination mit Abmachungen des Kohlenhandels.

Zusammenfassungen im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier. Die guten Aussichten für die Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels haben, wie hier schon öfters erwähnt wurde, den Blick der großen Kohlenzechen auf die kleineren Vergewerksbetriebe gelenkt, um sich durch deren Angliederung die Möglichkeit einer Erhöhung ihrer Produktionsziffer zu eröffnen. Mit solchen Bestrebungen hängt es zusammen, daß die Ange einer Anzahl von

kleinen Zechen in der letzten Zeit eine wesentliche Preisbesserung erfahren haben. Unter anderen sind „Allendorf Tiefbau“ und „Alte Haase“ wesentlich gesteigert worden. Im Vordergrund der Beachtung stehen aber die Zechen der Zeche „Wiesfeld Tiefbau“, die in einem Zeitraum von noch nicht zwei Wochen von 1000 M. auf 1450 M. anziehen konnten, nachdem sie i. J. mit 600 M. ihren Tiefstand erreicht hatten.

Die Gründung eines Cementsyndikates wird schon wieder einmal geplant. Zu diesem Zweck ist eine Versammlung der süd-, mittel- sowie der nordwestdeutschen Cementswerke einberufen worden. Ausgegangen ist die Einladung zu der Zusammenkunft vom Aufsichtsrat der Aktien-Gesellschaft Nordwest-Mitteldeutsches Portlandcementsyndikat, des gescheiterten früheren Cementsyndikats. Den Verhandlungen soll ein Vertragsentwurf zu Grunde gelegt werden, der von A. ten Hompel-Reddinghausen, ausgearbeitet wurde. Dieser Entwurf basiert auf dem Grundsatz, für die Festlegung der Konzentrierungsziffer nicht allein die Produktionsfähigkeit und den tatsächlichen Absatz der einzelnen Werke, sondern auch den von ihnen für ihren Absatz erzielten Preis in Betracht zu ziehen. Versuche, ein Cementsyndikat zu Stande zu bringen, sind schon so oft gemacht worden und so oft gescheitert, daß man hoffen darf, sie werden auch diesmal scheitern.

Die japanisch-russischen Handelsbeziehungen. In welchem Umfang der Handel zwischen Japan und Rußland in neuerer Zeit zugenommen hat, geht daraus hervor, daß die Zahl der die japanischen Häfen anlaufenden russischen Dampfer in den letzten 12 Jahren von 36 auf 316 gestiegen ist und daß die Tonnenzahl nahezu auf das Zwösfache, nämlich auf 466 000 Tonnen im Jahr angewachsen ist. Rußland steht demnach heute nächst Großbritannien mit 1818 und Deutschland mit 362 Schiffen an dritter Stelle unter den Nationen, deren Schiffe japanische Häfen besuchen. Ebenso hat der japanische Schiffsverkehr in russischen Häfen bedeutend zugenommen. Je zwei Dampfschiffahrts-Unternehmungen unterhalten regelmäßigen Verkehr mit Vladivostok, Port Arthur und Dalny, und zahlreiche japanische Fischereibote verkehren im Ochotskischen Meer, wogegen die russische Schifffahrt in Japan viel weniger Beschränkungen unterworfen ist, als die japanische in russischen Gewässern.

Der Wert des Handelsverkehrs zwischen Rußland und Japan ist in den letzten 10 Jahren von 1,2 Milliarden auf 9,1 Millionen Yen gestiegen, wovon sechs Siebentel auf den Handel mit Sibirien entfallen. Der Handelsverkehr zwischen Rußland und Japan erreicht damit etwa die Hälfte des Wertes desjenigen zwischen Japan und Korea. Neuerdings ist die Ausfuhr der Hauptartikel Japans nach Rußland, wie Reis, Salz, Gemüse, Früchte usw. — mit Ausnahme von Kohlen und Zigaretten — allerdings zurückgegangen.

In der russischen Ausfuhr nach Japan bilden außer Petroleum (2,8 Millionen Yen) besonders gefasene Fische und Fischquano (je 1,4 Millionen Yen) die Hauptexportartikel.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Parteigenossen von Berlin, Teltow-Beeskow, Nieder-Barnim und Potsdam-Osthavelland.

Am Sonntag, den 18. Oktober 1903, erscheint die nächste Lokalliste.

Wir ersuchen daher die Mitglieder der Lokalkommission von obigen Kreisen, die Neu-Aufnahmen und die genauen Änderungen bis spätestens Freitag, den 9. Oktober 1903, einzusenden zu wollen und zwar für:

Teltow-Beeskow an den Genossen Hermann Schlichtig in Britz, Zahnstraße 2;

Nieder-Barnim an den Genossen Otto Riede in Friedrichsfelde, Victoriastraße 4;

Potsdam-Osthavelland an den Genossen Albert Reue in Spandau, Jagowstraße 9;

Diverse Orte an den Genossen Gustav Festwock in Eberswalde, Eisenbahnstraße 67;

Berlin an den Genossen Wilhelm Ding, S. 14, Prinzenstraße 68.

Die Lokalkommissions-Mitglieder wollen die Änderungen und Neu-Aufnahmen für obige Liste umgehend mitteilen, da spätere Einsendungen keine Berücksichtigung mehr finden können.

Vielfach kommt es vor, daß Zuschriften in „Lokalangelegenheiten“ an die Redaktion oder Expedition des „Vorwärts“ gesandt werden; zur schnelleren Erledigung derselben ersuchen wir die Genossen, alle Anfragen und Zusendungen nur an den Genossen Wilhelm Ding, Berlin S. 14, Prinzenstr. 66, zu richten und nicht an den „Vorwärts“.

Die Parteiblätter der oben genannten Kreise werden um Abdruck ersucht.

Die Lokalkommission.

Die Parteigenossen von Hossen und der Umgegend werden darauf hingewiesen, daß die Urwählerlisten vom 6. bis 7. Oktober öffentlich ausliegen. Jeder Wähler hat sich zu vergewissern, daß er in die Liste eingetragen ist; wer keine Zeit hat, wende sich an die Unterzeichneten. Namentlich werden die Parteigenossen, welche in der D. V. A. beschäftigt sind, gebeten, alle ihnen bekannten Arbeiter auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen oder deren Namen und Wohnung den Unterzeichneten mitzuteilen, damit diese die Listen nachsehen. Rote, Nießstr. 10; Schwibitz, Chausseest. 38.

Friedrichshagen. Arbeiter, Parteigenossen! Die Landtags-Urwählerlisten liegen vom 1.—3. Oktober auf dem Rathaus, Friedrichstr. 87, Zimmer 18, von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags zur Einsichtnahme aus. Für diejenigen, die verhindert sind, selbst Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen, sind folgende Genossen bereit, dies zu thun: Wellmann, Friedrichstr. 98; Schode, Rahnsdorferstr. 11, und Madue, Scharnweberstr. 62.

Lokales.

Das neue Heim.

Auf der Wanderung befinden sich in diesen Tagen wieder hunderttausend Berliner, auf dem Umzug aus ihrem alten Heim in ein neues. Das sind ein paar sehr unangenehme, häßliche Tage, reich an Mühe und harter Arbeit, reich auch an Ärger und schwerem Verdruß.

„Wenn man nicht mühte,“ feuzt da mancher, „man zöge wirklich nicht um.“ Nur der Gedanke, daß man mit der zu beziehenden Wohnung besser als mit der verlassenen daran sein wird, bietet einigen Trost. Nur die Hoffnung, mit dem neuen Heim zufriedener sein zu können als mit dem alten, hilft über das Ungemach dieser Umzugszeit hinweg.

„Wenn man nicht mühte!“ Es wird dem Berliner nachgefagt, er sei wenig fehaft und ziehe öfter um, als er nötig habe. „Wer zwingt Euch denn“, so wird gefragt, „alle Jahre, ja alle halbe Jahre die Wohnung zu wechseln?“ Und zur Erklärung dieses unaufhörlichen Wanderns, das an die Lebensweise eines Nomadenvolkes erinnert, wird auf die Unbeständigkeit und Veränderungsfucht hingewiesen, an der der Großstädter krankt.

Wer die Lage der unbestimmten Bevölkerungsschichten der Großstadt kennt, der weiß, daß bei dem Wechsel der Wohnung geringere Umstände den Ausschlag geben als persönliche Wünsche und Launen. Fragt das Unternehmertum — es könnte Euch sagen, wie der Arbeiter hin und her geworfen wird, wie er rabelos mit seiner Familie aus einem Stadtteil in den andren getrieben wird, weil seine Arbeitsgelegenheit wechselt. Fragt die Hausbesitzer — sie

Könnten Euch erzählen, wie der Unbemittelte seine bisherige Wohnung aufzugeben genötigt wird, weil er infolge von Lohnveränderungen und oft auch wegen langdauernder Arbeitslosigkeit nach einer noch billigeren Wohnung suchen muß, oder auch, weil er den höheren Preis, den der steigende Wert von ihm fordert, selbst bei gleich bleibendem Lohn Einkommen nicht zu erwirtschaften vermag.

Die Fälle, in denen bloße Veränderungsflust einen Mieter zur Suche nach einem neuen Heim verleitet, sind ganz gewiß viel weniger zahlreich, als meist angenommen wird. Und selbst dieser Umzugsgrund, den die Herren Hauswirte nicht zu den berechtigten Gründen zählen wollen, hat ja doch oft eine sehr reale Unterlage. Eine gute Wohnung gibt niemand ohne weiteres auf. Es sind immer nur die schlechten Wohnungen, die so oft ihre Mieter wechseln. Auch hierüber könnten uns die Hausagrarier manches erzählen, wenn sie ihre Geschäftsgeheimnisse ausplaudern wollten. Wenn eine solche Wohnung gekündigt ist und nun die Wohnungsjücker kommen und einer nach dem andern vor diesem „Loch“ entsetzt zurückweicht, dann verspricht der Herr Wirt das Blaue vom Himmel herunter, um seine „Prachtträume“ nicht auf dem Halbe zu behalten. „Ich lasse Ihnen alles machen, die Wände, die Fußböden und auch die Decken — Sie sollen sehen, wie schön die Wohnung wird.“ Wehe aber dem Leichtgläubigen, der darauf hineinfällt und die „Prachtträume“ mietet. Ist er erst eingezogen, so erinnert sich der Herr Wirt an nichts mehr und gemacht wird gar nichts. Da hilft dann dem Inhaber des „neuen Heims“ kein Bitten und kein Mahnen, kein Schelten und kein Drohen und meist auch keine gerichtliche Klage. Es bleibt gewöhnlich nur übrig, das „Loch“ möglichst rasch wieder zu künden — „aus Veränderungsflust“, schimpft der Herr Wirt — und sich wiederum auf die Wohnungsjücker zu begeben.

Wie vielen von den hunderttausend Berlinern, die sich in diesen Tagen auf der Wanderung aus ihrem alten Heim in ein neues befinden, mag eine ähnliche Enttäuschung beschieden sein! Wie viele mögen, wenn sie die Mühe und Arbeit und allen Kummer der Umzugszeit hinter sich haben, nur zu bald zu der Erkenntnis kommen, daß sie wieder einmal mit der neubezogenen Wohnung nicht besser, sondern noch schlimmer daran sind als mit der alten, die sie aufatmend verlassen haben!

Zum Auktions-Ladenschluß. Der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden (Vorstand: Kommerzienrat Lissauer) hielt in Frankes Festhale eine zahlreich besuchte Versammlung ab, in der über die Frage des Auktions-Ladenschlusses verhandelt wurde. Der Vorsitzende teilte mit, daß die vom Bund der Handel- und Gewerbetreibenden bei seinen Mitgliedern vermittelte Umwälzung des Resultats eines Drittels für und zwei Drittel gegen den Auktions-Ladenschluß ergeben habe. Allerdings sei hierbei zu berücksichtigen, daß 75 Proz. der Gegner des Auktions-Ladenschlusses der Nahrungs- und Genussmittelbranche angehören, deren Stellungnahme zur Ladenschlußfrage an und für sich weniger geteilt sei, als die der Mode- und Luxuswaren. Von den angeschlossenen Vereinen hätten sich der Verein Berliner Eisenwarenhändler, der Verein Berliner Posamentierwarenhandwerker, Verein Berliner Seisenhändler, Verein Berliner Möbelhändler, die Gold- und Silberschmiede-Zunft für, der Verein der Berliner Musikalienhändler, Verein selbständiger Storbmacher, Verein der Glas- und Porzellanhändler, Verein der Handschuhfabrikanten, Verein Berliner Konfitürenhändler gegen den Auktions-Ladenschluß ausgesprochen. Nach der sehr erregten Debatte stellte der Vorsitzende durch Abstimmung fest, daß auch der größte Teil der Freunde des Auktions-Ladenschlusses der Beibehaltung des Auktions-Ladenschlusses in den Nahrungs- und Genussmittelbranchen günstig gestimmt ist, während die Frage innerhalb der meisten anderen Branchen noch nicht genügend geklärt scheint und daher weitere umfangreiche Umfragen innerhalb derselben erforderlich seien. Der Vorstand wurde beauftragt, die erforderlichen Schritte zu thun.

Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über die Errichtung eines „Nordparks“ auf den „Rehbergen“ von Berlin, angrenzend an Reinickendorf und den dortigen Schäfersee, hat gestern unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Kelle nach einer Besichtigung des Geländes und der anzuliegenden Ländereien beschloffen die Vorlage der Stadtverordneten-Versammlung zur unbedingten Annahme zu empfehlen. In der Annahme der Vorlage durch die Stadtverordneten-Versammlung ist nicht mehr zu zweifeln. Mit der Anlage des Parks soll dann im nächsten Jahre begonnen werden.

Das neue Märkische Museum geht seiner Vollendung entgegen, so daß man nunmehr schon an seine innere Einrichtung herantritt. Gestern hielt die Direktion eine Sitzung ab, in welcher über diese wichtige Frage Beratung gepflogen ward. Es wurde schließlich eine Subkommission, bestehend aus den Vorsitzenden der Direktion Geh. Reg.-Rat Friedel sowie den Mitgliedern Stadtverordneten K. Raar und Reimann, eingesetzt, welche in enger Fühlung mit dem Erbauer des neuen Museums am Märkischen Platz Stadtbaurat Ludwig Hoffmann ein Programm für die innere Einrichtung und die Aufstellung der einzelnen Sammlungen entwerfen soll. Dasselbe wird auch die großen Hauptstücke der Sammlungen (Steinplatten, Fajenen, Möbel etc.) umfassen, welche an den Wänden oder Decken der Museumsäle, Korridore etc. aufgestellt bzw. befestigt werden sollen. Im Anschluß an diese Beratung wurde auch der nächstjährige Etat des Märkischen Museums festgestellt; derselbe schließt mit Rücksicht darauf, daß die Erwerbungen für das vorläufig noch in den beschränkten Räumen des Markthallengebäudes verbleibende Museum auf das Notwendigste eingeschränkt werden mußte, mit einer Ausgabe von nur 18 600 M.

Zur Naturgeschichte der deutschen Juris. Im Anschluß an Betrachtungen über die verschiedene Behandlung des Angeklagten in Frankreich und bei uns teilt Justizrat Dr. Staub in der „Deutschen Juristen-Zeitung“ folgenden charakteristischen Fall aus der Praxis mit: Ein in angesehener Stellung befindlicher, bisher unbescholtener Angeklagter, dem der Staatsanwalt in seinem Schlussworte das Zeugnis aussteltete, daß er bisher einen tadellosen Aufwuchs genossen, war der versuchten Erpressung angeklagt. Dabei kam zur Sprache, ob er selbst an dem erzielten Gewinn partizipieren sollte. Dies bestritt der Angeklagte auf das Entschiedenste mit dem Hinweis darauf, daß er ja sonst auch seinen Socius Mitteilung gemacht haben würde, da er ja das Honorar mit diesem hätte teilen müssen. Bei dieser Gelegenheit warf der Staatsanwalt die Bemerkung dahin: Das Schweigen gegenüber dem Socius beweise nichts, dann hätte der Angeklagte eben den Socius vermurkelt um seinen Gewinnanteil bringen wollen. Der Angeklagte wehrte sich erregt gegen diese Bemerkung und erklärte, daß es doch zu weit gehe, wenn der Herr Staatsanwalt, ohne irgend einen tatsächlichen Anhaltspunkt zu haben, eine so schwerwiegende Verdächtigkeit gegen ihn auspredige. Der Vorsitzende aber unterbrach ihn mit den Worten, daß er, der Vorsitzende, darüber zu bestimmen habe, ob eine Aeußerung des Staatsanwalts zu weit gehe. In der „Deutschen Juristen-Zeitung“ wird hierzu bemerkt, daß es sich um einen sachlich und objektiv unbedenklichen Angeklagten handelte. Der findet es also nicht zu weitgehend, wenn der Staatsanwalt gegen einen bisher unbescholtene Angeklagten einen solchen Verdacht ohne jeden tatsächlichen Anhalt ausspricht; dagegen findet er es für zu weitgehend, wenn der Angeklagte sich dagegen in der denkbar mildesten Form wehrt. Sollte das nicht zu weit gehen? fragt Justizrat Dr. Staub.

Auch aus politischen Prozessen, in denen es sich also um Angeklagte handelte, die es an Respektabilität immerhin mit den Leuten aufnehmen konnten, die über sie zu Gericht saßen, sind bekanntlich Fälle bedenklicher Art zu verzeichnen. Das dröckliche an der vom Justizrat Dr. Staub mitgeteilten Affaire ist übrigens, daß gerade die Staatsanwälte dem Richter das Recht abstreiten, sie irgendwie

zur Ordnung zu rufen, und nach deren Ansicht die Macht, von der der Richter in dem erwähnten Fall redele, also gar nicht einmal zu Recht besteht.

Die Jury der Londoner Feuerschutz-Ausstellung versendet jetzt die Liste der Prämierten, unter denen die „Berlin Royal Police Fire Brigade“ (Berliner Feuerwehr) eine hervorragende Rolle spielt. Sie erhielt in den verschiedenen Gruppen nicht weniger als drei goldene und eine silberne Medaille, ihrem „Chief Officer“, Branddirektor Giersberg, wurden zwei goldene, eine silberne und ein Ehrendiplom zuerkannt. Zwei goldene Medaillen erhielt auch unser Stadtbaurat („City Architect of Berlin“), Herr Ludwig Hoffmann und ebenfalls für künstlerische Leistungen die silberne Medaille der Bildhauer D. Kiehl, welcher, wie erinnerlich, einen Berliner Feuerwehrmann als „Retter in der Not“ ausgestellt hatte. Goldene Medaillen erhielten ferner die Firma Siemens u. Halske, die Berliner Sauerstoff-Fabrik etc., bronzene die Berliner Schornsteinfeger-Zunft, der Geh. Oberbaurat Eggert-Berlin u. a.

Die Monatsrevision der Stadt-Hauptkasse, welche gestern im Beisein des Räumers Naack und des Stadtrats Friedel im Rathause stattfand, ergab das Vorhandensein eines Kassenbestandes von elf Millionen und ca. 600 000 Mark, teils in bar, teils in Effekten. Von dem Barbestand geht am heutigen Quartals-Ersten schon wieder das Stimmchen von rund 640 000 Mark ab, welches die Stadtgemeinde an Gehältern für ihre Beamten, Angestellten und Arbeiter zu zahlen hat. Es stimmte wieder alles auf Heller und Pfennig, so daß die Revision nichts zu erinnern fand.

Die Zahl der im Monat September im Straßenverkehr Berlins schwerverunglückten Personen ist gegen den Vormonat wieder erheblich gestiegen und zwar von 55 auf 62, die Zahl der tödlich Verletzten ist von 9 auf 15 gestiegen. Die weitaus größte Zahl von Unfällen wurde durch Lastfuhrwerke verursacht, nämlich 22, bei denen 10 tödlich verließen. Im Straßenbahnverkehr verunglückten 15 Personen, auf der Stadtbahn, durch Geschäftsfuhrwerke und Fahrräder kamen 8 Personen zu Schaden. Die Mehrzahl der im Straßenbahnbetrieb verunglückten Personen sind beim Auf- resp. Absteigen zu Schaden gekommen. Von den Verunglückten waren 39 Männer, von denen 8 den Tod fanden, 12 Frauen, von denen 1 starb, und 11 Kinder, von denen 6 ihr Leben einbüßten.

Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller bittet uns mitzuteilen, daß er am 1. Oktober seine neuen im Hause der Königl. Seehandlungs-Societät (Jägerstr. 22 parterre, an der Markgrafenstraße) gemieteten Diensträume beziehen wird. Zu diesen gehören außer den Bureauräumen noch größere Sitzungssäle, in welchen in Zukunft auch der Centralausschuß hiesiger kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine, dessen Geschäftsleitung dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller obliegt, sowie die ihm angeschlossenen Fachverbände ihre Sitzungen abhalten werden.

Einbrecher haben die Kaiser Friedrich-Gedächtniskirche im Tiergarten heimlich betreten. Als der Kirchengeldner Stöple vorgestern, Dienstagmorgen, um 9 Uhr nach der Sakristei kam, sah er, daß in einem neben dieser gelegenen Zimmer ein Schrank aufstand. Aus diesem waren eine goldene Schale, ein goldener Vöfel und mehrere Silbergeräte gestohlen worden: zwei Kelche, eine Weihelanne, eine Hostienbüchse, zwei Teller und eine Taufschale, alles Geschenke von verschiedenen Privatpersonen, nicht von der königlichen Familie. Aus der Sakristei hatten die Diebe auch noch einen Grad des Küfers mitgenommen, dagegen hatten sie zwei Tafeln von Weißtisch und ein Tafeldecken verschmäht, ebenso zwei silberne Altarleuchter, die ihnen zum Wegschaffen zu groß und nicht handlich genug gewesen sein mögen. Die Einbrecher schienen in der Kirche gut Bescheid gewußt zu haben. Sie sind wahrscheinlich vom nördlichen Thore mit einem Radschlüssel eingedrungen und haben auch die andern Thüren und den Schrank mit Radschlüsseln geöffnet. Seit Sonntagabend um 8 Uhr war von der Kirchenverwaltung niemand mehr in dem Gotteshause gewesen.

Ein nettes Pärchen. Im äußersten Osten der Stadt, in der Mühlentstraße und deren Umgebung, stehen in der letzten Zeit angereimere ältere Häuser, die spät abends nach Hause gingen, öfter auf ein Mädchen, das sich Diebstohlen nicht nur gefallen ließ, sondern auch sehr stürmisch erwiderte. Am andern Morgen aber, wenn sie ihren Rausch ausgeschlafen hatten, entdeckten sie mit Schrecken, daß ihnen die Uhr, das Portemonnaie oder sonst eine Wertsache fehlte. Die Kriminalpolizei, der sie ihr Leid klagten, ergriff nach längerer Beobachtung das liebevolle Mädchen und machte es unschuldig; mit ihm auch einen jungen Mann, der sich stets in seiner Nähe herumgedrückt hatte. Die Verhafteten sind eine unzweideutige Auguste Schmidt und deren Zuhälter, ein früherer Wäcker, Reinhold Altmann. Dieser nahm alles, was die Schmidt den Bekannten bei den Diebstohlen stahl, hinter ihrem Rücken rasch in Empfang und verstand damit. Das Pärchen gab an, daß es keine Wohnung habe, aus einem Pfandhause aber erlah man, daß es in Köpenick sich aufhalten müsse. Dort hauste es denn auch, wor aber bei der Polizei nicht angemeldet. Unerwartet kam die Kriminalpolizei den übrigen Insassen der Wohnung über den Hals, so daß sie nichts mehr beiseite schaffen konnten, und fand so noch zwei Portemonnaies und sechs Uhren mit Kette. Die Verhafteten wollen natürlich nicht wissen, wie diese Dinge dorthin gekommen sind.

Unfall oder Doppelselbstmord? Im dritten Stock des Hauses Hagelbergstr. 39 wohnte seit dem 1. Oktober 1898 der 47 Jahre alte Buchhalter Emil Mierach mit seiner Frau Eva. Sie hatten zwei Zimmer, von denen das eine als Schlafzimmer und Küche diente. Am 1. Oktober wollten sie nach der Belle-Alliancestraße ziehen, nachdem sie selbst gekündigt hatten, ohne einen Grund anzugeben. Gestern morgen um 6 Uhr 30 Min. wurde Frau Mierach zum letztenmal gesehen, als sie dem Wäckerjungen das Frühstück abnahm, ihr Mann, der seit mehreren Tagen nicht ins Geschäft gekommen war, vorgestern abend. Im Laufe des gestrigen Tages kam mehrmals die Reinemachefrau, ging aber immer wieder weg, da sie auf ihr Anstoßen keine Antwort erhielt. Als heute morgen die Diebe mit dem Möbelwagen kamen und auch keinen Einlaß erhielten, holte der Hausverwalter die Polizei, die die Wohnung von einem Schloffer öffnen ließ. Man fand die Insassen tot in ihrem Bette liegen. Der Schloffer eines Gaslochers, der auf der Maschine stand, war heruntergefallen oder genommen, im Zimmer roch es stark nach Gas. Die Leichen wurden nach dem Schauhause gebracht, nachdem ein Arzt den Tod durch Gasvergiftung festgestellt hatte. Ob die Leute freiwillig in den Tod gegangen oder verunglückt sind, ließ sich noch nicht feststellen.

Eine Kupplerin. Vor etwa vier Wochen ging dem deutschen Nationalkomitee zur Bekämpfung des Mädchenhandels aus London die Mitteilung zu, daß sich dort eine Frauensperson aufhalte, welche sich Weiners und Helene Schmitt nennt und verdächtig ist, Mädchenhandel zu betreiben. Sie sei jetzt wahrscheinlich nach Deutschland gereist, um hier „Bate“ zu suchen. Das Nationalkomitee machte von dem Schreiben der hiesigen Kriminalpolizei Mitteilung. Es stellte sich heraus, daß die Weiners eine wegen Anspieles städtisch verurteilte Person sei. Die aus dem Rheinland Stammende scheint verdächtig, Mädchen im Alter von 12 bis 14 Jahren verschleppt zu haben. Die Ueberwachung der holländischen Grenze hatte den Erfolg, daß die Weiners beim Betreten des deutschen Gebietes verhaftet werden konnte. Sie wurde in das Moabiter Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

In der Grabowischen Nordstraße ist ermittelt worden, daß in der Nacht zum Freitag, also vom 24. zum 25., ungefähr in der Zeit gegen 12^{1/2}, bzw. 1 Uhr, ein Herr und eine Dame, welche beide schwarz gekleidet waren, in der Thürschwelle des Hauses Nördstraße 6c, in welchem der Mord begangen wurde, gestanden haben. Während dieser Zeit wurde von einem Zeugen ein Schrei gehört, welcher anscheinend aus dem Nordhause herührte. Jener Herr und die Dame sind aus der Thürschwelle heraustritten und haben

nach den Fenstern des Hauses hinaufgesehen und sind dann wieder in die Thürschwelle zurückgetreten. Im Interesse der Untersuchung wäre dringend erwünscht, daß die hier erwähnten Personen sich bei der Kriminalpolizei melden.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania wird am Sonntag der neue Vortrag „In den Seen Oberitaliens“ von Herrn Franz Goetze zum erstenmal gehalten werden. Der Vortrag bringt außer einer Reihe farbiger Lichtbilder eine Anzahl Panoramen vom Garbafsee, vom Luganersee, vom Lago Maggiore und vom Lago di Como. — Im Vorjahr begannen die wissenschaftlichen Vorträge am 5. Oktober, und zwar: Wissenschaft und Praxis des Fernschreibers und Fernsprecher, fünf Experimentalvorträge von Dr. Donath, Dienstag, abends 8 Uhr. Ausgewählte Kapitel der Elektrotechnik, 10 Experimentalvorträge von Dr. Donath, nachmittags 6 Uhr. Anorganische Experimentalchemie, 10 Experimentalvorträge von Dr. Röh, Freitag, abends 8 Uhr. Die Pflanze im Kampf ums Dasein, sechs Bildervorträge von Prof. Dr. Müller, Sonnabends, abends 8 Uhr. — Im Vorjahr der Urania, Invalidenstraße, hält Dr. Rittenpart zwei Kurse über Kosmologie: „Das Sonnensystem“, Beginn 6. Oktober, und „Die Fixsternwelt“, Beginn 3. November. Prospekte sind durch die Urania kostenlos zu beziehen.

Aus den Nachbarorten.

In Bernau wollen sich die Arbeiter in diesem Jahre an den Stadtverordnetenwahlen beteiligen. Im Lokale von Rüdert fand eine Kommunalwähler-Versammlung statt, in der unser Parteigenosse Helbig über die Frage, ob die Arbeiter am Orte ihre eigenen Vertreter in das Stadtparlament zu wählen haben, einen Vortrag hielt. Der Redner beleuchtete die kommunalen Verhältnisse und tadelte besonders, daß die Stadtverwaltung sich der industriellen Entwicklung des Ortes hemmend entgegenstellt, so daß Hunderte von Ortsangehörigen gezwungen sind, sich in Berlin ihr Brot zu suchen. Ferner rügte er, daß bei 100 Wehlungen am Orte keine Fortbildungsschule besteht, ebenso kritisierte er die Wohnungsverhältnisse und die Verhältnisse im Krankenhause. Die Versammlung beschloß, die Parteigenossen Karl Helbig, Hermann Schibolski und Otto Lohamerzki als Kandidaten für die Stadtverordnetenwahlen aufzustellen. Hoffentlich gelingt es den Parteigenossen in Bernau, durch eine fleißige Agitation Erfolge zu erzielen.

Johannisthal. Der Einspruch der Gemeindevertretung gegen die Aufhebung des Bahnüberganges über die Gdrißer Bahn bei Bude 5 ist als aussichtslos zu betrachten. Der Eisenbahndirektor stützt sich darauf, daß im Jahre 1898 innerhalb der Einspruchsfrist von der damaligen Vertretung kein rechtsgültiger Einspruch erhoben worden und der Einspruch des damaligen Amtsvorstehers v. Lppen ebenfalls als nicht rechtsverbindlich zu betrachten ist. — Die Ausschüttungsarbeiten für den an der fraglichen Stelle geplanten Rangier- und Güterbahnhof sind dem auch ohne Unterbrechung fortgeführt worden. Ob die geplante Entschädigungslage der Johannisthaler Interessenten Erfolg haben wird, ist nach Lage der Sache zweifelhaft.

Gerichts-Zeitung.

Der Feldzug gegen das Präservat wird jetzt auch auf das Gebiet der Rößschlächtere übertragen. Gestern hatten sich der bekannte Rößschlächter Julius Krauz und dessen Geselle Gustav Heller wegen vorläufiger Nahrungsmittel-Verfälschung, welche die menschliche Gesundheit zu schädigen geeignet war, vor der achten Strafkammer zu verantworten. Am 27. Januar cr. wurde von einem Polizeiwachmeister in dem Krauzschen Geschäftslokale eine Probe gehacktes Pferdefleisch entnommen, welches durch seine Härte auffiel. Die Untersuchung ergab, daß das Fleisch eine auffallend große Menge Präservat enthielt. Der Geselle hatte das Salz auf Anordnung des Meisters hinzugegeben. — Mit Rücksicht auf die Thatsache, daß belanlich der Zufuhr von Präservat jetzt gesetzlich verboten ist, hier eine ungewöhnlich große Menge verwendet worden ist und nach dem Gutachten des Gerichtsarztes Dr. Störmer ein so zubereitetes Fleisch als gesundheitsschädlich zu erachten ist, beantragte der Staatsanwalt gegen die Angeklagten je 1 Woche Gefängnis. — Rechtsanwält Dr. Schwandt betonte dagegen, daß die Angeklagten die objektiv unbestreitbare Gesundheitsschädlichkeit des Präservats nicht gekannt haben. Zu der Rößschlächterei sei die Verwendung von Präservat nicht nur wie sonst zur Herbeiführung eines schöneren Aussehens des Fleisches gebräuchlich, sondern wegen des Umfandes, daß gehacktes Pferdefleisch schon nach etwa einer Stunde bei mäßig hoher Temperatur sauer wird, fast geboten. Polizeiliche Revisionen wegen Präservat hätten bei Rößschlächtereien bis dahin noch niemals stattgefunden, die vorliegende sei die erste dieser Art gewesen. Jedenfalls liege gar kein Grund vor, die Angeklagten ins Gefängnis zu schicken. — Der Gerichtshof verurteilte Krauz zu 50 M., Heller zu 30 M. Geldstrafe.

Der Schutzleute waren zur Ueberwachung eines Angeklagten beordert, gegen den gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Es betraf den Handelsmann Max Fahlbusch, ein Mann, der herzuliche Körperkräfte besitzen soll und in dem Rufe steht, einer der gewaltthätigsten Menschen Berlins zu sein. Seine vielen Vorstrafen sprechen dafür. Im Februar dieses Jahres wurde Fahlbusch wegen einer groben Ausschreitung zur Haft gebracht. Er spielte mit solchem Geschick den „wilden Mann“, daß er zur Beobachtung seines Geisteszustandes der Charité überwiesen werden mußte. Kurze Zeit darauf brach er aus und erst im Mai gelang es, seiner wieder habhaft zu werden. Er ist keineswegs geistig gestört. Im gestrigen Termine mußten zwei Schutzleute zur Rechten und zur Linken von ihm im Anlagerraum Platz nehmen. Fahlbusch war der Anspieles und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt beschuldigt, die Verurteilung des Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis. Er betrahtete sich während der ganzen Sitzung so, daß ein Einschreiten seitens der Beamten nicht nötig war.

Vermischtes.

Aus Bogen wird gemeldet: Der Professor Rogellino aus Vercano ist in dem Zug der Gebirge abgestürzt und blieb tot.

Sittlichkeitsrettung in Sachsen. Am 5. Oktober wird vor der Strafkammer in Leipzig ein Prozeß wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften gegen den Schriftsteller Adolph Brand in Charlottenburg, den Herausgeber der „Sittlichkeits-Zeitung“, verhandelt werden. Brand ist beschuldigt, in mehreren Heften der „Sittlichkeits-Zeitung“ die homoeruelle Keigung zwischen Personen männlichen Geschlechts verherrlicht zu haben. Inkriminiert sind Erzählungen, Artikel und Gedichte, darunter „Die Freundschaft“ von Schiller und Zeichnungen von Fidus. Brand wird vom Rechtsanwält Victor Krauß verteidigt.

Daß das Handwerk trotz aller Bedrängnis immer noch seine schönen Freuden hat, lehrt der folgende liebliche Fall. Der mittlere Gauverband des Handwerksammer-Bezirks hielt vor einigen Tagen eine Versammlung ab, in welcher bei einem Referat über die Aufgaben der Beauftragten der Handwerksammern unter großer Heiterkeit der Anwesenden konstatiert wurde, daß kürzlich den Beauftragten des Oberamts Ebingen bei der Revision eines Gewerbebetriebes, als er nach der Schlafstelle des 16jährigen Lehrlings fragte, mitgeteilt wurde, „er habe mit der Meisterin, einer 33 Jahren alten Witwe, das Bett zu teilen!“

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminianen...

Steglich. In einer am Montagabend nach dem „Cambrinus“ einberufenen öffentlichen Versammlung für Frauen und Mädchen sprach Genosse Partels...

Versammlungen.

Die gesellige Vereinerung des Koff- und Logiswesens in den Bädereien. Mit dieser Forderung beschäftigt sich eine öffentliche Bäderversammlung...

starke Organisation in Stande ist, für bessere Zustände zu sorgen und den Bädereffekten ein besseres und schöneres Leben möglich zu machen.

Centralverband der Maurer. In Nr. 227 des „Vorwärts“ heißt es in dem Bericht über unsere Versammlung vom 25. September...

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer hielt am 23. September eine Versammlung ab. Der Vorsitz hatte den Bericht vom 6. Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften...

Mühlenbed. In der öffentlichen Versammlung am 27. September er. nahmen die Parteigenossen Stellung zu den Landtags- und a. h. e. n. Kiebel-Verein hielt den einleitenden Vortrag unter lebhaftem Beifall der Versammlung...

Eingegangene Druckschriften.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Administration: Berlin SW. 19) Briefstr. 2 haben soeben das Oktoberheft ihres 9. Jahrganges...

Richard Hge. Zur Wahlrechtsbewegung in Sachsen. Preis 20 Pf. Verlag der Leipziger Buchdruckerei U. G.

M. Brinmann. Praktische Winke für die deutsche Zimmererbewegung. 188 Seiten. Hamburg 1903. Expedition des „Vorwärts“...

Briefkasten der Redaktion.

Tangermann. 1., 2., 4. Rein. 3. 800 M. - J. W. Templinerstraße. Die Frage muß Ihre Frau zahlen, sonst tritt Haft an deren Stelle...

Marktpreise von Berlin am 29. September 1903

Table with 4 columns: Commodity, Price 1, Price 2, Price 3. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc.

Witterungsübersicht vom 30. September 1903, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Station, Barometer, Windrichtung, Windstärke. Lists stations like Eutin, Hamburg, Berlin, etc.

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 1. Oktober 1903. Vielwolke neblig, sonst ziemlich heiter und sehr mild bei schwachen südwestlichen Winden...

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Donnerstagabend 8 Uhr: Der Fleck auf der Ehr'.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater). Donnerstagabend 8 Uhr: Der Bibliothekar.

Residenz-Theater. Direktorin S. Lauffenberg. Anfang 7 1/2 Uhr. Das beste Mittel.

Cirkus Schumann. Heute, Donnerstag, den 1. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Elite-Abend. Der Löwe des Tages, Herr Julius Seeth mit 25 männlichen dress. Löwen.

Deutsch-Amerikanisches Theater. (fr. Santos Theater). Adm. Dir. 67/68. Jeden Abend Anf. 8 Uhr. Ueber'n großen Teich.

Theater. Donnerstag, den 1. Oktober. Anfang 7 1/2 Uhr: Cypernhaus. Sibella. Zu Beginn: Duverliere Leonore (Str. 3).

Urania. Taubenstrasse 48/49. Nachmittags 4 Uhr zu kleinen Preisen: Von der Zugspitze zum Watzmann.

Luisen-Theater. Zum erstenmal: Krieg im Frieden. Anfang 8 Uhr.

Cirkus Busch. Donnerstag, den 1. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: „Berliner Winterfreunde“. Humoristisches Manège-Schauspiel des Cirkus Busch.

Metropol-Theater. Der grösste Erfolg dieser Saison! Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender.

Schiller O. (Wallner-Theater). Der Fleck auf der Ehr'. Schiller N. (Friedrich-Wilhelmsstädt.) Der Bibliothekar.

Sternwarte. Invalidenstrasse 57/62. Castrano Panopticon. Friedrichstr. 165. Lebend!!

Passage-Theater. Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang 8 Uhr: Das Moto-Mädchen.

Trianon-Theater. Georgenstrasse, zwischen Friedrich- und Unlerlitzstrasse. Die Nothbrücke.

Neues Theater. Schiffbauerdamm 4a-5. Eine Frau ohne Bedeutung.

Winter-Garten. Spezialitäten. Metropol. Neuestes! Allerneuestes! Vossage-Theater. Spezialitäten.

Apollo-Theater. Zum 148. Male: Die Liebes-Insel mit dem grandiosen Post-Ballett.

W. Noacks Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Extra-Elite-Vorstellung.

Kleines Theater. Unter den Linden 44. Nachtasyl. Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater. früher Feen-Palast. Burgstr. 22. 25 Jubiläums-Vorstellung.

Casino-Theater. Rottfingerringstr. 37. Das vollst. neue Oktober-Programm.

Apollo-Theater. Zum 148. Male: Die Liebes-Insel mit dem grandiosen Post-Ballett.

W. Noacks Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Extra-Elite-Vorstellung.

Kleines Theater. Unter den Linden 44. Nachtasyl. Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater. früher Feen-Palast. Burgstr. 22. 25 Jubiläums-Vorstellung.

Casino-Theater. Rottfingerringstr. 37. Das vollst. neue Oktober-Programm.

Apollo-Theater. Zum 148. Male: Die Liebes-Insel mit dem grandiosen Post-Ballett.

W. Noacks Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Extra-Elite-Vorstellung.

Kleines Theater. Unter den Linden 44. Nachtasyl. Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater. früher Feen-Palast. Burgstr. 22. 25 Jubiläums-Vorstellung.

Casino-Theater. Rottfingerringstr. 37. Das vollst. neue Oktober-Programm.

Apollo-Theater. Zum 148. Male: Die Liebes-Insel mit dem grandiosen Post-Ballett.

W. Noacks Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Extra-Elite-Vorstellung.

Kleines Theater. Unter den Linden 44. Nachtasyl. Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater. früher Feen-Palast. Burgstr. 22. 25 Jubiläums-Vorstellung.

Casino-Theater. Rottfingerringstr. 37. Das vollst. neue Oktober-Programm.

Apollo-Theater. Zum 148. Male: Die Liebes-Insel mit dem grandiosen Post-Ballett.

W. Noacks Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Extra-Elite-Vorstellung.

Kleines Theater. Unter den Linden 44. Nachtasyl. Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater. früher Feen-Palast. Burgstr. 22. 25 Jubiläums-Vorstellung.

Casino-Theater. Rottfingerringstr. 37. Das vollst. neue Oktober-Programm.

Apollo-Theater. Zum 148. Male: Die Liebes-Insel mit dem grandiosen Post-Ballett.

W. Noacks Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Extra-Elite-Vorstellung.

Kleines Theater. Unter den Linden 44. Nachtasyl. Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater. früher Feen-Palast. Burgstr. 22. 25 Jubiläums-Vorstellung.

Casino-Theater. Rottfingerringstr. 37. Das vollst. neue Oktober-Programm.

Apollo-Theater. Zum 148. Male: Die Liebes-Insel mit dem grandiosen Post-Ballett.

W. Noacks Theater. Direktion: Robert Dill. Brunnenstrasse 16. Extra-Elite-Vorstellung.

Kleines Theater. Unter den Linden 44. Nachtasyl. Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater. früher Feen-Palast. Burgstr. 22. 25 Jubiläums-Vorstellung.

Diese Woche!
Sonder-Verkauf
 einer
Partie handgeknüpfter
Smyrna
 und echt **Perser**
Teppiche
 Teppich-Specialhaus
Emil Lefèvre
 Berlin Oraniensstr. 158.
 Selten günstige Kaufgelegenheit.

Das grosse Licht!
 D. R. P. 145181 u. 118322
Kellste und billigste Beleuchtung.
 ca. 40% billiger als gewöhnliches Gasglühlicht.
 Schöner als elektrisches Licht!
 Kann an jeder Krone angebracht werden.
 Kein Rauschen der Kronen.
 Kein Cylinder. 27/3*

Gesellschaft für Hängendes Gasglühlicht
 m. b. H.
 Berlin W. 57, Potsdamerstrasse 92.
 Amt VI. 4704. Telegramme: Invertgas.

Costümröcke
 prima Verarbeitung, tadelloser Sitz, vorzüglicher Schnitt, in allen Längen und Weiten vorrätig, schwarz und farbig, in den modernsten glatten u. Fantasiestoffen 3,75, 5, 7, 10, 15 Mk. in Seidendamast 20 u. 25 Mk.
 Amerikan. fussfreie Strassenröcke jetzt 5,75, 9, 10 Mk.
 Gummimäntel, Reiseumäntel, Regenmäntel 10, 12, 15 Mk.
 Neuheiten i. Herbstblusen 3, 5, 7, 50 Mk.
 Einsegnungskleider in schwarz und weiss 15, 18 u. 20 Mk.
 Trauerkleider in einfacher und eleganter Ausführung, auch nach Maass in 24 St. 18, 20, 25 Mk.
 Elegant garnierte Kleider in Zibeline, Satintuch und in den neuesten Fantasiestoffen 20, 25, 30 Mk.
 Herbst-Paletots, Winter-Paletots in den neuesten Modellen und Stoffen in vollendetester Ausführung, in jeder Preisliste, Jacken u. Blusen-Costime in neuesten Stoffen u. kleidsamen, neuen Modellen 15, 20 Mk.
 Fussfreies amerik. Jackenkleid, letzte Neuheit 20, 25 Mk.

Sielmann & Rosenberg
 Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.
Maassanfertigung.

Leiden Sie an Raummangel? 2788L*

Dann fordern Sie sich gratis und franco Preisliste I über **Jaekel's** berühmte, mühelos zusammenlegbare „Schlaffe patent“-Möbel in allen Formen. Unentbehrlich in Familien, Hotels, Pensionaten usw.

R. Jaekel's Patent-Möbel-Fabriken
 Berlin, Markgrafenstr. 20, Ecke Kochstrasse.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik
A. Schulz, Reichenberger Strasse 5
 empfiehlt Einrichtungen in Nussbaum und Mahagoni von 240 bis 5000 Mark zu äusserst billigen Preisen.
 Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. 2789C*

Mühlhäuser Kautabak
 von **Hugo Carl Hugenbruch**, Mühlhausen i. Th. nur echt, wenn die Röhchen den beigedruckten Zettel enthalten, worauf gefälligst genau zu achten bitten.
 Vertreter für Berlin und Umgegend:
August Kleinert
 Berlin SW., Grobbeerstrasse 39.

Berliner Ressource
 Kommandantenstr. 57.
 Hochelegante Festfale für 500 bis 1000 Personen, empfiehlt zu konstanten Bedingungen 2519C*

Adolf Stein.
 Sonnabende und Sonntage noch frei.

Mode-Salon
 für 2766C*
Herren- u. Damen-
 Garderobe, elegante Ausföhrung, tadelloser Sitz, geringe Teilzahlung.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47, II
 direkt am Alexanderpl.

Kleine Anzeigen.
 Jedes **5 Pfennig.**
 Wort: **5** Nur das erste Wort fett. Wörter mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.
 Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Schankgeschäft zu verkaufen Weihenburgerstr. 49. 472*

Parrellokal ist sofort zu verkaufen. Näheres Mercier, Rixdorf, Berlinerstr. 47. 135*

Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*

Gochbornsche Herrenanzüge, Winterpaletots, feinsten Rohstoffen herrührend. 20-35, Herrenhosen 8-11 Mark. Deutsches Verlanbauhaus, Jägerstr. 63, 1. Trepp. 2094B*

Achtung! Handwerker, Arbeitern empfehle noch zu alten billigen Preisen trotz enormer Volksteigerung meine Kammergarn-Sweater, plattierter Kammergarn 3,25 und 3,50, reimmollener Kammergarn 4,50 und 5,00, doppelstarke reimmollener Kammergarn 5,80 bis 6,20. Theodor Feide, 1. Geschäft Dramenstr. 174, 2. Geschäft Dramenstr. 198. 1852B*

Anzugreihe 8,00, Damenreife 3,00, Resterhandlung Wittenbergerstr. 9. 1852B*

Stegdecken, Gelegenheits, imirierte Seide, halt 8 Mark, jetzt durchwegs 3,75 verkauft Julius Reumann, Bellevuestr. 105. 1857A*

Stegdecken, pottbillig, Fabrik Weinstr. 20. 498*

Teppiche! (hebehafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Weim, Godescher Markt 4, Bahnhof Börse. 922*

Teppiche, Vorleger, Wanddecken, pottbillig Leibhaus, Reanderstr. 6. 2617*

Gardinen, Stores, Vorhänger, pottbillig Leibhaus, Reanderstr. 6. 2617*

Stegdecken, Tischdecken, Wäsche, pottbillig Leibhaus, Reanderstr. 6. 2617*

Betten, Wäsche, pottbillig Leibhaus, Reanderstr. 6. 2617*

Regulatoren, Remontiermaschinen, Uhrketten, pottbillig Leibhaus, Reanderstr. 6. 2617*

Spiegel, Bilder, Möbel, pottbillig Leibhaus, Reanderstr. 6. 2617*

Möbelverkauf, passende Gelegenheiten für Brautleute Die Möbel-fabrik Schützenstr. 2, Ude Friedrichstr. 10, liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante Einrichtungen bis zu 10000 Mark und darüber. Teilzahlung bei geringen Anzahlungen gestattet. Beamten ohne Anzahlung, Einnahme billig und empfehlenswert sind die kurze Zeit verbleiben gewesenen Möbel, zumal dieselben wie neu sind, um damit zu räumen. Niederpinz 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Kucheltische, Verkliss 36, Salongarnitur, Tischgarnituren 105, Kucheltische stellen mit Matratze 40, geschmückte Buffet, Büchertische, Paneelsofas mit Sattelstühlen 85, Schreibisch 40, Englische Schlafzimmern, Speisezimmer in Eichen, auch Nussbaum, Salons, Almahagor, auch Jugendstil, sehr billig. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert, auch nach außerhalb. Rusterbuch gratis. Bitte genau auf Hausnummer zu achten. 1852B*

Teppiche mit Farbenföhrern Fabrik-niederlage Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*

Möbelverkauf. In meiner Möbel-fabrik, Guelienstr. 15, am Falken Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, verbleiben gewesene und neue Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Durch große Gelegenheitsfälle zu billigen Preisen liefern ich gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante von 500 bis 10000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verbleiben gewesener und zurückgelassener Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Niederpinz 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Kucheltische, Verkliss 36, Salongarnitur, Tischgarnituren 105, Kucheltische stellen mit Matratze 40, geschmückte Buffet, Büchertische, Paneelsofas mit Sattelstühlen 85, Schreibisch 40, Englische Schlafzimmern, Speisezimmer in Eichen, auch Nussbaum, Salons, Almahagor, auch Jugendstil, sehr billig. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert. Rusterbuch gratis. Bitte genau auf Hausnummer zu achten. 1852B*

Milchgeschäfts-Einrichtungen. Kübel, Kannen, Mäse, Milchschabe, Mischgeschälten, Buttermaschinen usw. billigst Jordan, Kleine Markstr. 28, I. 1857A*

Gasföhrerhaus! Einlochnachlöcher 1,00, Treppelochgaslöcher 3,00, Treppelochgaslöcher, Gasdrösten 7,00, Gasbrennapparate, Gasplättchen, Gasbeleuchtung, pottbillig! Petroleumlampen - Umänderungen. Bohlerstr. 10, Wollweberstr. 12. 1806B*

Hocheine Herrenanzüge und Paletots aus besten Rohstoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1842A*

Gänse, frisch geschlachtet, verkaufe jetzt nicht mehr Central-Viehhol, sondern gegenüber Eidenauerstr. 14, Laden, Hallestr. der Strahndamm 60, Einzelverkauf von Rumpfen, Gänsefleisch, Lebern - Bettfedern. Paul Holt. 28-29

Stegdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 737*

Elektrische Klingel sowie Telefonanlagen, auch Reparaturen billigst Bitte Postkarte. Schulte, Mechaniker, Ritterstr. 14. 2147B

Fahrräder, auch reparaturfähig, laufe sofort. Preise, Landsberger Allee 50. Neueste Preisangebote schriftlich erbeten. 453

Betten, vorzügliche, 13,00. Lange-str. 53, IV. 2158B

Kinderwagen verkauft Parföhr, Reanderstr. 6, Hof II. 4111

Sofas, Watragen pottbillig. Tapezierer, Auguststr. 28. 552

Schankgeschäft verkauft Völler, Wollweberstr. 22 I. 2143B

Strickmaschinen, auch Teilzahlungen. Brederer, Engel-Wer 20.

Fahrräder, verkaufe! Kleinauswahl sämtlicher Rädermarken. Achtung, während Wintermonate außerordentlich billige Gelegenheiten. Spezialität: Nur Qualitätsräder! Brennradräder, Wandereräder, Germaniaräder, Adlerfahrräder, Dixtopfäder, Prestofahrräder! Damenfahrräder, Nickelfahrräder, Strohreifenräder, Transporträder, augenblicklich aufgerüstet billig. Leibhaus, Neue Schönhauserstr. 11. 97/13

Wingschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Wöge 1,00, gebrauchte 12,00. Köpferstr. 60/61, Brenzlauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 498*

Fahrräder, Teilzahlungen, 125 Mark, Anpaldenstr. 148, Eilfelderstr. 40. 1856B*

Wegen Todesfalls verkaufe sofort mein gangbares Schankgeschäft, Schönebergerstr. 19. 2145B

Betten, umständehalber 15,00. Michel, Dresdenerstr. 38. 2150B

Nähmaschinen! Wingschiff, Adler, Central-Bobbin, Orion, Lambornier, Wheeler u. Wilson, Elastic, Säulen, u. a. m. Prima Qualität, solide und elegante Ausstattung. Preise billig, bei Anzahlung konstante Bedingungen. Drei Jahre verleihe Garantie. G. Sellmann, Gollnowstr. 26, nahe der Landsbergerstr. Alle Nähmaschinen nehme in Zahlung. 1725A*

Möbelverkäufer, Brautleuten empfehle meine Möbelstücke für gediegene Wohnungs-Einrichtungen, verleihe Arbeit, bekannt billig, weitgehend Garantie. Darnat, Tischlermeister, Dresdenerstr. 124. 1801A*

Wasserräder, blühend, für Putzwerke, Strickwerke, Schneemaschine, Gesichtsmaschine, bessere Geschäfte, übernehmend, 14 Maschinen 3 Mark, 1/2, Kanne 3,50 erhalte. Nicht Holzgerüst, Qualität entscheidet. Bortner-Kellerer Ringler, Bernauerstr. 119. 97/14*

Vermietungen.

Zimmer.
 Möbliertes Parzimmer, bessere Schlafstelle Eilfelderstr. 1, Schön. 2145B

Schlafstellen.
 Schlafstelle Aufwöhrerstr. 7, Seitenflügel, Bismarckstr. 28-9.
 Herr findet anständige Schlafstelle Aufwöhrerstr. 7, Seitenflügel II links. 410
 Möblierte Schlafstelle vermietet Köpferstr. 5, Gartenhaus II. 2157B
 Schlafstelle, separat, 6 Mark, Balladenstr. 17, Schulerstr. 156
 Anständige Schlafstelle für Herren oder Mädchen bei Frau Sogane Wittenwalderstr. 18, Quergebäude parterre. 2100B

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.
 Formerlehrer verlangt Eisen-gleiser - Affen - Gesellschaft / Ackerstr. 129. 2121B*
 Gehalt wird vorabbestimmt, im Prägen, Glanz und Weisen von Aluminium und Messing erhöht. Lichtausstattung - Globus, Ritterstr. 21. 2141B
 Tischmeister, Rahmenmacher, 65 Stundenlohn, verlangt Wallstr. 24. 2141B

Verschiedenes.

Patentanwalt Dammann, Rortz-platz 57. 1844B*

Rechtsbureau! (Alexanderplatz) Kurzstr. 14, Gerichte, Verträge, Eingabengeld, Katerstellung.
 Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterladen 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtendegerstr. 9, Landsbergerstr. 21. 2115B

Handleiche G. Kron, Köpferstr. 53a. 20/17*

Fahrradgesch. auch besetzt, Kap-lott, Schönhauser Allee 163a. 93/19*

Goldschm. Bruchgold, Silber, Platin, Jahrgedöhte, Kunstschneider, Beunnenstr. 137, Eingang Bernauerstr. 6, Goldschm. 2060B*

Bereinszimmer, 40 Personen, Pianino, zu vergeben Kommandantenstr. 65, Ladewig. 1894B*

Rechtsbureau, Gerichte, Klagen, Schwachen, Eingabengeld, Katerstellung, Pösch, Brunnenstr. 97. 1903B

Auskunfte, Eingabengeld, Klagen, Interventionen, Recht am Rand. Simonstr. 24, III. 1903B

Winterunterricht, schnell fordernd, Reiterstr. 14, II links. 2144B

Verlobungs-Anzeige. Die Verlobung unserer Tochter Anna mit Herrn Carl Wöller zeigen hiermit allen Freunden und Bekannten ergebenst an. Wilhelm Feige und Frau Berlin, im September 1903. 499

Vindemann, Musikunterricht, Brandenburgerstr. 6. 2156B

Handleiche Lieberstr. 7. 448*

Großes Zimmer mit Klavier, passend für Vereine und Versammlungen, empfiehlt D. Eibrodus, Alexanderstr. 8. 755

Arbeitsnachweis
 der Goldschmiede.
 Engel-Wer 15.
 Nach Trier: Ein Goldarbeiter auf Reparaturen, Reparatur, der auch gravieren und lassen kann. Gehalt monatlich 50 Mark, freie Kost und Logis. 122/10
 Nach Kade: Ein Gerolder Arbeiter, Wochenlohn 20-24 Mark.
 Für Berlin: Ein Juwelenarbeiter, Gehalt 40 Mark per Woche; ein junges Mädchen, 14-16 Jahre, für galvanisches Institut; ferner tüchtige Goldarbeiter auf Reparaturen und kleine Reparatur.

Achtung! Achtung!
Musikinstrumenten-Arbeiter!
 Die Pianofabrik von Nieber & Co., Alexanderstr. 22 und Wallner-Theaterstr. 26/27, ist wegen Differenzen für 15 Minuten geschlossen. 142/2*

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Achtung! Holzarbeiter!
 Im Vangeführt
A. Sonnenburg, Holzeimer Ufer 2, haben sämtliche Bauhilfen wegen Lohnhöherungen die Arbeit niedergelegt; desgleichen die Kollegen der Bauhilfenerei von
Moll, Edelestr. 2 und 7.
 Bezug fernhalten. 87/16*
Die Ortsverwaltung.

Cementarbeiter.
 Ein in der Herstellung von Cementarbeiten durchaus erfahrener junger Arbeiter, welcher die Leitung einer neuerrichteten Steinbrunn-Fabrik selbständig leiten kann, wird als
Verfmeister
 bei hohem Gehalt nach Holland zu engagieren gesucht. Reise wird vergütet. Angebote unter D. 8 an die Expedition dieses Blattes. 2159B

Lehrling 55/1
 verl. Fachmeister Glühler, Konals-tr. 16, ist ab. wät. geg. monatl. Vergüt. Näh. Ang. über Veru wird gem.

Arbeiter-Sekretariat Leipzig.
 Den Bewerbern um die Arbeiter-Sekretär-Stellen zur Nachricht, daß dieselben besetzt sind.
 Leipzig, 24. September 1903.
 Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.

Dienstmädchen,
 und zwar Köchinnen, Haus- oder Stubenmädchen, Kindermädchen, Mädchen für alles, sowie Re-konrationspersonal jeder Art finden am schnellsten und zu den höchsten Lohnsätzen Stellung, wenn sie die
Erste Berliner Dienst- und Arbeits-Börse
 (früher: Erstes Gefinde-Vermittlungs-Comptoir)
 (**** Gegründet im Jahre 1815 ****)
 in **Berlin, Jägerstraße 15** aufsuchen.
 Börsezeit: täglich nachmittags von 1 bis 8 Uhr.
 Der Besuch der Börse ist unentgeltlich gestattet. Die Borsengebühr in Höhe von einer Mark wird erst nach Erlangung eines Dienstes erhoben. Weitere Kosten entstehen den Dienstsuchenden nicht.